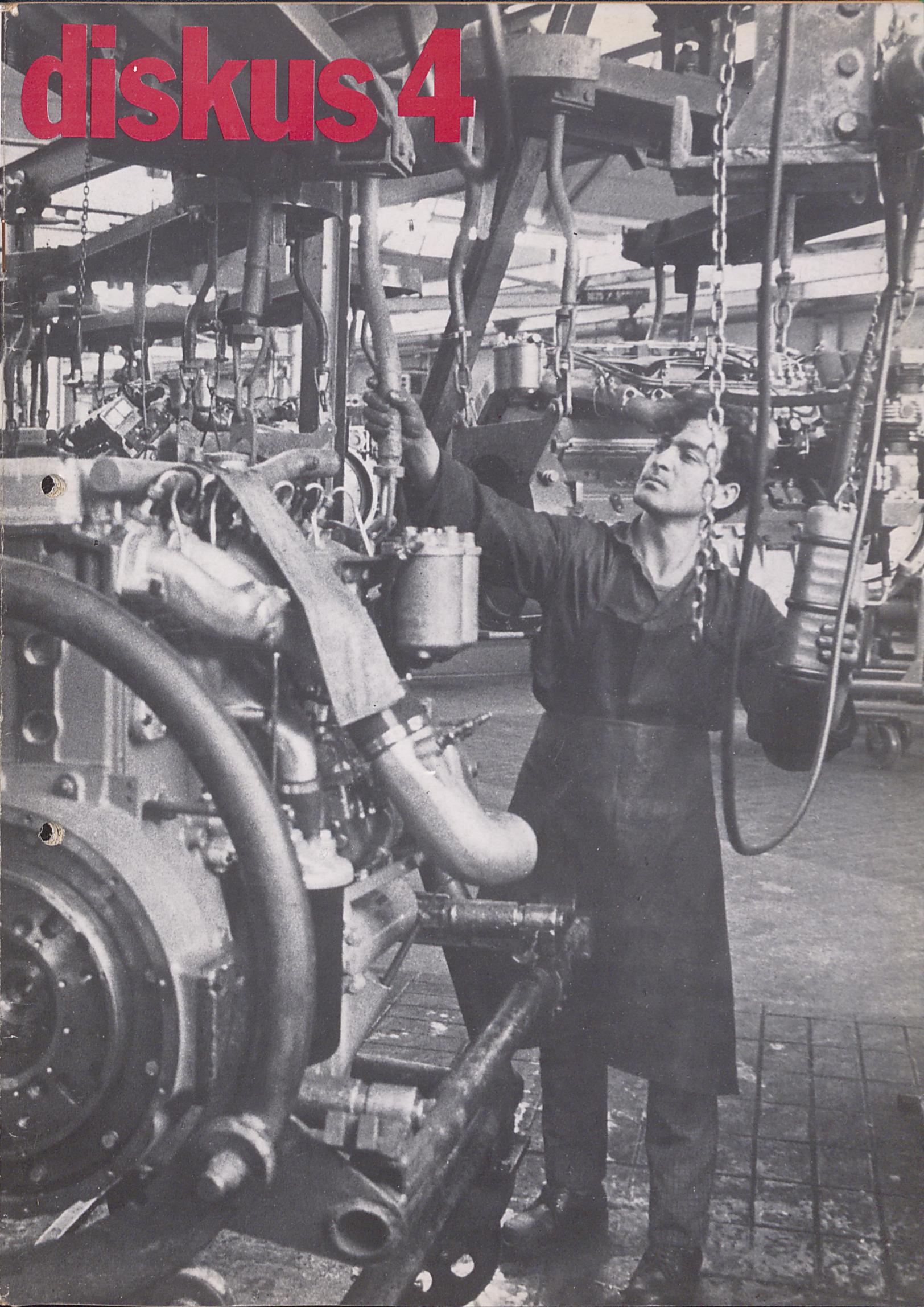


diskus 4



...NDE DES SP... COLLEGE
ARITÄT... den...



Die Rolle der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen.

Mit der Bereitschaft der Gewerkschaften, in den Institutionen der staatlichen Einkommenspolitik mitzuarbeiten und damit die Tarifpolitik als eine kontrollierbare Variable der Wirtschaftspolitik anzuerkennen, war nach der Rezession 1966/67 sowohl ein lohnpolitisches Stillhalteabkommen als auch eine Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen in den Gewerkschaften verbunden. Diese Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen war nötig geworden, um Entscheidungen, die nicht aus dem autonomen Willensbildungsprozess der Organisation resultierten, sondern in außergewerkschaftlichen Gremien, wie der Konzertierten Aktion getroffen wurden, auch nach unten gegenüber den Mitgliedern durchzusetzen, um gegenüber den staatlichen Instanzen und den Unternehmerverbänden kooperationsfähig zu bleiben. Wie in anderen westeuropäischen Ländern (z.B. in Großbritannien und den Niederlanden) erwies sich aber, daß die verstärkten Eingriffe der staatlichen Einkommenspolitik in die Tarifauseinandersetzungen, die darauf angelegt sind, die Lohnabhängigen im Verteilungskampf zu disziplinieren, nicht zu einer dauerhaften Befriedung der politischen und sozialen Szene führten. Nach anfänglichen Erfolgen in den Jahren 1967-1969, wo es Staat und Unternehmerverbänden gelang, eine Lohnpause durchzusetzen, setzten die Stahl- und Bergarbeiter mit einer Welle spontaner Streiks die Mechanismen der Einkommenspolitik zunächst ausser kraft und zwangen ihre Gewerkschaften zu einer Wiederaufnahme der aktiven Lohnpolitik, die auch 1970 und 1971 noch fortgesetzt wurde. In der Periode seit 1969 sind die durch Streiks "ausgefallenen" Arbeitstage in der Bundesrepublik erstmals seit den fünfziger Jahren wieder deutlich ansteigend, vor allem, wenn man die von der offiziellen Streikstatistik unterschlagenen kurzzeitigen

spontanen Streiks in die Berechnungen einbezieht. Beispielsweise beteiligten sich allein von Mitte April bis Mitte Juli 1973 mindestens 100 000 Arbeiter (zum geringeren Teil auch Angestellte) an gewerkschaftlich nicht legalisierten Arbeitsniederlegungen. Die Kooperationspolitik der Gewerkschaftsspitzen mit dem Staat, besonders seit der Beteiligung der SPD an der Regierung, war weder mit einer sichtbaren Verstärkung des Einflusses der Interessen der Lohnabhängigen auf die Wirtschaftspolitik verbunden, noch hatte sie eine

deutlich spürbare Auswirkung auf die Verteilungsverhältnisse. Dies war der wesentliche Grund, warum sich eine Gegenreaktion gewerkschaftlicher Gruppen in den Betrieben und in den örtlichen Vertreterversammlungen der Gewerkschaften allmählich entfallen konnte. Träger des Widerstandes gegen eine sich zunehmend von den Mitgliederinteressen verselbständigende Gewerkschaftsführung wurden aktive Vertrauensleutkörper vor allem in zahlreichen Großbetrieben der Metallindustrie und der chemischen Industrie.

Zunehmende Konfliktbereitschaft der Vertrauensleute.

Vertrauensleute sind vor allem in den großen Industriegewerkschaften seit Mitte der fünfziger Jahre als betriebliches Gewerkschaftsorgan konzipiert worden nachdem das Betriebsverfassungsgesetz die Gewerkschaften 1952 aus den Betrieben hinausgedrängt und die wirtschaftsfriedliche Instanz des Betriebsrats als Interessenvertretung eingesetzt hatte. Der Aufbau und Ausbau von Vertrauensleutkörpern hatte den Sinn, die Gewerkschaft im Betrieb präsent zu halten, ein Instrument zur Mitgliederwerbung, teils auch zur Beitragskassierung, zu entwickeln und bei größeren Konfliktfällen, etwa bei Urabstimmungen und Streiks, die gewerkschaftliche Politik unmittelbar im Betrieb vertreten zu wissen. Die Richtlinien für Vertrauensleute verstanden diese Instanz an der gewerkschaftlichen Basis vornehmlich als Informations- und Vermittlungsorgan. Es bedurfte beispielsweise langer Auseinandersetzungen, um die Vertrauensleute in der IG Metall-Satzung überhaupt zu verankern, ohne daß dort bisher auch ihre Rechte und Pflichten kodifiziert worden wären.

Ihre ständig steigende Bedeutung verdanken die Vertrauensleute aber nicht einem größeren Gewicht, das Ihnen die Gewerkschaftsführungen aus organisatorischen oder anderen Gründen zuerkennen würde. Vielmehr ist es die offen zutage getretene Krise der gewerkschaftlichen Vertretungspolitik, deren Ursache in der oben erwähnten Kooperation mit dem Staat liegt, die die Vertrauensleutkörper in den Betrieben und in der Gewerkschaft selbst zu wichtigen Trägern der Interessenartikulation der Mitglieder hat werden lassen. Daß der Kooperation der Gewerkschaften mit dem Staat in den letzten Jahren eine zunehmende Polarisierung innerhalb der Organisation entspricht, läßt sich an einer Vielzahl von Ereignissen verdeutlichen. Für die Öffentlichkeit sichtbar waren es vor allem die Auseinandersetzungen um die Mitarbeit der Gewerkschaften in der Konzertierten Aktion auf den Gewerkschaftstagen seit 1968, die anzeigten, daß an der gewerkschaftlichen Basis Tendenzen an Kraft gewannen, die Alternativen

Fortsetzung Seite 30

Schwerpunktthema dieses Heftes ist die Betriebsarbeit. In diesem von uns gesteckten Rahmen haben wir dem "Revolutionären Kampf" (RK) mit einer (informellen) Selbsteinschätzung, die, möglicherweise ungewollt den Charakter einer politischen Zwischenbilanz mehrjähriger Betriebsarbeit hat, einen breiten Raum gelassen. Es handelt sich bei dem Artikel nicht um den Abdruck einer ausdiskutierten oder gar verabschiedeten Position des RK, sondern um ein individuell erarbeitetes Papier, für die interne Gruppendiskussion. Daß wir es trotzdem abdrucken, mag vom RK als ungerechtfertigte Intervention in seine kollektive Diskussion mißverstanden werden, wir halten es jedoch für notwendig Diskussionsbeiträge, auch wenn sie vorläufigen Charakter haben, zu verbreiten. Insbesondere rechtfertigt sich das beim RK, der zu den ersten Nachfolgegruppen des SDS gehörte, der die gesellschaftliche Isolation der antiautoritären Studentenbewegung durch praktische Hinwendung zum unmittelbaren Produktionsbereich durchbrechen wollte. So gesehen fällt dem RK zumindest innerhalb der spontaneistischen Linken eine praktische, aber auch theoretische Avantgardefunktion zu.

Hatten 1970 die Veröffentlichungen der damaligen Betriebsprojektgruppe (BPG, später RK) in der Frankfurter "So-

zialistischen Correspondenz" (später auch im Merve-Verlag erschienen) als politische Basis für andere Gruppen eine wichtige Initialfunktion, so spiegelt der gegenwärtige Diskussionsstand im RK möglicherweise analog arbeitenden Gruppen ihre eigene Zukunft wider. Die Absicht, die Diskussion zu beschleunigen und die Lernprozesse zu verallgemeinern, erlaubt uns den publizistischen Vorgriff.

Lernprozesse müssen vor allem da angelegt sein, wo das Dilemma des RK sichtbar wird. Zum Beispiel wird von einer Präsenzfunktion Intellektueller im Betrieb geredet, (im richtigen Augenblick präsent zu sein) und damit das Verhältnis von Intellektuellen und Arbeitern mehr verdrängt als geklärt. Damit bleibt der Angelpunkt des politischen Selbstverständnisses der Betriebskader des RK mehr als vage; wie kann Bestimmung anders als frustrierend sein? Wenn es für die "Innenkader" zur existentiellen Notwendigkeit wird, sich dem "politischen Bewegungsrhythmus der Arbeiterklasse" anzugleichen, so ist in der Problematik bereits ein konstitutives Element für die Bestimmung des Verhältnisses von Intellektuellen und Proletariern angelegt: nämlich die Erarbeitung der objektiven Bedingungen politischer Verhaltensänderungen im Betrieb als wichtigster Bestandteil betrieblicher Untersuchungsarbeit und

Voraussetzung längerfristiger Strategien. Ist die Marx'sche Theorie richtig, daß "die Menschen . . . ihre eigene Geschichte (machen), aber sie . . . nicht aus freien Stücken (machen), nicht unter selberwählten, sondern unmittelbar vorgefundenen gegebenen und überlieferten Umständen", so hätten gerade Intellektuelle die Aufgabe, "die Bedingungen" aufzuarbeiten, aufzuzeigen und strategisch umzusetzen. Ansatzweise klingt das im vorliegenden Artikel an: die Herausarbeitung der unterschiedlichen Erfahrungshorizonte der deutschen und italienischen Arbeiter und die daraus folgende Notwendigkeit einer strategischen Revision für den RK. So richtig und wichtig das ist, langt es doch nummehr zur nachträglichen Erklärung relativer Erfolglosigkeit der Betriebsarbeit als zur Einschätzung zukünftiger Konfliktpotentiale, die für den Erfolg langfristiger Interventionen entscheidend sind.

Will man die pragmatische Beliebigkeit der RK-Betriebsarbeit überwinden, wird man sich weit mehr zu befassen haben, mit dem, was „objektive Grundlage“ zukünftiger betrieblicher Auseinandersetzungen ist. Beispielsweise mit der Entwicklung der Betriebstechnologie und der damit verbundenen Veränderung von Arbeitsplatz- und Qualifikationsstrukturen im Betrieb, mit den Varianten der Arbeitsintensivie-



rung in den verschiedenen Produktionsbereichen oder etwa den politökonomischen Voraussetzungen und Konsequenzen einer aggressiven Lohnstrategie. So ist dem RK die politische Brisanz der Kämpfe um die Reallohnsicherung völlig verborgen geblieben, folgerichtig hat er auch nichts mit der entsprechenden Bewegung zu tun. (Zur spontanen Streikbewegung der letzten Monate Aufstellung in diesem Heft). Darüber hinaus wird man sich nicht nur damit zu beschäftigen haben, was die Bewegung verursacht, sondern wie sie sich ausdrückt und wer sie bestimmt. Hier haben die praktischen Probleme des RK im Betrieb bereits einen richtigen theoretischen Reflex zur Folge. Die gewerkschaftliche "Basis" (Vertrauensleute, untere Funktionäre) erscheint nun nicht mehr allein als verlängerter Arm eines abwiegeln Gewerkschaftsapparates, sondern "prägend" für die betriebliche Bewegung.

Auch wenn diese Einschätzung noch keine praktischen Konsequenzen haben kann, halten wir sie für wichtig, und glauben hier eine Überlegung zu sehen, die nahezu zwangsläufig die gewerkschaftsdiskussion im RK wieder entfachen wird. Gerade zu dieser Problematik haben wir einen Artikel von Eberhard Schmidt abgedruckt, der aus der Sicht der linken Gewerkschaftsopposition (RK-Terminus:

Radikalreformisten oder Radirefos) versucht, die Funktion der gewerkschaftlichen Vertrauensleute für die betriebliche Auseinandersetzung zu umreißen, daraus folgernd die Versuche der Gewerkschaftsbürokratie erklärt, Vertrauensleute durch Richtlinien stärker auf den Apparat zu verpflichten.

Wünschenswert wäre es, wenn in zukünftigen Heften analog zum Schmidt Artikel weitere Punkte aus dem RK-Artikel aufgegriffen würden, die naturgemäß im Vorwort nur angedeutet werden können. So könnte der RK-Artikel Anlaß sein für weitere Diskussionen zur Betriebsproblematik, die schließlich auch die wichtige Funktion hätten, größeren Teilen der Studentenschaft betriebliche Probleme überhaupt erst sichtbar zu machen.

Schließlich veröffentlichen wir eine Arbeit über die gesundheitlichen Folgen von Nacht- und Schichtarbeit

1. weil die Arbeit selbst mindestens eine argumentative Unterstützung in betrieblichen Auseinandersetzungen um die Nacht- und Schichtarbeit leistet und 2. weil auch hier Studenten in ihrem universitären Freiraum eine Arbeitssituation im kapitalistischen Arbeitsprogramm verdeutlicht werden muß, die sie selbst wahrscheinlich nur dem Manchester-Kapitalismus zurechnen würden.

diskus
frankfurter studentenzeitung
Heft 4, 23. Jahrgang, Oktober 1973

diskus-Verlag
6000 Frankfurt am Main, Jügelstraße 1
Telefon 06 11 / 7 98 31 88

Herausgeber
Lutz Bessel, Werner Pirkner
Hannsörg Prella, Udo Stuppert,
Eberhard Zimmermann

Redaktionsleiter
Eduard Wolczak

Redaktion
Wolfgang Bertelsmeier, Brigitte Heinrich
Heiner Hesel, Til Schulz

Gestaltung/Produktion
Lothar Leßmann

Verlagsleiter/Anzeigen/Vertrieb
H. Heinz Funke

Verlagsbüro
Renate Prella

Druck
Offsetdruckerei Karlheinz Freidhof
6291 Heckholzhausen, Borngasse 9

Auflage
15 000

Erscheinungsweise
8mal im Jahr

Gerichtsstand
Frankfurt am Main

diskus 4

Thema	Titel	Verfasser	Foto/Grafik
Nachrichten			
4	Nachrichten-Magazin	Redaktion: Lothar Leßmann	
Betriebsarbeit			
1	Die Rolle der Vertrauensleute	Eberhard Schmidt	dpa
10	Betriebsarbeit / RK	Revolutionärer Kampf	dpa, Leßmann
24	Die kapitalistische Arbeitsorganisation	Willi Michel, Helmut Milz	Lothar Leßmann
Hochschule			
29	Spitzel gegen Studenten	Ralph W. Scott	DVD
Justiz			
33	Offener Brief	Komitees gegen Folter	Lothar Leßmann
36	Ivo della Savia	Brigitte Heinrich	
37	Haft: Nackte Gewalt	Harry Oberländer	Lothar Leßmann
Internationalismus			
38	Brandt in Israel	Brigitte Heinrich	dpa, PR
40	Israel festigt seine Herrschaft	Frankfurter Rundschau	
41	Verbot der Ligue Communiste	GIM	
44	Mit Juan Perón zum Sozialismus?	Wolfgang Bertelsmeier	dpa
Rezension			
22	ratlos. Negt/Kluge/Habermas	Til Schulz	
diskus-Interview			
32	Diktatur oder Demokratie?	v.Spall-Mattik	

Chile: Militär- putsch!

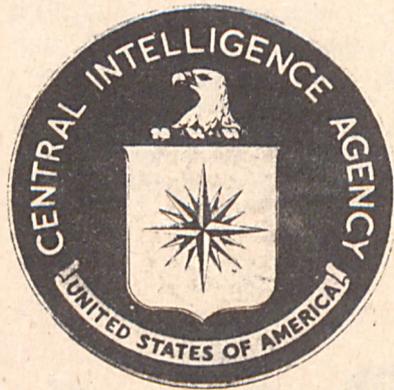
Der Griff des chilenischen Militärs nach der Macht war offensichtlich das letzte Mittel der verschiedenen chilenischen Kapitalistengruppen, soziale Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, wie sie von der Volksfrontregierung angestrebt wurden, zu verhindern. Der Militärputsch richtete sich nicht allein gegen eine demokratisch gewählte Regierung, sondern auch gegen die Organisationen der chilenischen Arbeiter und Bauern, die bereit sind, die erkämpften Errungenschaften bewaffnet zu verteidigen. Die kapitalkräftigen und bevorrechtigten Klassen Chiles hatten selbst mit allen Mitteln ihrer wirtschaftlichen Macht, aber auch mit Terror und bürgerkriegsartigen Aktionen versucht, Chaos im Land herzustellen. Nun stellen dieselben gesellschaftlichen Kräfte den Gewaltstreich des chilenischen Militärs als Rettung aus dem Chaos dar, das sie selbst anzurichten bemüht waren.



Dieses Vorgehen zeigt beispielhaft: Das Kapital läßt die Regeln der bürgerlichen Demokratie immer dann bedenkenlos fallen, wenn sich diese gegen Kapitalinteressen auszuwirken drohen. Wie im spanischen Bürgerkrieg oder im amerikanischen Grieg gegen Vietnam, erweist sich Gewalt als der tatsächliche

Kern bürgerlicher Demokratie, wenn auch diese immer wieder verschleiert werden soll.

Der Putsch, so kann schon heute mit Sicherheit angenommen werden, erfolgte in Kooperation mit imperialistischen Staaten, an ihrer Spitze die USA, die bereits vorher keine Mittel – von der Einmischung der ITT, über Kreditschikanen bis zum Kupferboykott – gescheut hatten, um die Regierung Allende zu stürzen. Hinter der Fassade von Entspannungspolitik sind die USA bemüht, soziale Befreiungsbewegungen in Lateinamerika zu liquidieren.



Berlin: 13 Jusos aus der SPD ausgeschlossen.

13 Kreuzberger Jungsozialisten sind von der Bundesschiedskommission der SPD aus der Partei wegen groben Verstoßes gegen den Abgrenzungsbeschuß gegenüber kommunistischer Gruppen ausgeschlossen worden. Die Berliner SPD-Landesschiedskommission hatte lediglich die Bestätigung ihres eigenen Urteils beantragt, das ein jeweils auf drei Jahre befristetes Ruhen der SPD-Mitgliedschaft verhängt hatte. Wie ein Sprecher der 13 Jusos erklärte, werden einige der ausgeschlossenen Mitglieder, die Angehörige des öffentlichen Dienstes sind, bei ordentlichen Gerichten gegen die Entscheidung der Bundesschiedskommission klagen.

Gegenstand des Parteischiedsverfahrens war eine parteinterne Erklärung der Kreuzberger Juso-Funktionäre zum 1. Mai 1973, in der sie sich dafür einsetzten, sich an der von der SEW (Sozialistische Einheitspartei West-Berlins) und der FDJ West-Berlins mitveranstalteten Demonstration des Mai-Komitees 1973 zu beteiligen. In der Erklärung wurde die geplante offizielle Maidemonstration der Jungsozialisten als „Spaltungsversuch“ und „eine Aktion

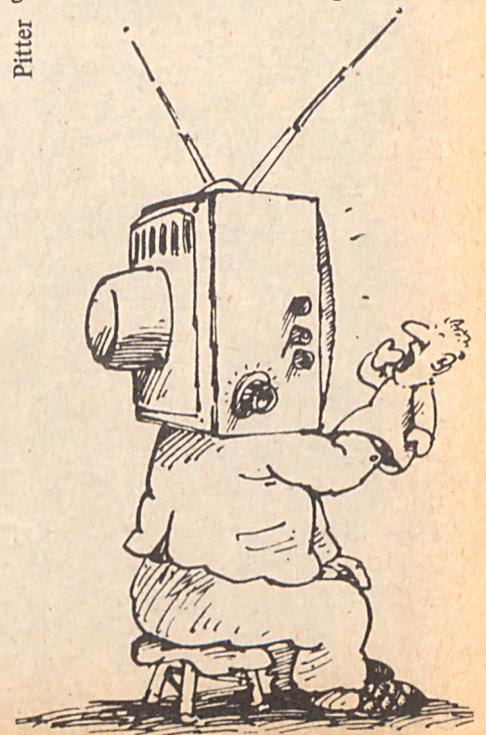
gegen Kommunisten“ bezeichnet, die „vom Feind der Arbeiterklasse ablenken soll“. Der Parteiführung sei daran gelegen, daß nicht gegen den Feind der Arbeiterklasse, das Kapital, sondern gegen den fortschrittlichen Teil der Arbeiterklasse demonstriert werde.

Die Juso-Funktionäre machten im Verfahren vor der Landesschiedskommission geltend, es handele sich um die mehrheitliche Meinung der Kreuzberger Jusos, nicht aber um einen Beschluß, schon gar nicht um eine Aufforderung zur Demonstration mit Kommunisten.

Nach Ansicht der Berliner Landesschiedskommission haben die Kreuzberger Juso-Funktionäre jedoch erkennen lassen, daß ihnen an Gemeinsamkeiten mit kommunistischen Gliederungen, also erklärten Feinden der Sozialdemokratie, nicht aber an Solidarität mit den Mitgliedern der SPD gelegen sei.

Der Bundesvorsitzende der deutschen Jungdemokraten, Friedrich Neunhöffer, kritisierte in Bonn den Ausschluß der 13 Jungsozialisten. Er bezeichnete das Urteil als einen Verstoß gegen fundamentale rechtsstaatliche Grundsätze. Der endgültige Ausschluß aus der Partei als Strafe für die bloße Teilnahme an einer Demonstration widerspreche dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die zusätzliche Verschärfung des Urteils durch das Bundesschiedsgericht widerspreche zudem dem Grundsatz, daß Urteile der Rechtsmittelinstanz nicht zum Nachteil der Angeklagten verändert werden dürfen, wenn der Anklagevertreter dies nicht beantragt habe.

Pitter





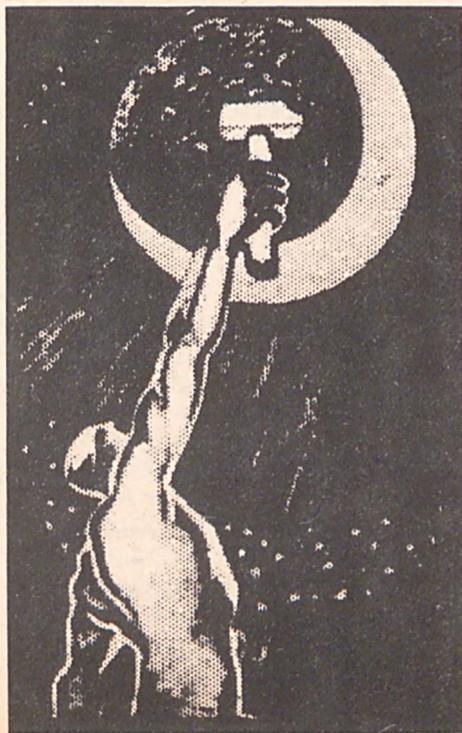
Der Krenl lobte Nixons Watergate- Rede.

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS hob am 16. August in ihrem Bericht über die Watergate-Erklärung des amerikanischen Präsidenten Richard Nixon diejenigen Passagen hervor, in denen er die amerikanische Öffentlichkeit aufforderte, den Blick auf die Zukunft zu richten und sich wieder den wirklich bedeutenden Fragen der Nation zuzuwenden. TASS betonte, Nixon habe während darauf aufmerksam gemacht, daß Unsicherheit das Vertrauen zur Wirtschafts-, Währungs- und Außenpolitik der Vereinigten Staaten im In- und Ausland untergrabe.

In der mit Spannung erwarteten Rede beteuerte Präsident Nixon in der Nacht des 15. August zum zweitenmal seine Unschuld in der Watergate-Affäre. Der Präsident wiederholte nach drei Monaten dauerndem Schweigen mit Nachdruck, er habe vor März dieses Jahres vom Ausmaß des Skandals nichts gewußt und denke nicht an einen Rücktritt. Die US-Bürger forderte Nixon auf, sich von „der Watergate-Zwangsvorstellung“ zu befreien und die wichtigeren Aufgaben der Nation in Angriff zu nehmen. Es fehlte in der Ansprache jede Bezugnahme auf die „schwarze Liste“, jene Kartei, mit der das Weiße Haus Buch über die angeblich schlimmsten innenpolitischen Feinde des Staatsoberhauptes und Regierungschefs führte. Nixon ging auch nicht auf Vorwürfe ein, denen zufolge sein Amt versucht hat, politischen Geg-

nern höhere Steuerlasten aufbürden zu lassen. Nixon äußerte die Ansicht, die Schuldigen der Watergate-Affäre müßten bestraft werden. Die letzte Antwort liege jedoch „in der Verpflichtung von uns allen, erneut ein Gefühl des Respekts für die gegenseitig geübte Zurückhaltung zu zeigen, die das Charakteristikum einer freien und zivilisierten Gesellschaft ist“.

„Ich verspreche Ihnen heute, daß ich alles tun werde, damit eines der Ergebnisse von Watergate ein neuer Grad von politischem Anstand und von Integrität in Amerika wird.“



Peter Brückner lehrt wieder.

Peter Brückner, Psychologie-Professor an der Technischen Universität Hannover, darf seine Lehrtätigkeit wieder aufnehmen. Er war im Januar vorigen Jahres unter dem Verdacht vom Dienst suspendiert worden, Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe begünstigt zu haben.

Ermittlungs- verfahren gegen linke Anwälte.

Die Bundesanwaltschaft hat gegen die drei Anwälte Christian Ströbele (Berlin), Kurt Groenewold (Hamburg) und Eberhard Becker (Heidelberg) Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (Baader-Meinhof-Gruppe) eingeleitet. Am gleichen Tag entschied der Bundesgerichtshof, daß die Durchsuchung der Zellen und Beschlagnahme der Verteidigerpost von Baader, Enßlin, Meins, Möller, Müller, Raspe und Meinhof rechtens gewesen sei und wies damit die Beschwerden der Betroffenen zurück.

„Radikale“ abgelehnt.

Hans Koschnick, Bremer Bürgermeister, lehnte den Antrag des Unterbezirksvorstandes Bremen der SPD ab, Horst Holzer und Horst Grieser, beide Mitglieder der DKP, in den Hochschul- und Schuldienst einzustellen.

Einstellung in den Schuldienst verweigert.

Das rheinlandpfälzische Kultusministerium verweigerte dem Junglehrer Wilfried Reckert die Einstellung in den Schuldienst. Reckert, der seine Erste Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen mit „Gut“ bestanden hat, ist stellvertretender Landesvorsitzender der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), Mitglied der DKP und des MSB-Spartakus. Die Bezirksregierung Trier begründete die Nichteinstellung damit, daß Reckert wegen seiner Mitarbeit in diesen Organisationen nicht die Gewähr dafür biete, für die „demokratische Grundordnung“ einzutreten.

Vereint gegen Portugal.

Ihre endgültige Vereinigung haben die beiden größten Befreiungsbewegungen in der portugiesischen Kolonie Angola, die Volksbefreiungsbewegung (MPLA) und die Nationale Befreiungsfront (FNLA) in Kinshasa, der Hauptstadt Zaires, beschlossen. Die neue Organisation nennt sich "Oberster Befreiungsrat Angolas" (Conselho Superior de Libertacao de Angola) und hat ihren Sitz in Kinshasa.

Der Mörder von Ian McLeod wird nicht angeklagt!

Die Ermordung des 34jährigen Schotten Ian McLeod, bei einer Fahndung nach Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe am 25. Juni 1972 in seiner Wohnung in Stuttgart durch den Kriminalobermeister Wolfram Koglin bleibt ohne Folgen. Die 9. Große Strafkammer beim Landgericht Stuttgart lehnte es ab, das Hauptverfahren zu eröffnen. Die Staatsanwaltschaft hatte Anfang November 1972 Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Die Durchsuchung der Wohnung des Schotten war von der Bundesstaatsanwaltschaft veranlaßt worden, weil sie irrtümlich annahm, es handele sich um einen Unterschlupf von Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe. Der von den am frühen Morgen in seine Wohnung eingedrungenen Beamten aus dem Schlaf geschreckte McLeod riß die Schlafzimmertür auf und schlug sie sofort mit einem Schrei wieder zu. In der irrigen Annahme, angegriffen zu werden, feuerte der Beamte in "Putativnotwehr" zwei Schüsse aus seiner Maschinenpistole ab.

Bleichstraße: Notwehrsituation.

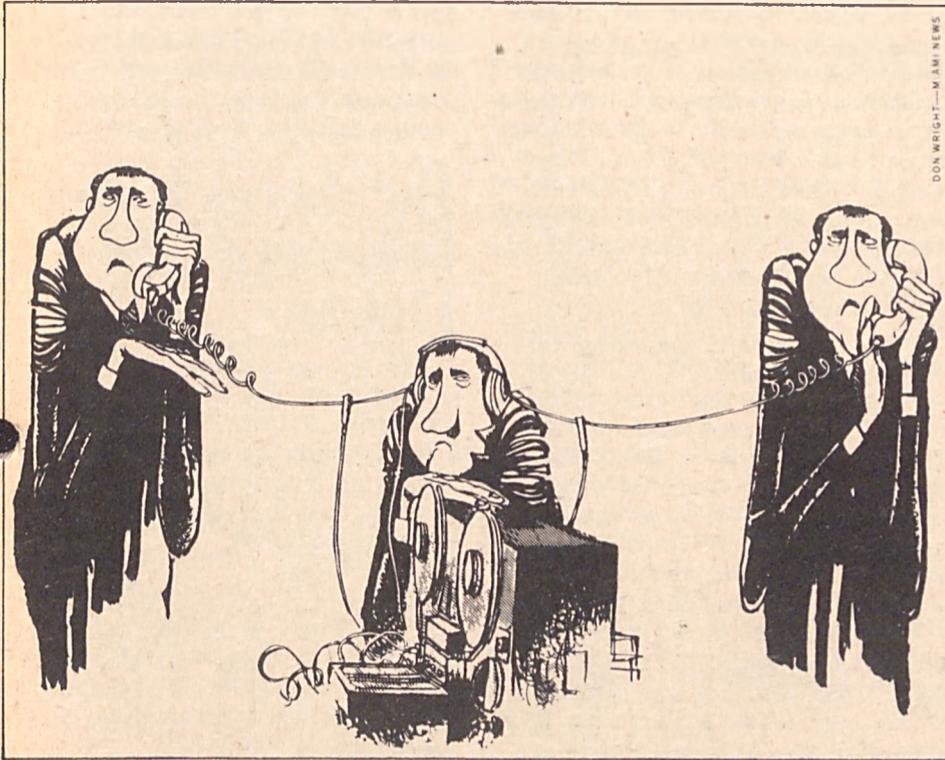
Mit kaum zu überbietender Brutalität zerschlug die Frankfurter Polizei zwei Strassen- und Kinderfeste in Frankfurt. In beiden Fällen war "der Konflikt mit den Bürgern nicht mehr vermeidbar." Spielende Kinder, Flugblätter, Würstchen, Bier und Limonade, sowie Blumengeschenke für die passierenden Autofahrer der Bleichstraße gaben den Anstoß dem Geschehen nicht mehr tatenlos zuzusehen.



Mit Schlagstöcken, Fausthieben, Würgegriff und Pistole wurden die Festteilnehmer auseinandergetrieben. Eine Sprecherin der Bürgerinitiative Bleichstraße charakterisierte den Einsatz mit folgenden Worten: "Unter den Polizisten waren die Provokateure! Der massive Polizeieinsatz sollte verhindern, daß Bürger dieser Stadt weiterhin versuchen, ihre berechtigten Interessen selbst wahrzunehmen. Aber wir lassen uns nicht einschüchtern."

Während man beim Bleichstraßenfest die Polizei "ständig vor Augen hatte", wurden eine Woche später in Bornheim (Bergstraße) rund 100 Straßenfeierer, mehr-

heitlich Frauen und Kinder, von der Polizei brutal überfallen. Mit Schlagstöcken und Wasserwerfer trieben die "Freunde und Helfer" die Festteilnehmer wie Vieh durch Bornheims U-Bahnbaustellen. Kurz vor dem Einsatz hatten Zivilstreifen das Gebiet um das Fest abgeriegelt. Obwohl die Organisatoren ständig mit der Polizei in Verbindung standen, wurden sie von dem massiven und gut durchorganisierten Angriff der Polizei völlig überrascht. Wo vorher siven und gut durchorganisierte Angriff der Polizei völlig überrascht. Wo vorher noch Kinder malten, blieb nur noch Zerstörung. Mit tränengasdurchsetztem Was-



ser wurden die Passanten bespritzt. Den Einsatz rechtfertigte der Bezirkskommissar Bischof: „Grundsätzlich könne er sich das brutale Vorgehen seiner Beamten nicht vorstellen. Es sei aber immerhin denkbar, daß sie, wie durch eine hochschwängere Italienerin, provoziert worden seien. In diesem Falle habe der Mutterinstinkt eine schwangere Frau zum Angriff auf einen Beamten veranlaßt. Der Beamte handelte dann aus einer Notwehrsituation heraus“.

Für die Besetzung leerstehender Luxuswohnungen.

Über 200 italienische Männer, Frauen und Kinder und Frankfurter Jungsozialisten marschierten am 28. August vom Volksbildungsheim zur Rothschildallee Nr. 18, um dort gegen den Skandal zu protestieren, daß trotz Tausender wohnungssuchender Menschen in Frankfurt rund 6000 Luxuswohnungen leerstehen. Die ursprünglich geplante Besetzung eines Teils der leerstehenden Luxuswohnungen in dem Haus Rothschildallee 18 wurde von den Teilnehmern der Demonstration aufgegeben, da starke Polizeikräfte im und um das Haus postiert waren.

Die in der Unione Inquilini organisierten italienischen Arbeiter und ihre Fami-

lien waren am Abend zur Unterbezirkskonferenz der Frankfurter Jungsozialisten gekommen, um die Jusos aufzufordern, an ihrer Aktion teilzunehmen.

Im Volksbildungsheim bedurfte es nur einer kurzen Debatte, um zu einer Entscheidung zu kommen: Die Jungsozialisten marschierten mit. Der Juso-Vorsitzende Armin Kleist: „Es ist notwendig, eine neue Phase der Hausbesetzungen zu beginnen.“

Mit demonstrativem Beifall begrüßten die Jungsozialisten eine Italienerin, die im Namen ihrer Landsleute die Jungsozialisten zur Solidarität mit den wohnungslosen ausländischen Arbeitnehmern aufforderte. In der Erklärung der Italienerin hieß es: „Im Namen der 1100 Arbeiter, die jedes Jahr vergeblich einen Antrag auf eine Sozialwohnung stellen, im Namen von Tausenden von deutschen und ausländischen Arbeitern, die weiterhin gegen ihren Willen, in Baracken und menschenunwürdigen Häusern wohnen, fordern wir die sofortige Beschlagnahme der 6000 unbewohnten Wohnungen in Frankfurt. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit und verletzt die grundlegenden Menschenrechte, daß Häuser wie das in der Rothschildallee 18 bewußt nicht vermietet werden, um so das allgemeine Niveau der Mieten künstlich hochzuhalten.“

Die Jungsozialisten schlossen sich der Forderung nach einer zwangsweisen Belegung der leerstehenden Luxuswohnungen

an. Im Namen des Unterbezirksausschusses forderten sie in einer von Hans-Peter Bach verlesenen Erklärung die sofortige Belegung der leerstehenden Luxuswohnungen mit wohnungssuchenden Familien zu einkommensbezogenen Mieten.

Bei den verschiedenen städtischen Dienststellen – auch bei der Polizei – war man schon vor Wochen darüber unterrichtet, daß demnächst ein Neubau besetzt werde, in dem teure Mietwohnungen leerstehen. In einem Gespräch zwischen Wohnungsamt und dem Polizeijuristen Igor Vogt waren für eine solche Bestzung besonders „geeignete Häuser“ notiert worden; Vogt kündigte den Mitarbeitern des Wohnungsamtes schon damals an, daß er „leider“ keine Möglichkeit sehe, die Benutzung eines leerstehenden Neubaus rechtlich anders zu beurteilen als die eines alten Hauses.

Die Italiener kommen zum Teil aus den Wohnungen, die das hessische Kabinett bei seinem Frankfurt-Besuch im Frühjahr dieses Jahres besichtigte und von denen Ministerpräsident Albert Osswald sagte, „man muß sich schämen, daß es so etwas in unserem Land gibt.“ Jungsozialist Hans-Peter Bach in der Juso-Erklärung: „Wir meinen sehr wohl, daß man sich schämen muß. Wir meinen aber vor allem, daß man handeln muß, um diesen Zustand zu beseitigen.“

Bei der Demonstration, die im großen und ganzen friedlich verlief, kam es zu einem Zwischenfall, als drei Frauen, die Kinderwagen vor sich herschoben, durch einen Seiteneingang in das Haus gelangen wollten. Sie wurden daran von etwa einem Dutzend schildbewehrter Polizisten gehindert, die gegen die Frauen auch Ihre Schlagstöcke einsetzten.

NC-Kampagne geplatzt!

Eine breite Kampagne aller fortschrittlichen Kräfte in Hessen gegen den Numerus Clausus scheiterte noch bevor sie eigentlich begonnen hatte. Sie scheiterte, wie dies bei linken Gruppen üblich zu werden beginnt, daran, welche Gruppen sich an der Aktion beteiligen sollten („Die Revis nicht“, „mit den Chaoten keinesfalls“) abgesichert durch kontroverse theoretische Einblendungen. („du hast den Marx überhaupt nicht verstanden“, „Nein, nein, Ihr habt ihn nicht verstanden“).

An den Vorgesprächen nahm das gesamte Spektrum linker Organisationen und Institutionen teil, ASten und Schülerräte,

von den Jusos bis zum KSV. Im Vorder- und Hintergrund stand die Kontroverse über die Breite des zu schliessenden Bündnisses. Bei verschiedenen Gruppen hatte man den Eindruck, es werde nur deshalb verhandelt, um das Scheitern der Verhandlungen zu rationalisieren und legitimieren zu können. So bauten manche Gruppen partikuläre Standpunkte als Essentials auf, z.B. MSB/DKP/SHB "Runter mit der Rüstung, rauf mit der Bildung."

Will man wirklich ein Aktionsbündnis, so ist es einfach irre, gruppenspezifische Maximalstandpunkte zur Voraussetzung der Aktion zu machen. Darauf angesprochen ein KSB-Vertreter: "Natürlich wissen wir das, aber wir probieren's halt immer wieder".

Nachdem so schon die Diskussion des für die meisten Gruppen als Grundlage akzeptablen Plattformentwurfs der AStA/Ffm gescheitert, wurde zumindest eine Abstimmung der Termine der geplanten Demonstrationen als erforderlich festgehalten. Doch dann wird es sicherlich darum gehen, wer als erster Marschblock laufen darf.

Der NC kommt und die Linken sind ratlos. Scheiße.

Wiwi-Studenten verhinderten Postenschieberei.

Die bürgerliche Presse fand es eine Meldung wert: Studenten hatten einen Gastvortrag am Fachbereich 2 verhindert und dem Vortragenden das Manuskript geklaut. Die Ursache des Konflikts wurde – wie üblich – verschwiegen. Es begann harmlos mit der Asuschiebung einer Professur für Volkswirtschaftslehre – insbesondere Außenwirtschaft und Ökonomie der Entwicklungsländer. Die Berufungskommission wurde neben einer erdrückenden Professorenmehrheit mit Vertretern sozialistischer Studenten- und Assistentengruppen besetzt; der Platz des RCDS blieb mangels Masse unbesetzt ("Wir arbeiten für die studentischen Interessen" haha). Es gelang den sozialistischen Studenten und Assistenten, in der Berufungskommission eine Einladung zu Probenvorträgen von 6 aus 26 Bewerbern überwiegend bürgerlicher Provenienz durchzusetzen. Unter den 6 Eingeladenen ist ein Marxist, der sich als führender Imperialismustheoretiker einen Namen gemacht hat (A. Gun-der Frank), ein fortschrittlicher Ökonom sowie 4 bürgerliche Ökonomen. Daß dabei

private Bekanntschaften einiger Professoren in Mitleidenschaft gerieten, liegt auf der Hand. Das Gegenmittel der sich verprellt fühlenden Professoren: Einladung an die Bewerber außerhalb des Berufungsverfahrens, um sie dann später unter Umgehung der legalen Gremien durch die Hintertür wieder in die Diskussion zu bringen. Aufgrund der professoralen Position in der FBK sehr aussichtsreich. Hier bestätigt sich der Doppelcharakter universitärer Gremien: Mitbestimmung ist den Studenten nicht einfach geschenkt worden, sie kam als Ergebnis der Studentenrevolte, als Ergebnis des Kampfes gegen professorale Privilegien, gegen den undemokratischen Charakter von Universität und Gesellschaft. Doch die Pazifizierungsstrategie gerät da ins Wanken, wo fortschrittliche Studenten und Assistenten ihre Positionen in Gremien konsequent nutzen (insofern ist es verkürzt, Gremien nur als Betrugs-gremien zu behandeln). Sobald also bestehende Positionen konsequent genutzt werden, zeigt sich das auf den ersten Blick erstaunliche aber im Ende logische Verhalten derer, in deren Interesse die Pazifizierungsstrategie entwickelt wurde: die Professoren verlassen den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen. Neben der FBK entsteht als informelles Entscheidungsgremium die Hochschullehrerversammlung, die alles vorprogrammiert. Neben dem offiziellen Berufungsverfahren laden Professoren private Freunde ein, die aus sachlichen Gründen von der Kommission nicht berücksichtigt wurden. Das tat unbemerkt Fleischmann, das versuchte der weise Gutowski, doch wurde er ertappt. Die Studenten stellten das Verfahren zur Diskussion, forderten Absetzung des Gastvortrages und verhinderten ihn schließlich. In der Auseinandersetzung verwickelte sich der Dekan in Widersprüche: es sei ja nur ein ganz gewöhnlicher Gastvortrag,

aber natürlich sei der Vortragende ein Bewerber für den Lehrstuhl, den man bei der Entscheidung über die Liste berücksichtigen müsse. Dieser Schiebungsversuch wurde aufgedeckt. Wie viele gibt es noch?

Fachbereich Wiwi bekommt CDU- Dekan.

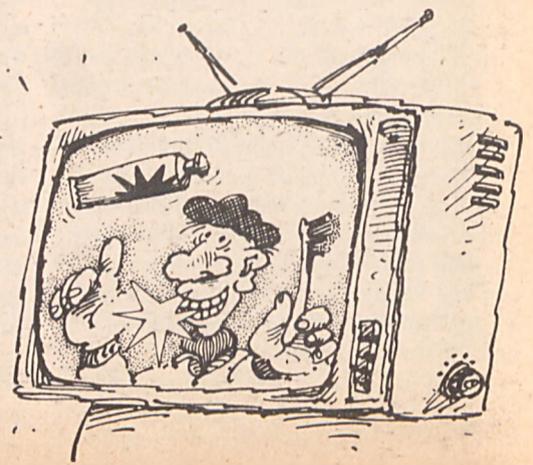
"Die Nationalökonomie entstand als eine natürliche Folge der Ausdehnung des Handels, und mit ihr trat an die Stelle des einfachen, unwissenschaftlichen Schacherns ein ausgebildetes System des erlaubten Betrugs, eine komplette Bereicherungswissenschaft."

Friedrich Engels

Einer der Protagonisten des erlaubten Betrugs und der kompletten Bereicherungswissenschaft ist Engels-Nachfahre, Wolfgang Engels, Professor für Bankbetriebslehre, CDU-Mitglied und designierter Dekan am Fachbereich 2.

Nach seinem Scheitern als CDU-Kandidat bei den Bundestagswahlen 1972 und seinem kläglichen von erheblichen Theaterdonner begleitetem Auftritt auf der Bühne bürgerlicher Wissenschaft ("es gibt keine öffentliche Armut, sondern öffentliche Verschwendung") hat sich Engels eine neues Tätigkeitsfeld ausgesucht: er wurde zum designierten Dekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften gewählt. Ohne studentischen Protest.

Denn einerseits wird von den sozialistischen Gruppen nicht erwartet, daß sich durch die Ersetzung eines Liberalen durch einen CDU-Mann an der konkreten Fachbereichspolitik wesentliches ändert. Doch andererseits ist seine Wahl auch ein Indiz für die zunehmende Sprachlosigkeit der Linken an der Universität, wenn ein offe-



ner Reaktionär und rechter CDU-Flügelmann, der öffentlich für die Privatisierung von Universitäten, Schulen, Krankenhäusern und Kindergärten plädiert, ohne hörbares studentisches Murren auf das Dekan-Klosett gehoben werden konnte. In seiner Funktion wird er bei allen Detailentscheidungen versuchen, demokratische Positionen zu untergraben. Auch mit einer perfiden Personalpolitik, die er ansatzweise schon bei der Besetzung von Dozentenstellen erprobte und die selbst seine nicht weniger konservativen Mit-Ordinarien anelte.

Doch neben der funktionellen Seite muß auch auf die Ebene seiner Person herabgeklettert werden: Engels ist ein schlechter Reaktionär. Getreu seinem ehemaligen Parteivorsitzenden schaut er oftmals nicht durch. Das läßt hoffen. Als reaktionärer Chat, der oft den Horizont von Handlungsalternativen nicht übersieht, wird er das Erbe seiner Vorgänger, der sozialliberalen Technokraten um Krupp und Fleischmann, schlecht verwalten. Sollte sich Engels nicht darauf beschränken, sich im undurchschaubaren Verwaltungswust zu verheddern und irgendwelche reaktionären Mätzchen in Angriff nehmen, so werden ihm die Studenten kraftvoll auf die Finger klopfen (bald jährt sich der zweite Jahrestag des großen Wiwistreiks). Das sei ihm hier mit aller gebührenden Form gesagt.

Wiederfinanzierung des VDS abgelehnt.

Die Bundesregierung zweifelt daran, daß die Zielsetzungen des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS)

mit den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes übereinstimmen; deshalb will sie vorerst die im Jahre 1969 eingestellte Finanzierung des VDS nicht wiederaufnehmen. Dies geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums und des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit auf eine kleine Anfrage hervor, die die CDU/CSU-Opposition vor einigen Monaten eingebracht hat.

Zur Begrüßung seiner Ansicht erklärt das Bonner Innenministerium, die Studenten-Organisationen MSB/Spartakus und SHB (ehemals Sozialdemokratischer Hochschulbund) würden den VDS steuern und ihn als Instrument für die Verwirklichung ihrer Politik ansehen. Diskussion und Beschlüsse der jüngsten VDS-Mitgliederversammlung vom März dieses Jahres hätten ergeben, daß oftmals eine eindeutige kommunistische Terminologie verwendet worden sei. Außerdem seien in der Mitgliederversammlung die meist starken Minderheiten der Studentenparlamente nicht repräsentiert.

Der VDS hatte im Februar dieses Jahres in einem offenen Brief an Bundeskanzler Willy Brandt erklärt, daß er sich entschieden für die Beachtung der demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes einsetze. Im Mai kam es daraufhin zu einem Gespräch der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Katharina Focke, sowie für Bildung und Wissenschaft, Klaus von Dohnanyi, mit dem VDS-Vorstand. Dabei war von der Regierungsseite erklärt worden, daß mit einer Entscheidung über eine Wiederfinanzierung erst nach einer Prüfung des Sachverhalts durch das Bundesinnenministerium zu rechnen sei.

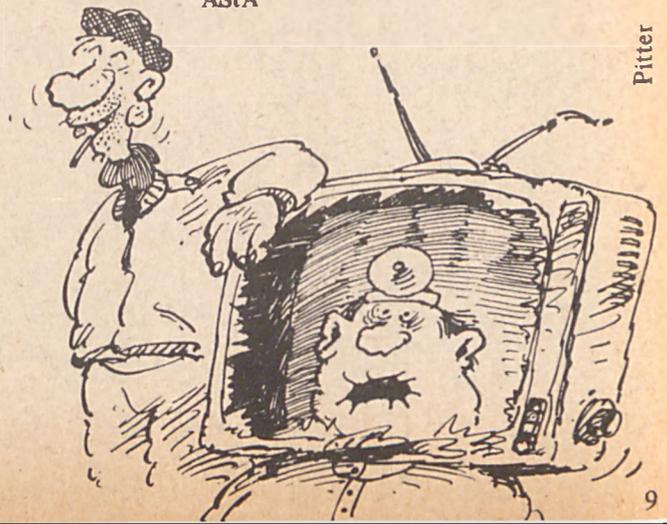
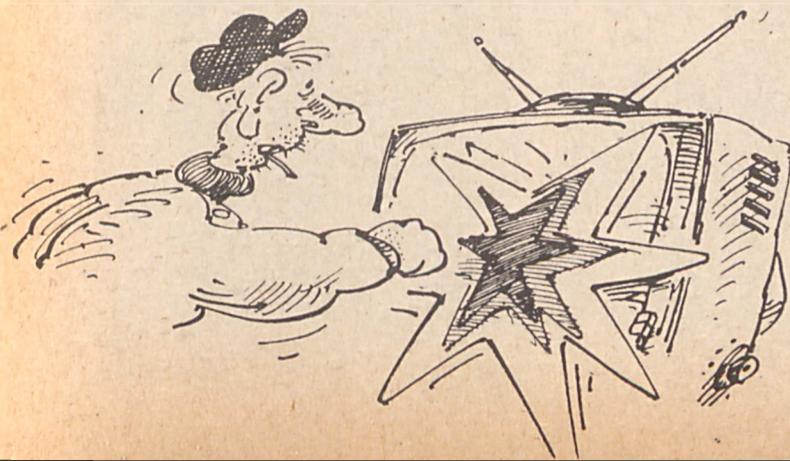
Mit ihrer Stellungnahme, so erklärte der VDS-Vorstand, habe die Bundesregierung bestätigt, daß sie einen studentischen Dachverband wünsche, der „ihr aus der Hand frißt“ und der voll auf Regierungslinie liege.

Streiks an der FH-Darmstadt.

Am 4.6.73 haben 1.400 (ca. 65 %) Studenten der FHD einen Warnstreik von 1 Woche beschlossen. Dieser Streik ist die erste Eskalation eines Kampfes gegen die anderen Hochschulen diesen Kampf. Die Folge sind hohe Beitragszahlungen (Jetzt/74 ab WS: ca. DM 100,-) ohne nennenswerte Mehrleistungen. Gegen die Verschlechterung der Studiensituation, den fortschrittliche Teile der Studentenschaft schon seit langem in den Fachbereichen führen. Die Erhöhung der Pflichtstundenzahl auf über 40 Stunden in einigen Fachbereichen und die Erhöhung des Leistungsdrucks durch differenzierte Prüfungsmethoden auf der einen Seite, die Verschärfung der sozialen Lagen diesen Plan hat die Studentenschaft schon im Dezember 1972 in einer Urabstimmung protestiert. Damals verschwand der Plan wieder in der Schublade.

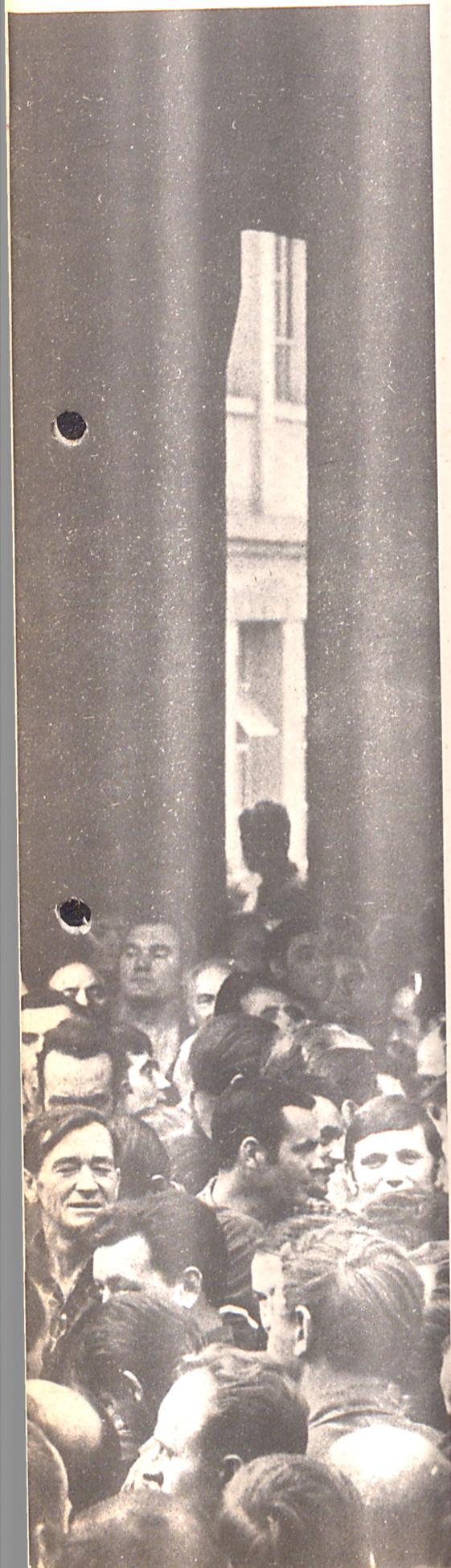
Studien-, Prüfungsordnung und Studienprogramm sollen im Blitztempo verabschiedet werden. Denn je schneller, desto weniger können studentische Forderungen zum Tragen kommen. Um diese Taktik zu unterlaufen, haben wir während des Streiks Arbeitstage zur Studiensituation veranstaltet. Ca. 400 Kommilitonen haben während des Streiks ihre Situation diskutiert und Forderungen aufgestellt. Schon deshalb kann dieser Streik nur der Anfang sein eines Kampfes, den die Studentenschaft selber führt, anstatt ihn an einzelne zu delegieren. Unser Streik war ein Erfolg!

Die Forderungen noch breiter zu diskutieren, sie zu vereinheitlichen und die Strategie des Kampfes zu entwickeln ist unsere nächste Aufgabe!
ASTA



BETRIEBS- ARBEIT/RK





Betrachtet man sich die politische Verfassung, in der sich unsere Gruppe zur Zeit befindet, so trifft man vor allem auf zwei Hauptmerkmale: Frustration und Aktion. In der Betriebsarbeit scheint es nicht mehr so richtig weiterzugehen, die einzelnen Gruppen arbeiten vor sich hin; wir sind zwar alle Spontis, aber was sonst? Immer mehr rückt die Frage in den Vordergrund: Was soll das Ganze überhaupt? Oder anders gesagt: Was ist unsere "Funktion als Intellektuelle" im Betrieb und im Stadtteil? Was ist eigentlich aus dem revolutionären Anspruch unserer Gruppe geworden? Und will man bei der Beantwortung dieser Fragen nicht in bloße Resignation versinken, will man bei den lähmenden Diskussionen, bei dem Voranstoßern von Termin zu Termin nicht stehen bleiben, so kommt man auf die Punkte, wo es uns über einen bestimmten Zeitpunkt

hinweg tatsächlich gelungen ist, einen Schritt nach vorne zu tun: sei es im Betrieb die Betriebsversammlungen, sei es der erste Mai in Rüsselsheim, sei es das Jugendzentrum oder seien es die Hausbesetzungen in Frankfurt. Überall dort, wo sich für uns eine wirkliche Aktionsperspektive eröffnet hat, zuletzt in den Frankfurter Straßenschlachten, da schien die politische Hilflosigkeit unserer Gruppe für kurze Zeit überwunden, da gelang es, für unsere radikalen Forderungen einen Rückhalt bei den Arbeitern im Betrieb, bei Jugendlichen oder bei der Frankfurter Bevölkerung zu finden. War die Aktion zu Ende, hatte sich die Staatsgewalt oder das Kapital als stärker erwiesen oder waren bestimmte Forderungen durchgesetzt worden, so begann erneut der politische und organisatorische Katzenjammer im "Revolutionären Kampf".

Hinter dieser Unfähigkeit, einmal erreichte Aktionsziele und Bewegungen zu stabilisieren, verbirgt sich das Grundproblem unserer Gruppe: unser Dogmatismus, der eine einmal eingenommene theoretische Position, die mit der Praxis konfrontiert wird, nicht weiter diskutiert, die eigene theoretische Position dadurch verändert und der praktischen Arbeit, indem man versucht hat, die auftretenden Schwierigkeiten theoretisch zu bewältigen, eine weitere Perspektive zu geben. Stattdessen wurde halt "gemacht", bis man schließlich nicht mehr wußte, was man als Revolutionär eigentlich machen sollte, was die "Funktion unserer Intervention als Intellektueller im Betrieb" eigentlich beinhaltet. Wir haben uns zwar vor dem marxistisch-leninistischen Rückgriff auf die Klamottenkiste der Arbeiterbewegung abgesetzt und tun das immer noch, aber nur, um so unserem eigenen Dogmatismus zu verfallen. Als die theoretisch formulierte Radikalität der Arbeiterautonomie vor der praktischen Arbeit im Betrieb nicht bestehen konnte, als wir Schritt für Schritt durch unsere praktischen Erfahrungen bemerkt haben, daß die Wirklichkeit der deutschen Arbeiterklasse in der BRD doch nicht ganz dem entspricht, wie wir es formuliert haben, da wurde der politische Boden, auf dem wir standen unsicher, und diese Unsicherheit besteht bis in die Gegenwart hinein. Wir werden sie nur auflösen, wenn wir endlich begreifen, daß jede revolutionäre Arbeit, die nicht weiß was sie tut, die sich nicht permanent selbst kritisiert, die eigene theoretische Diskussion und Position weiterbringt, indem die gemachten Erfahrungen darin aufgenommen werden und sie dadurch weitertreibt, im Grunde nutzlos ist. Gerade diese theoretische Blutleere macht die Hilflosigkeit von uns allen aus. Versteht man dies nun so, daß wir anfangen sollen, die "Klassiker" des Kommunismus und der Anarchie zu studieren oder die Geschichte der Arbeiterbewegung aufzuarbeiten oder irgendwelche soziologischen Untersuchungen zur Lage der arbeitenden Klassen in Fabrik und Land zu studieren, so wäre das sicher das endgültige Ende unserer Gruppe. Darum kann es in keinem Fall gehen. Theoretische Blutleere heißt vielmehr, daß wir nicht mehr über die Konfrontation und damit auch über die Veränderung unserer eigenen, in Diskussionen, Aktionen, Papieren und Flugblättern vergegenständlichten Theorie diskutiert haben, organisiert und kollektiv, so daß wir den nächsten Schritt ebenso eindeutig hätten bestimmen können, wie wir den ersten Schritt bestimmt haben. Daß dies ohne die berühmten Klassiker, ohne die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und den gegenwärtig stattfindenden Klassenkämpfen bei uns und in anderen Ländern nicht gehen mag, sondern vielmehr damit zusammenhängt, gehört dazu. Aber revolutionäre Theorie wird zum Akademiewissen, wenn sie sich nicht auf die

praktische Arbeit bezieht. Das soll hier nun ausgehend von unserer Betriebsarbeit versucht werden.

Die Arbeiterautonomie in unseren Köpfen.

Blickt man auf unsere Betriebsarbeit zurück, so ist es irgendwie unbegreiflich, daß eine revolutionäre Gruppe die scheinbar so einfache Tatsache bisher noch nicht verarbeitet hat: nämlich, daß die italienische Arbeiterklasse eben nicht die deutsche ist, und daß dies auch für den italienischen und deutschen Kapitalismus, seine Geschichte und Entwicklung gilt. Daß darin aber die Schwierigkeit einer ganzen Bewegung liegt, wird einsichtig, wenn man sich all die Gruppen ansieht, die sich aus der Studentenbewegung herausgebildet haben. Keine dieser Gruppen verfügt über ein wirkliches, praktisches Verhältnis zur deutschen Arbeiterklasse und zu den Arbeitsemigranten. Die Mehrheit der Genossen griff auf die Organisations- und Theorietradition der alten Arbeiterbewegung zurück, sei es nun Trotzki oder Stalin und beide auf Lenin. Die anderen versuchten sich in der Auseinandersetzung mit dem Mai 68 in Frankreich und mit den italienischen Klassenkämpfen. Beide Tendenzen waren aber – und mußten es auch sein – den Widersprüchen der antiautoritären Studentenbewegung eher verhaftet, als den Widersprüchen, die aus der wirklichen Lebens- und Arbeitssituation der Arbeiter in den Betrieben entstehen.

Man kann dies an unserer Aufarbeitung der italienischen Klassenkämpfe darstellen. Den Kernpunkt bildet dabei die Tatsache, daß in Italien in den Fabriken die Arbeiter Kämpfe führten, die ohne und oftmals gegen die reformistischen Organisationen der alten Arbeiterbewegung, wie Gewerkschaft und KP, stattfanden. Die Arbeiter kämpften um Forderungen, die das Kommando des Kapitals über die Produktion in der Fabrik angriffen, die den traditionell reformistischen Handel um Lohn, Sozialleistungen etc. durchbrachen. Im Vordergrund ihres Kampfes stand die Basis der kapitalistischen Gesellschaft, die kapitalistische Organisation der Produktion, Arbeitsteilung, Fließband, Normenerhöhung, Meisterterror, Lohngruppen und ein niedriger Lohn bildeten gemeinsam die inhaltliche Grundlage der Kämpfe. Sie entwickelten sich in der Form "autonomer Massenaktionen" der Arbeiter. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen griffen die Arbeiter zu militanten Aktions- und Organisationsformen, wie etwa der Fabrikbesetzung und der autonomen Arbeiterversammlung, die den traditionellen gewerkschaftlichen Rahmen sprengten und radikal in Frage stellten. Hier waren wir also auf eine kämpfende Arbeiterklasse gestoßen, die unserer eigenen antireformistischen Position scheinbar Recht gab. Hier

schien nun das, was die Studentenbewegung theoretisch an den Gewerkschaften kritisierte, nämlich daß sie zu einer, wenn nicht gar der entscheidenden Disziplinierungsinstitution des Monopolkapitals gegenüber der Arbeiterklasse geworden ist, die überall dort, wo in Ansätzen revolutionäre Kämpfe entstehen, sofort eingreifen und sie über Lohnforderungen und bürokratische Interessenvertretung zu integrieren versuchen, von den Arbeitern selbst praktisch vollzogen zu werden.

Zwar merkten wir schnell, daß hier die Dinge doch etwas anders liegen als bei Fiat, im großen und ganzen hielten wir aber an der "Lehre von der reinen Arbeiterautonomie" fest. Nur daß jetzt mehr und mehr der theoretische Begriff der "Präsenzfunktion" in den Vordergrund gerückt wurde. "Präsenzfunktion" hieß, die Agitation auf der gegebenen theoretischen Basis der "Arbeiterautonomie" aufrechtzuerhalten, immer wieder konkret die Widersprüche zwischen "Logik des Kapitals" und der "Logik der lebenden Arbeitskraft" in Flugblättern aufzugreifen, die reformistischen Scheinlösungen des Betriebsrates zu entlarven und auf den Betriebsversammlungen neue Formen von Interessenartikulation (bis hin zur Aktion) zu initiieren (dies gilt auch für die Abteilungen; nur daß dort die Ergebnisse weitaus dürftiger waren). Daß wir Streiks und andere Kampfformen der Arbeiter in der Fabrik nicht ohne weiteres initiieren konnten, wurde uns klar. Aber „präsent“ zu sein, bis das Kapital diese Widersprüche im Betrieb selbst zuspitzt, so daß es nur noch eines Funkens bedarf oder daß sie einfach ausbrechen müssen (und die Wahrscheinlichkeit dieser allgemeinen Entwicklung haben wir zwar nie theoretisch ausgeführt, aber im Anschluß an die Septemberstreiks doch immer zur Grundlage unserer Praxis gemacht), darin sahen wir unsere Hauptaufgabe im Betrieb. In dieser Bestimmung, aber auch in ihrer praktischen Umsetzung liegt die ganze Widersprüchlichkeit unseres Ansatzes, denn so, wie wir unsere Arbeit als "Präsenzfunktion" bestimmt haben, wird es immer schwieriger, diese "Präsenz" im Betrieb noch aufrecht zu erhalten. Und dies ist vor allem deshalb der Fall, weil wir Erfahrungen von Fabrikkämpfen in Italien unvermittelt und ungebrochen und zudem noch filtriert durch unsere eigenen Aktionsinteressen auf die BRD übertragen haben. Die permanente Verbreitung der kleinsten Konflikte im Betrieb mittels Flugblätter, die Versuche Akkorde und Gesundheitsschädlichkeit der Arbeit anzugreifen, kompromißlos radikale und egalitäre Lohnforderungen zu formulieren, die Spaltungspolitik des Kapitals durch die Kategorien anzugreifen, die Einsicht in die Langfristigkeit unserer Arbeit und in ihre Notwendigkeit, da wir ansonsten den Arbeitern immer nur als exotische Fremdkörper erscheinen werden (und umgekehrt), und damit eine wesentliche Voraussetzung einer revolutionären Bewegung im Spätkapitalismus ver-

loren geht, all dies ist an dieser theoretischen Konzeption richtig gewesen und ist es gegenwärtig immer noch. Nur – und hierin liegt das Problem – daß wir dies immer weniger praktisch zu realisieren vermögen, daß wir „wagschlaffen“ und frustriert sind, all dies weist auf einen Widerspruch in dieser „Präsenzfunktion“ hin, eben auf deren theoretische Voraussetzung, nämlich der „unvermittelten ungebrochenen und zudem durch unsere eigenen Aktionsinteressen filtrierten Übertragung von Erfahrungen der Fabrikkämpfe in Italien“. Dies zeigen zwei wesentliche Punkte unserer Betriebsarbeit, nämlich dort, wo es für die Arbeiter um die praktische Schlußfolgerung aus unserer Agitation geht und dort, wo wir zu praktischen Schlußfolgerungen in Form von Kampagnen kommen.

Geht man unsere Agitation der vergangenen Jahre durch, so finden sich als ihre praktische Konsequenz Parolen wie: „Macht kaputt, was euch kaputt macht“, „Kampf dem System, das uns auf Raten stößt“, „Ab 28° wird nicht mehr gearbeitet“, „Wir werden stark sein, wenn wir den Kampf um mehr Lohn mit dem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen verbinden !!!“, „Streik bei Mercedes = Streik bei Opel“, „Was wir brauchen, das müssen wir uns erkämpfen“ und „Ein Abschluß ist ein Abschluß ist ein Abschluß“. Grundsätzlich wird man an diesen Parolen wenig zu kritisieren haben. Nur, wie weit eröffnen sie den Arbeitern tatsächlich eine Handlungsperspektive??

Warum sollen Arbeiter aufgrund einiger Flugblätter plötzlich anfangen ihre Angst, den Betriebsrat und die Gewerkschaften zu vergessen, „sich selbst zu organisieren“, sich „nicht mehr uneins zu sein“, und den „Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise“ zu eröffnen?

Für uns war das zu jener Zeit eigentlich keine große Frage; der Schock, den der Genosse, der in die Fabrik ging, wegkam, der Arbeitshorror, die ungläubliche Gewalttätigkeit der Lohnarbeit, die Verstümmelung durch Stumpfsinn und Wechselschicht, – all dies machte eigentlich jedem klar, daß es früher oder später zum großen Krach kommen mußte. Die Abstraktheit dieser Parolen, die vage Arbeitsperspektive sind nicht weiter schlimm gewesen, ja, sie waren für eine externe Studentengruppe eigentlich notwendig.

Schlimm war unsere Reaktion auf die Wirkungslosigkeit dieser Agitation. Wir sind freiwillig in die Fabrik gegangen und zwar nicht, um dort zu arbeiten, um uns am Leben zu erhalten, sondern um dort die Politik der Studentenbewegung auf einer anderen, von uns als notwendig eingesehenen Ebene weiterzuführen. Und dies hieß vor allem, daß wir nicht in die Fabrik gegangen sind, um als revolutionäre Dauerbrenner langsam und stetig die Suppe zum Kochen zu bringen, sondern um möglichst schnell wieder als Revolutionäre handeln zu können. Im prakti-

schon Widerstand, in den Straßenkämpfen der Studentenbewegung gegen den kapitalistischen Staat, Springer, US-Imperialismus und Vietnamkrieg sind wir zu Revolutionären geworden und an dieser Aktionsgeschichte wollten und mußten wir im Betrieb so schnell wie möglich anknüpfen. Also Intensivierung der Agitation an bestimmten Brennpunkten in der Unterdrückung in der Fabrik, wenn die alltägliche Agitation scheinbar keine Resultate zeigte, also Hitzekampagne, – Kampagnen überhaupt. Und in diesem Kampagnendenken ging nun gerade das unter, was die Betriebsarbeit weiter gebracht hätte. Nämlich eine Aufarbeitung unserer Erfahrungen, eine Veränderung unserer theoretischen Position, eine schrittweise erfolgende Veränderung „der reinen Lehre“ der Arbeiterautonomie, bezogen auf die wirkliche Arbeits- und Lebenssituation der deutschen und ausländischen Arbeiter. Unser „antiautoritärer Aktionismus“ hat dies verhindert, da ihm Italien näher liegt, als die Alzeyer Freaks“. Selbst dort, wo es uns gelungen ist, eine partielle Mobilisierung einzuleiten, wie etwa in der Tarifrunde 1971 mit der Forderung „1 Mark für alle“ oder „Lohnfortzahlung für alle !!! Alle oder keiner – Streik !!!“ oder die Mobilisierung für die Betriebsversammlung oder für den 1. Mai 1972, haben wir diese Entwicklung immer nur unter der Perspektive unserer Aktionsmöglichkeiten gesehen. Als die reale Entwicklung dem entgegengelaufen ist, haben wir nicht nach den Bedingungen dieser Entwicklung gefragt, sondern:

„Ein Abschluß ist ein Abschluß ist ein Abschluß!“

Der Reformismus in den Betrieben.

Die Wirklichkeit der Arbeiter in der Fabrik unterscheidet sich also wesentlich von dem Bild, das wir uns von ihr gemacht haben. Wo wir ungebrochen die Perspektive einer entstehenden „Arbeiterautonomie vorausgesetzt haben, eine Lösung von den Gewerkschaften, den beginnenden Kampf gegen die kapitalistische Arbeitsorganisation, gegen die Gesundheitsschädlichkeit, etc., da wurden wir mit Arbeitern konfrontiert, die anscheinend ganz andere Probleme hatten. Diese Kluft zwischen unserem theoretischen Anspruch und der Wirklichkeit der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik ergibt sich aus unserer „italienischen Illusion“. Fasziniert von der Arbeiterautonomie in den italienischen Klassenkämpfen haben wir vergessen, die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen und Ursachen dieser Arbeiterautonomie zu stellen. Beginnen wir mit einer einfachen Gegenüberstellung.

Ein Fiat-Arbeiter schildert die Situation bei Fiat vor und nach den Kämpfen

von 1969: „Es sind jetzt 12 Jahre, daß ich bei Fiat arbeite . . . Ich erinnere mich gut: früher, wenn sich nur drei Arbeiter zusammensetzten und tuschelten, war sofort ein Aufpasser da, der ständig mit seinem Fahrrad durch die Werkstätten raste und spionierte. Jetzt stehen wir in Gruppen herum und machen Vollversammlung, wenn wir es für nötig halten. Damals durftest Du nicht den weißen Strich übertreten, der deinen Arbeitsplatz abgrenzte. Du wurdest buchstäblich gefangengehalten. Wenn du auch nur einen Fuß über den Strich gesetzt hast, war sofort der Meister da und schrieb deine Nummer auf, um dich zu bestrafen. Heute laufen wir ganze Kilometer durch die Abteilungen . . . Und wehe wenn du von Politik gesprochen hast: alle Kader der FIOM haben sie deswegen rausgeschmissen . . . Früher war der Meister tatsächlich ein Diktator. Ein Blick genügte und der Arbeiter kuschte. Wie in der Kaserne! Du konntest nicht einmal eine Zigarette rauchen. Wenn du Hunger hattest, mußtest du das Brot unterm Kittel verstecken, und dir heimlich Bröckchen in den Mund stecken . . . Ich erinnere mich, daß die Meister früher dazwischenführen, wenn du eine Flasche Wein mitgebracht hast, um deinen Geburtstag mit den Genossen zu feiern. Heute ist das anders. Zu Weihnachten haben wir hier Tische gedeckt, mit Tischtüchern, Nüssen und Champagner. Auch das ist Macht, es sind Dinge die Dir Kraft geben.“ (aus Kursbuch 26, S. 155/6.) Fügt man dieser alltäglichen Unterdrückungssituation in den Großbetrieben noch die Lebenssituation der Arbeiteremigranten aus dem Süden hinzu, die mit der unserer „Gastarbeiter“ durchaus vergleichbar ist, sieht man weiter, daß der italienische Kapitalismus in den sechziger Jahren ein gewaltiges Wachstum hinter sich hatte, das nicht auf großen Investitionen, sondern auf einer Ausbeutung des scheinbar unbegrenzten Arbeitskräftereservoirs beruht, auf einer Intensivierung der Arbeit und auf Niedriglöhnen, auf der Proletarisierung von Millionen von Landarbeitern, Kleinbauern und Kleinbürgern nach dem Kriege, so werden die grundsätzlichen Unterschiede zum deutschen Kapitalismus und zur deutschen Arbeiterklasse deutlich. Dieser grundlegende Unterschied wird durch die Tatsache noch verstärkt, daß Mitte der fünfziger Jahre die Gewerkschaftsbewegung in Italien einen großen Rückschlag erlitten hat. Bei Fiat, ein Zentrum des antifaschistischen Widerstands und der Partisanen, wurden die linken Gewerkschaften zerschlagen, in anderen norditalienischen Betrieben war es ähnlich. Gelbe Gewerkschaften traten an ihre Stelle, der Terror des Kapitals traf nun unvermittelt auf die Arbeiter. Alle reformistischen Zugeständnisse wurden abgebaut, um die erbarmungslose Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft intensivieren zu können. Hierzu kommt noch, die Frage, welche Bedeutung die Loslösung der süditalienischen Landarbeiter, ihre agrarisch-kollektivistische Tradition

ür die Entwicklung der Arbeiterautonomie gehabt hat, ebenso welche Bedeutung der kontinuierlichen Klassenaussetzung zwischen Arbeiterklasse und Kapital seit dem Untergang des Faschismus in Italien zukommt. Auf diesem Hintergrund ist in den italienischen Gewerkschaften jann die Diskussion der "Arbeiterautonomie" begonnen. Die traditionellen Kampfformen der Gewerkschaften waren auf Grund der Zerschlagung ihres Apparates in den vielen Großbetrieben nicht mehr möglich, man diskutierte "autonome Kampfformen" der Arbeiter in den Betrieben und — da es oftmals nicht den Ansatz einer gewerkschaftlichen Mitsprache im Betrieb gab — auch das Problem der Arbeiterselbstverwaltung, der Produktionskontrolle. In dieser Diskussion um die "Gewerkschaftsautonomie" entstand die Intervention solcher Gruppen, wie PO oder Lotta Continua.

Der Alltag der Ausbeutung in der Fabrik, die Geschichte der Arbeiterklasse als auch die strukturellen Unterschiede in der Entwicklung des Kapitalismus zwischen Deutschland und Italien, zeigen warum wir in unserer Betriebsarbeit mit der "reinen Lehre der Arbeiterautonomie" scheitern mußten. Die Agitation über Arbeitshetze und Stückzahlerhöhungen sind nur zu notwendig und viel zu selten von uns gemacht worden, aber damit gleich Erwartungen zu verbinden, deren Voraussetzungen eigentlich gar nicht gegeben sind, darin liegt unser politischer Fehler. Nehmen wir noch einmal die Gegenüberstellung der alltäglichen Fabrikwirklichkeit an dem Fiatbeispiel auf, nur diesmal aus der Sicht des Opels. Formen unmittelbarer Unterdrückung wie sie von dem Arbeiter bei Fiat geschildert werden sind bei Opel selten. Die Kommunikation der Arbeiter untereinander stellt kein Anlaß zur Maßregelung durch den Meister dar, die Pausen werden zwar mehr oder weniger genau eingehalten, trotzdem wird nach Lust und Laune geraucht, gegessen und vor allem auch getrunken. Die Arbeit wird zwar intensiviert, aber meistens sehr langsam, nahezu unmerklich und doch fühlbar. Große, massenhaft erfahrene Veränderungen in der Arbeitsproduktivität haben wir in den vergangenen Jahren nicht miterlebt. Und vor allem, tritt doch einmal ein offener Konflikt auf, so beginnt ein umfassender innerbetrieblicher Apparat der Gewerkschaft zu arbeiten. Einrichtungen, wie Akkord- oder Zulagenkommissionen sind von uns nie ernst genommen worden, sie haben aber ihre praktische Bedeutung.

Tritt ein Akkordkonflikt auf, so sind das erstens "eure gewählten Vertreter", und zweitens sagen diese gewählten Vertreter dann nicht einfach nein, sondern der eine bekommt vielleicht ein paar Pfennige, der andere nicht und damit ist der Konflikt individualisiert, gestorben. Ähnliches gilt für die Vertrauensleute und den Betriebsrat. Wären das bloße Handlanger des Kapitals, würden sie nicht hin und wieder materiell für die Arbeiter etwas herausholen (das sie vielleicht auch sowieso bekommen hätten), dann würde keiner diese Institution mehr ernst nehmen. Hinzu kommt noch ein wesentlicher Unterschied in der Lohnhöhe, in den Sozialleistungen und in der Tatsache, daß es sich nicht um Arbeiteremigranten, sondern um ein traditionelles Landproletariat handelt, mit eigenem Haus und Weingarten, zumindest aber mit eigener Wohnung und Erfahrungen in den Knochen, die den Opel, so wie er sich gegenwärtig für sie darstellt, nicht die schlechteste aller Möglichkeiten verkörpert. Einfach feststellbare Unterschiede also, die wir aber in unserer Politik nicht einmal systematisch ausgemacht, geschweige denn praktisch umgesetzt haben.

Erweitern wir diese Gegenüberstellung mit Italien auf die Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Kapitalismus, so werden sich diese Unterschiede noch vertiefen. Von Anfang an entwickelte sich der deutsche Kapitalismus nach innen und außen in einer militaristischen Form. Seine Entwicklung hatte wesentlich später eingesetzt, als in Ländern wie Frankreich, England und den USA. Um sich auf dem kolonial organisierten Weltmarkt durchzusetzen, um seine Akkumulation, seine Ausdehnung zu garantieren, bedurfte er günstiger Konkurrenzbedingungen im Weltmaßstab und war auch von Anfang an militärisch auf Expansion ausgerichtet. Dies verlangte aber einen inneren Klassenfrieden, ein Verhältnis von Arbeiterklasse und Kapital, das ganz anders als in den klassischen konkurrenzkapitalistischen Ländern, nicht auf naturwüchsig und offen brutal sich vollziehenden Ausbeutung der Arbeiterklasse entwickeln konnte, sondern die scheinbare Neutralität des Staates, seine Mittlerrolle zwischen den Klassen materiell durch eine frühe Sozialgesetzgebung, durch eine sozialharmonistische Ideologie von Leistung der Arbeiter und Verpflichtung der Unternehmer begünstigt hat. Die gewaltsame Radikalität des proletarischen Klassenkampfes wurde im Tausch gegen eine minimale soziale Verpflichtung des Kapitals gegenüber

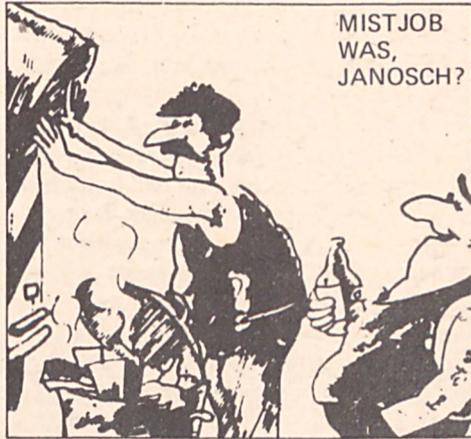
der Arbeiterklasse aufgegeben. Was in der deutschen Sozialdemokratie theoretisch in der Ideologie des Staatssozialismus auftrat, setzte sich praktisch in einer Verpflichtung des proletarischen Klassenkampfes auf den gewaltfreien Rechtsverkehr zwischen den Klassen um. In keinem anderen Land ist die Verrechtlichung der Klassenaussetzung, die juristische Bindung der Gewerkschaften und das bürgerliche Rechtsdenken der Arbeiter so stark ausgeprägt wie in Deutschland. Lenins Ironisierung eines deutschen Revolutionärs, der, bevor er einen Bahnhof erobert, erst noch eine Bahnsteigkarte löst, findet hier ihren materiellen Kern, und auch die Hoesch-Arbeiter, die auf die Straße verzichtet und stattdessen den Bürgersteig benutzt haben, zeigen die Aktualität dieser geschichtlichen Entwicklung.

Im Faschismus wurde dieses sozialharmonische Klassenverhältnis noch verstärkt und eine ganze Generation davon geprägt. Auch die Nachkriegszeit und der Wiederaufbau in der Bundesrepublik waren alles andere als günstig, um diese Entwicklung zu verändern. Das durch den Kommunismus bedrohte Europa — und nach dem II. Weltkrieg war zumindest in Deutschland bei den Massen das Bedürfnis nach einer sozialistischen Transformation der Gesellschaft ziemlich stark ausgeprägt — erhielt die berühmten Kapitalhilfen ("Marshallplan") der USA, um so den kapitalistischen Wiederaufbau forcieren zu können. Mit militärischer Unterdrückung der Massen ließ sich das nach einem Weltkrieg schwer bewerkstelligen, wohl aber mit einer materiellen Integration, indem die sozialistische Alternative der Sowjetunion materiell überboten wurde. Die historische Ausgangssituation kam dieser Strategie entgegen, besonders in der neugeschaffenen Bundesrepublik. Die enorme Vernichtung an Kapital, die durch den alliierten Bombenkrieg verursacht worden war, die Zerstörung der Städte und der Infrastruktur, die Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten schufen einen gewaltigen Binnenmarkt, der nur des nötigen Kapitals bedurfte, das dann auch von den USA bereitgestellt wurde. Hinzu kamen noch günstige äußere Bedingungen, wie die imperialistischen Unternehmen der USA, die zum Koreaboom Anfang der fünfziger Jahre geführt haben. Weiter fehlten der BRD politische Konflikte, wie es in Frankreich und England der Fall war, die in kostspielige Kolonialkriege verwickelt wurden. Auch fehlte der Ballast großer unterentwickelter Gebiete im eige-

»Gastarbeiter



HIER LIEGT
NOCH WAS,
ALEXIS!



MISTJOB
WAS,
JANOSCH?



WIR BRAUCHEN
GLÄSER, NIKOS!



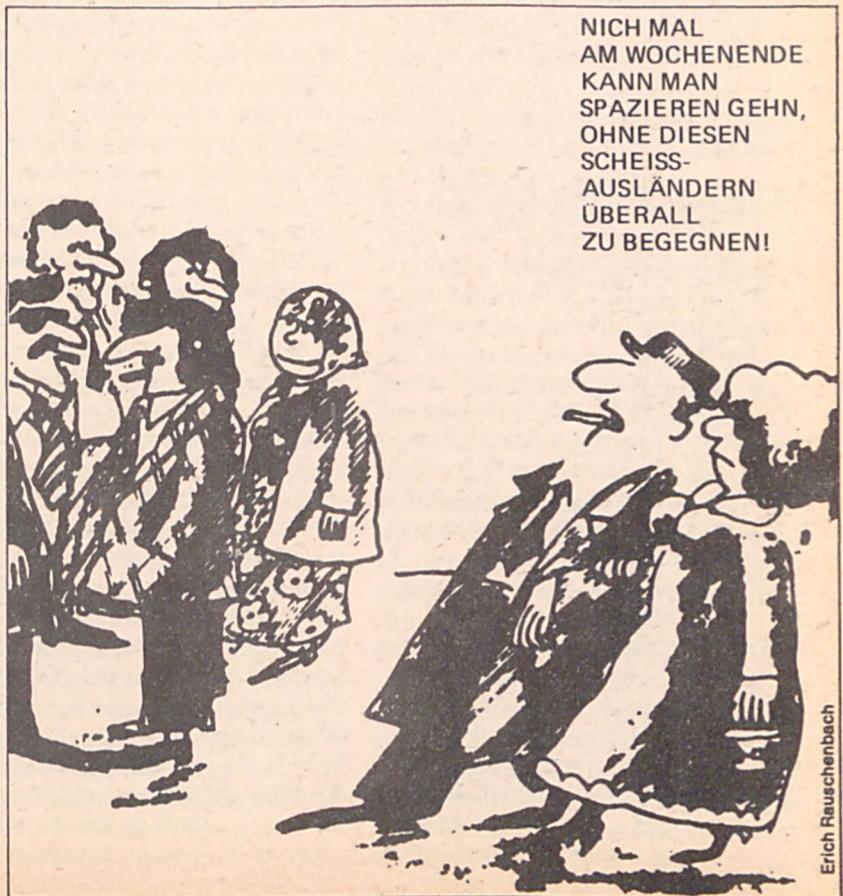
FESTE,
PABLO!



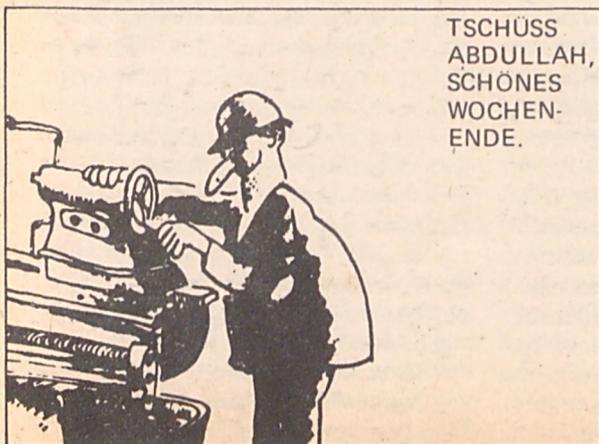
'N TAG,
SULEIKA.



AFFENHITZE
WAS, EMILIO?



NICH MAL
AM WOCHENENDE
KANN MAN
SPAZIEREN GEHN,
OHNE DIESEN
SCHEISS-
AUSLÄNDERN
ÜBERALL
ZU BEGEGNEN!



TSCHÜSS
ABDULLAH,
SCHÖNES
WOCHEN-
ENDE.

nen Land. Diese lagen alle östlich der Elbe. Die Millionen von Flüchtlingen verkörpern ein billiges und qualifiziertes Arbeitspotential, die die ideologische Durchsetzung des Antikommunismus und der Wirtschaftswunderideologie stark begünstigt haben, und die großen Industriezentren des deutschen Reiches befanden sich nahezu alle, bis auf Sachsen und Oberschlesien, auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Die aus diesen historischen Voraussetzungen sich erklärende, mehr oder weniger kontinuierlich verlaufende und gegenüber anderen Ländern überdurchschnittlich hohe Akkumulation des deutschen Kapitals, erlaubte eine fortschreitende materielle Partizipation der Arbeiter in Gestalt von Reallohnzuwachs und Sozialleistungen. Die Arbeiter, die Weltwirtschaftskrise, Faschismus und Weltkrieg hinter sich gebracht hatten, sahen sich zum ersten mal seit Jahrzehnten endlich einer spürbaren materiellen Sicherheit gegenüber. Und die ideologische Ausschlichtung der Schwierigkeiten der sozialistischen Länder, besonders der DDR, von wo laufend neue qualifizierte Arbeitskräfte hereinströmten, erleichterten eine antikommunistische Propaganda, die in ihrer Massenwirksamkeit beispiellos gewesen ist. All dies bestärkte die Fixierung der traditionellen Arbeiterbewegung der Gewerkschaften, der SPD und KPD, auf ein sozialharmonisches Klassenverhältnis.

Studentenbewegung und Septemberstreiks.

Gegen Mitte der sechziger Jahre begann sich die soziale Wirklichkeit im bundesrepublikanischen Kapitalismus radikal zu verändern. Die ökonomische und politische Restauration des Kapitalismus hatte ihre Grenze erreicht. Der Wiederaufbau war abgeschlossen, der Binnenmarkt glich sich den anderen Ländern an, das ökonomische „Laissez faire“ der Nachkriegszeit, die „freie Marktwirtschaft“, um den damals gängigen ideologischen Begriff zu gebrauchen, hatte zu einer Überproduktionskrise geführt, der „Rezession“ (!) von 1966/67. Und mit ihr ging auch der autoritäre Staat seinem Ende entgegen. Eine Bewegung entstand – und zwar nicht umsonst gerade dann, als die SPD endgültig den letzten sozialistischen Anspruch auf-

gab und in die große Koalition eintrat – die wesentlich geprägt war von der sozialen Erfahrung der Bundesrepublik, die sich nicht mehr rückwärts an der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung, an Wirtschaftskrise und Weltkrieg orientierte, sondern ausschließlich den bundesdeutschen Kapitalismus und seinen engsten Verbündeten, den US-Imperialismus, zum Maßstab ihrer Kritik machte. Diese Studentenbewegung kämpfte vor allem politischer Inhalte wegen. Zwar war sie im Zusammenhang einer autoritären Hochschulverfassung entstanden, die selbst schon innerhalb des Kapitalismus überfällig und untauglich geworden war, aber die Massenmobilisierung erfolgte durch Vietnamproteste, durch Demonstrationen gegen die NS-Gesetze und gegen Springer. Und da sie eine politische Bewegung gewesen ist, war sie vor allem gegen die autoritäre Lebens- und Verkehrsorganisation der kapitalistischen Gesellschaft gerichtet, die auf den Greuel in Vietnam, Persien und anderswo fußte. Ihr Ziel aber war ein sozialrevolutionäres: Die Beseitigung des Kapitalismus. Als selbst der Widerstand gegen die NS-Gesetze und gegen Springer zu keinem greifbaren Erfolg führte, daß man dem Ziel keinen erkennbaren Schritt näher kam, ließ diese Bewegung zerfallen. Als wesentliches Resultat hinterließ sie die Politisierung von Studenten, akademischen Berufen, Schülern und Lehrlingen und diese Politisierung übertrug sich als eine wesentliche Kraft auf die Herausbildung einer starken reformistischen Bewegung innerhalb und außerhalb der SPD, DKP und Gewerkschaften.

Eine zweite Bewegung, diesmal unter der Arbeiterklasse, entsprang der Explosion der Septemberstreiks. Die Gründe für diese Welle von spontanen Streiks sind hinreichen bekannt, nämlich die Krise von 1966/67, Kurzarbeit, Lohnkürzungen, Abbau sozialer Zulagen, etc. Dann die Boomphase mit der Profitexplosion, dem faktischen Lohnstopp durch die lange Laufzeit der Tarifverträge, die Überstunden, die Arbeitsintensivierung etc. und schließlich noch die bevorstehende Bundestagswahl. In der Krise hatte der „Sozialpartner“ sein wahres Gesicht gezeigt, der alte Kapitalist kam wieder unverholen zum Vorschein. Das Kapital selbst hatte den Arbeitern brutal den Klassenwiderspruch vor Augen geführt, hatte die „Sozialpartnerschaft“ auf den Müllhaufen der Geschichte gefegt. Und als in der Boomphase sich die Gewerkschaft als handlungsunfähig erwies, war klar, was kommen mußte, vor allem in

dem durch die Straßenschlachten der Studentenbewegung politisierten Klima. Die Septemberstreiks waren keine Arbeiterkämpfe, in denen, wie in Italien oder Frankreich, die Arbeiter revolutionäre Inhalte artikuliert oder revolutionäre Kampfformen praktiziert haben. Ihre revolutionäre Potenz, ihre geschichtliche Dynamik lag vielmehr darin, daß die Arbeiter massenhaft ohne die Gewerkschaft gehandelt haben, daß sie sich ihrer unmittelbaren Interessen als zu erkämpfende bewußt geworden sind, daß sie in den linearen Lohnforderungen sich bewußt gegen die Gewerkschaft gestellt hatten, daß sie an manchen Punkten, wie in Bremen oder in Kiel in ihrer Militanz einen Schritt weiter nach vorne getan haben und daß an ihnen endgültig die Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ zerbrochen ist. Im Verlaufe der nächsten Jahre verschärfen sich die Tarifauseinandersetzungen, die Gewerkschaften konnten die Bewegung nicht ignorieren und mußten versuchen sie zu integrieren. Es kam zum Chemie-Streik 1971, zum Metallarbeiterstreik im selben Jahr, zu zahllosen örtlichen Streiks in einzelnen Betrieben, bis hin zum Drucker-Streik und zum Hoesch-Streik nach dem diesjährigen Tarifabschluß.

Alle diese Kämpfe zeichneten sich dadurch aus, daß es nicht um die „Arbeiterautonomie“, um den Angriff auf die kapitalistische Arbeitsorganisation ging, sondern um die Aufrechterhaltung von etwas, das den Arbeitern vom Kapital genommen werden sollte. Sei es der Lohnstopp vor den Septemberstreiks, seien es die Tarifforderungen der anschließenden Jahre, sei es die Kürzung des Weihnachtsgeldes bei Klöckner oder die Jahresprämie bei VW. Der kontinuierliche Reallohnzuwachs, wie er vor der Krise 1966/67 existiert hat, war in den letzten Jahren nicht mehr gegeben und damit einem Bewußtsein von Klassenoperation der Boden entzogen. Das Rechtsbewußtsein der Arbeiter wurde zu Unrechtsbewußtsein, sie fühlten sich ins Unrecht gesetzt. Entsprechend waren sie bereit zu handeln.

Anders als in Italien und Frankreich ist dies keine revolutionäre Bewegung, sondern eine klassenbewußte „radikalreformistische“ (mit „Klassenbewußt“ meine ich, daß die Basis der Gewerkschaften in den Betrieben – im Gegensatz zum Apparat – mehr und mehr von Sozialpartnerschaft und Klassenkooperation abkommt und sich wieder auf ihre Klasseninteressen als Arbeiter gegenüber dem Kapital besinnt) d. h. die Arbei-

ter waren an bestimmten Punkten bereit, außerhalb der Gewerkschaftsapparate zu handeln, Forderungen zu stellen, die der Spaltungspolitik von Kapital und Gewerkschaft entgegenstanden, innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Tarifrunde, Druck auf den Apparat auszuüben. Subjektiver Bezugspunkt war für sie aber eine radikalere Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen so wie sie Gewerkschaft und Kapital akzeptierten. Nicht umsonst haben in diesen Kämpfen externe, revolutionäre Gruppen aus der Studentenbewegung so gut wie keine Rolle gespielt. Ihr Radikalismus ist an den Bedürfnissen und dem Bewußtsein der Masse der Arbeiter vorbeigegangen, an Versuchen hat es ja nicht gefehlt. Der bewußte Ausdruck dieser Klassenbewegung, die Avantgarden in diesen Kämpfen, kommen nicht aus der Studentenbewegung, sondern aus der alten Arbeiterbewegung. Es sind Vertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaftler, oft aus SPD, DKP oder kleineren linken Arbeitergruppen, und in ihnen kristallisiert sich die Widersprüchlichkeit dieser Bewegung. Jahrelange Arbeit in den untersten Gewerkschaftsinstitutionen – es blieb ihnen gar nichts anderes übrig – hat in ihnen die legalistische Fixierung oftmals noch stärker ausgeprägt, als bei gewöhnlichen Arbeitern, da sie aufgrund ihrer Aktivitäten permanent vom Rauschmiß bedroht waren. Auf der anderen Seite haben sie sich in allen Streiks bisher – auch in wilden – als die organisatorische Kraft des Kampfes erwiesen. „Die Massen sind linker als ihre selbsternannten Vertreter“ ist ein kühner Satz, der an der Wirklichkeit vorbeigeht. Das Besondere des letzten Hoesch-Streiks bestand gerade darin, daß es ein offener Streik nicht ohne, sondern gegen die Gewerkschaft gewesen ist. Als dann andere Stahlwerke nicht mitzogen (weil ihnen größtenteils schon Erhöhungen zugebilligt worden waren), als Hoesch also isoliert blieb und die Gewerkschaft den Streik offen verurteilte, bekamen die „selbsternannten Führer“ kalte Füße, denn jetzt fehlte ihnen die politische Basis, auf der zu handeln sie gegenwärtig in der Lage sind. Allein gegen die Gewerkschaft, einen solchen Kampf vermochten sie auch in ihrem Bewußtsein nicht durchzustehen. Und die in „Massen“? – noch ein Wort zu „selbsternannt“. Diese Avantgarden als „selbsternannt“ zu bezeichnen, als Gewerkschaftsfunktionäre die einen Streik übernehmen, um ihn abzuwürgen, heißt die spezifische Dialektik dieser Bewegung auf einen Kampf Arbeit-

nehmer-Funktionäre zu reduzieren, und geht damit an der Wirklichkeit vorbei. Sicher soll man sich keine falschen Hoffnungen über diese „Radikalreformisten“ machen, andererseits wird die Entwicklung der Fabrikämpfe an ihnen nicht vorbeiführen – allerhöchstens an uns – sondern entscheidend durch sie geprägt werden. Und darauf haben wir uns einzustellen. Davon aber weiter unten.

Die Analyse der Entwicklung in den Betrieben seit den Septemberstreiks zeigt also, daß es sich um eine Bewegung unter den Arbeitern handelt, eine Bewegung, die sich auch partiell und massenhaft mit dem politischen Reformismus der SPD identifiziert, wie die Auseinandersetzungen um den Mißtrauensantrag und die Bundestagswahl zeigen; die zweite wesentliche Kraft also, die zu einem Anwachsen der reformistischen Alternative beigetragen hat.

Reformistische Alternative der SPD.

Die Bundesrepublik wäre ohne die reformistische Arbeiterbewegung, ohne Sozialdemokratie und Niederlage in der deutschen Revolution, ohne Politik der dritten Internationale im Anschluß an die Russische Revolution und ohne die Niederlage von SPD und KPD durch die Faschisten niemals Wirklichkeit geworden. Schon damals verkörperte der Reformismus – und dies geht noch weiter in die Geschichte der Arbeiterbewegung zurück – für die Massen eine reale Alternative zur Revolution! Die geschichtliche Kraft des Reformismus bestand und besteht in der fortlaufenden Garantie des Wertes der Ware Arbeitskraft, in der Erhaltung der Klasse im Kapitalismus. Bis in die Gegenwart hinein zeigt sich noch bei den älteren Arbeitern die Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Hunger und Elend, die sie noch selber materiell erfahren haben. Ihre ganze Stärke sahen sie immer in ihren Organisationen, vor allem in den Gewerkschaften, verkörpert – sie ist es in ihren Köpfen heute noch. Früher haben diese Organisationen gekämpft, galt es noch vieles durchzusetzen. Heute hat man dies durchgesetzt; heute gilt es, diese materielle Lage zu erhalten und auszubauen. Zu viele Ausbruchversuche aus diesem kapitalistischen System – seien es nun Revolutionäre der gesamten Klasse oder die zahllosen individuellen Versuche der einzelnen

Arbeiter gewesen – sind an Hunger, Arbeitslosigkeit und nackter gewaltsamer Unterdrückung durch die herrschende Klasse gescheitert, die massenbewegende Utopie der revolutionären Befreiung vom Kapitalismus ist für diese Generation verblaßt, ja untergegangen. Diese Leidensgeschichte der Arbeiterbewegung hat Organisationsformen, Kampfziele, Bedürfnisse und Triebstrukturen der Massen mit sich gebracht, die immer unmittelbar am Überleben orientiert waren. Sozialismus hieß immer nur ein besser organisierter Kapitalismus, eine veränderte Verteilung der Produkte, kein Privateigentum also, und er erhielt in dieser Form in der Sowjetunion schließlich eine reale gesellschaftliche Gestalt. Die grundsätzliche gesellschaftliche Organisation der bürgerlichen Gesellschaft, ihre Arbeitsteilung und Produktionslogik blieben unberührt. In dieser Klassengeschichte des Proletariats liegt die eigentliche Stärke und Zählebigkeit des Reformismus begründet.

Andererseits – und hier finden wir die dem Reformismus immanente historische Dialektik, die auf seine revolutionäre Überwindung hintreibt – wird diese Stärke zu seiner entscheidenden Schwäche. Indem er die Produktionslogik und die Arbeitsteilung der kapitalistischen Klassengesellschaft zu seiner Grundlage macht, kann er deren Widersprüche immer nur auf erweiterter Stufenleiter reproduzieren, sie niemals aber ganz beseitigen. Die Massen haben den Kommunismus immer als ein praktisches, ihre unmittelbare Situation aufhebendes Problem definiert. „Frieden, Brot, Land“ hieß für die russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten Kommunismus; hierin fanden sie die Befriedigung ihrer unmittelbarsten, wesentlichsten Bedürfnisse, und für die Durchsetzung dieser Forderungen zerschlugen sie das zaristische System, das diese nicht zu befriedigen vermochte. Die Revolution war siegreich – Friede, Brot, Land, ja noch weit aus mehr wurden Wirklichkeit. Dennoch konnte von Kommunismus, von der Befreiung der Produzenten und der Aufhebung der kapitalistischen Arbeitsteilung keine Rede sein. Und so war es immer in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Massen selbst, ihr Überlebensinteresse, mußten so lange reformistisch sein, solange die Entfaltung der Produktivkräfte die wirkliche Befreiung zur bloßen Utopie verdammt, von der keiner sich wirtschaftlich am Leben konnte. Die Arbeiterbewegung war lange Zeit zum Reformismus genötigt, auch dort, wo sie gewaltsam, revolutionär auf-



trat und handelte, denn eine alternative Produktions- und Lebensorganisation zum Kapitalismus war vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte her betrachtet undenkbar. Die revolutionären Bedürfnisse der Massen zerfielen in reformistische Alltagsinteressen und revolutionäres Endziel; der Kampf der Arbeiterbewegung wurde zur Produktivkraft des kapitalistischen Systems. Er erzwang Veränderung auf Veränderung, er verstärkte die immanente Dynamik des Konkurrenzkapitalismus, hin zu seiner monopolistischen Aufhebung, und er intensivierte die Durchsetzung sozialstaatlicher und staatskapitalistischer Gesellschaftstrukturen, die mit dem Gesamtsystem des Kapitalismus und seines Klassencharakters in keinem grundsätzlichen Widerspruch stehen. Der Reformismus gab dem Klassenantagonismus also immer eine neue, der Entwicklung der Produktivkräfte adäquatere Form, welche den Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Kapital auf erweiterter Stufenleiter erneut reproduzierte. An dieser dialektischen Entwicklung des Reformismus gilt es daher in der Analyse anzusetzen. Mit der Krise 1966/67 begann der eigentliche Aufstieg des sozialdemokratischen Reformismus zur Macht. Nicht nur ökonomisch war das "laissez faire" der Nachkriegszeit überholt, sondern auch die blinde Restauration der gesellschaftlichen Strukturen des Vorkriegskapitalismus war nicht länger haltbar. Das beste Beispiel gibt das Bildungssystem. Bedingt durch die Krise, Studentenbewegung und Septemberstreiks, zusammengenommen die stärkste soziale Krise der Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik, versuchte die Sozialdemokratie, die Gesellschaftsreform zum Inhalt ihrer parlamentarisch orientierten Politik zu machen. Die CDU, die Konservativen, waren dazu nicht in der Lage. Gebunden an die unternehmerischen Einzelinteressen, an den autoritären Staatsapparat und an eine Politik, die eben diese Krise produziert hatte, schied die Partei als Reformpartei aus. Anders die SPD. Ihre Vorstellung von einem staatlich regulierten kapitalistischen Sozialstaat, der einen Interessenausgleich von Arbeitern und Kapital mittels staatlich garantiertem materiellen Massenwohlstand anstrebt, war in der Lage, die Veränderungsbedürfnisse, die in den Studentenbewegungen und in wilden Streiks zum Ausdruck gekommen sind, partiell aufzunehmen. Sie mußten nur ihrer militanten, illegalen Form und ihrer inhaltlichen Radikalität entkleidet, also zur "Reform" werden. Das Scheitern der Studentenbewegung kam dem entgegen, ebenso die geschichtliche Ausgangsposition der Arbeiterkämpfe. Mehr und mehr verlagerte sich die Studentenbewegung in die Partei hinein. Eine vorher unbedeutende Jugendorganisation der SPD, die Jusos, entwickelte sich nun zur radikalen Reformlinken in der Sozialdemokratie. Ökonomisch fußt die "reformistische Alternative" auf einem kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstum, das den ma-

Pitter

teriellen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeitern erlaubt. Ist dies nicht möglich, so scheitert der Reformismus, wie es England gezeigt hat. Die Labour-Party hatte den Massen nur Arbeitslosigkeit, Lohnstopp, Inflation und Arbeitsgesetzgebung zu bieten, der englische Kapitalismus ließ in seiner Krise nicht mehr zu. Die Labour Party wurde von der Macht verdrängt. Der SPD gelang eine partielle Überwindung der ökonomischen Krise von 1966/67, aber eben nur eine partielle. Die Möglichkeit des Klassenausgleichs setzt letzten Endes ein Verschwinden der privaten Unternehmer, eine vollständig staatliche Kontrolle der Ökonomie voraus (die Widersprüche treten dann auf einer anderen Ebene auf, wie die staatssozialistischen Länder im Osten zeigen), denn sonst werden die monopolistisch organisierten Einzelkapitale nach wie vor die Entwicklung der Ökonomie diktieren, solange sie in ihrer Entscheidung frei sind. Allerdings, an eine radikale Verstaatlichung, wie sie die Kommunisten fordern, denkt die SPD nicht. Sie sieht diese Entwicklung als einen langsamen Prozeß, in dessen Verlauf nach und nach immer mehr gesellschaftliche und ökonomische Entscheidungen bei der Staatsbürokratie zentriert werden. Hier gerät sie nun notwendigerweise mit den Einzelkapitalien in Konflikt. Versucht die Sozialdemokratie den Klassenausgleich herzustellen, indem sie Arbeitsplätze und Lohnzuwachs garantiert, das Schul- und Medizinalsystem, die Infrastruktur, den Städtebau reformieren will, so ist sie auf ein kontinuierliches ökonomisches Wachstum angewiesen, nicht damit die Unternehmer all dies bezahlen, sondern damit die "Vollbeschäftigten" Lohnabhängigen die Reform des Kapitalismus bezahlen können. Warum? Solange die Großkonzerne und Monopole vermittelt des freien Marktes akkumulieren, wird niemand Preissteigerungen verhindern können. Inflationär werden die Reformkosten so auf die Massen abgewälzt. Mittels antizyklischer Konjunkturpolitik, Steuererhöhungen und Ausdehnung der staatlichen Regulierung versucht der Reformismus das Problem zu bewältigen. Dabei ist er auf die Kooperation der Gewerkschaften angewiesen, auf deren Solidarität er rechnen kann. Nicht aber auf die des Kapitals. Dessen Antwort ist die Inflation. Der Reformismus wird in diesem Widerspruch zerrissen. Auf der einen Seite kann er politisch nur überleben, wenn er den Massen klarmacht, daß das geltende Eigentumsrecht in den Großstädten die Mieten immer höher treibt, die Städte vernichtet, daß dieses geändert werden muß, daß jeder ein gleiches Recht auf Bildung hat und deshalb gleiche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, daß die geltende "Verteilung des Produktivvermögens" ungerecht sei, daß jeder "arbeitende Mensch" das gleiche Anrecht auf die gleiche medizinische Behandlung hat, daß man gegen das "große Geld" wählen und endlich ein egalitäres Steuersystem

errichten muß, das jeden gleich behandelt; auf der anderen Seite zwingt ihn die Inflation zu einem Abwälzen der Reformkosten auf die Massen, bleiben die Reformen Stückwerk, da die parlamentarische Mehrheit zu entscheidenden Veränderungen nicht ausreicht. Die sozialdemokratische Politik in Frankfurt ist ein gutes Beispiel dafür. Die Stadt lebt von den Steuern, und je mehr Unternehmen sich in Frankfurt niederlassen, je mehr Frankfurt seinen europäischen Spitzenplatz als Handels- und Bankzentrum aufrechterhält, desto mehr wird hier umgesetzt, desto mehr Steuern gibt es. Das setzt eine Entwicklung der Infrastruktur voraus (Flughafen, U-Bahn, Stadtautobahn etc.) und die Errichtung city-naher Standorte für die Unternehmen. Damit schießen die Bodenpreise in den angrenzenden Wohngebieten in die Höhe. Sanierungsbedürftige Altbauten werden gewinnbringend verslumt, die deutsche Bevölkerung vertrieben, die Häuser mit Emigranten vollgestopft und schließlich Bürohochhäuser gebaut. Nun fängt die Bevölkerung an, sich zu wehren, die "Chaoten" besetzen Häuser und organisieren Mieterstreiks. Die Bevölkerung solidarisiert sich. Den Reformisten fährt der Schreck in die Glieder, die Spekulation muß weg, die Massensolidarisierung ist für sie eine politische Gefährdung. Bloß, was tun? Das Eigentumsrecht müßte verändert werden, geht aber nicht. Also "Sozialbindungspapier". Der Wert des Papiers besteht darin, bestimmte Bauvorhaben zu verzögern, mehr nicht. Politisch wird der Reformismus hin- und hergerissen. Verbal greift er die Spekulation und das Privateigentum der Spekulanten an, praktisch muß er geltenden Gesetzen zur Anwendung verhelfen, die das Privateigentum schützen!

Man sieht: Der Reformismus schafft Massenbedürfnisse, die er nicht realisieren kann! Es ist schlichtweg ein kollektiver Anspruch auf materielle Sicherheit, auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes und des Lohnzuwachses, ja auch des "Mitdenkens, Mitbestimmens, Mitverantwortens". Er produziert den Anspruch auf ein "menschlich würdiges Wohnen zu einem angemessenen Preis", auf eine "menschliche Stadt", auf ein klassenloses "Bildungs- und Medizinalsystem". Und er produziert das Bewußtsein von der Klassengesellschaft denn all dies soll ja erst kommen, darin liegt seine Legitimation! Der Reformismus der Sozialdemokratie hat die Individualisierung des „Laissez faire“, die Glorifizierung des Tüchtigen, die Vorstellung von der selbstverschuldeten Armut aufgebrochen und aufbrechen müssen, und statt dessen dem ein kollektives Bewußtsein des Klassenwiderspruchs, wie verzerrt und reduziert auch immer, einen kollektiven Anspruch der Eigentumslosen, der "kleinen Leute" auf materielle Sicherheit und politische Mitsprache entgegengestellt. Darin liegt seine geschichtliche Tat und davon müssen wir ausgehen.

Revolutionäre Alternative zur Sozialdemokratie.

Die antiautoritäre Studentenbewegung hat sich aufgelöst, sie hinterließ eine jugendliche Protestbewegung, die sich vor allem auf Lehrlinge, Schüler, junge Arbeiter und Angestellte und auf die sozialen Berufe stützt. In dieser Bewegung verallgemeinern sich die Inhalte und Kampfformen der Studentenbewegung: an die Stelle des Kampfes gegen überkommene Hochschulstrukturen und die NS-Gesetze traten zahllose Jugendhausinitiativen, die Lehrlings- und Schülerstreiks, Hausbesetzungen, Rote-Punkt-Aktionen, etc. Die — aufgrund ihrer studentischen Basis — vor allem politische Bewegung der Studentenrevolte hat eine jugendliche Protestbewegung hervorgebracht, die vor allem an den unmittelbaren Bedürfnissen ihrer Militanten ausgerichtet ist, die also eine soziale Bewegung verkörpert. In ihr artikuliert sich das Bedürfnis nach Selbstorganisation des eigenen Lebens, weg von dem autoritären Stumpfsinn der Lehre und der Alten zuhause, in ihr findet die gesellschaftliche Aggression gegen die Unterdrückung durch eine Arbeit oder Ausbildung die einem nur Last bedeutet, die Arbeit als bloßen Zwang erscheinen läßt, die die Öde der kapitalistisch organisierten freien Zeit unerträglich macht, eine revolutionäre Form in den Versuchen von Selbstorganisation in Jugendzentren, in militanten Hausbesetzungen, im Widerstand gegen die Staatsbüttel auf der Straße und in der Ablehnung traditionell bürokratischer Organisationsformen. Zwar sind viele dieser Lehrlinge und Jungarbeiter Jugendvertreter und arbeiten in den Jugendorganisationen der Gewerkschaften, aber sie unterscheiden sich in ihren Kampfvorstellungen, in ihrer Kampfbereitschaft und in ihren Bedürfnissen doch wesentlich von ihren Alten. Die eineinhalb Wochen Häuserkampf waren ein lebendiges Beispiel dafür. Wer noch länger meint, daß es sich dabei um ein gesellschaftliches Randphänomen handelt, um politisch ausgetragene Pubertätskonflikte, (sicher auch und gerade!) oder um militante Randgruppen, der ist einfach blind und sieht nicht den gesellschaftlichen Charakter dieser Bewegung als einer neuen Klassenbewegung; eine Klassenbewegung, die nicht mehr ausschließlich bezogen ist auf die Industriearbeiter in den Betrieben, sondern die mehr und mehr das moderne jugendliche Proletariat des Spätkapitalismus umfasst und repräsentiert.

Das historische neue an dieser Bewegung findet sich darin, daß sie zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus, zumindest in der BRD, von einer weitgehenden Realisierung der Forderungen und Kampfinhalte der Alten, der reformisti-

schen Arbeiterbewegung, ausgeht. Diese Tatsache bestimmt auch ihren gegenwärtigen jugendlichen Charakter und die Schwierigkeit einer Vereinigung mit den Kämpfen in der Fabrik, denn woran sich diese noch oftmals orientieren, ist für die Jugendbewegung Ausgangspunkt ihrer Kritik. Das Recht auf Arbeit, die Angst vor Arbeitslosigkeit, Krankheit, Hunger und Unwissenheit hat für diese Bewegung keine wirkliche Bedeutung mehr; in der Nachkriegsentwicklung des deutschen Kapitalismus wurde ihnen eine andere gesellschaftliche Erfahrung vermittelt. Für unsere Generation ist die Befriedigung der unmittelbaren Überlebensbedürfnisse und ihre staatliche Garantie selbstverständlich; ihr geht es vielmehr um die gesellschaftliche Form, innerhalb der diese Bedürfnisse befriedigt werden. Die schillernde Warenvielfalt des Spätkapitalismus, seine ökonomischen und technologischen Potenzen, die absurde und wahnwitzige Gleichzeitigkeit eines gigantischen Reichtums in den Metropolen und fruchtbarsten Elends in der dritten Welt, die Existenz einer monströsen Vernichtungsmaschinerie, all dies schuf eine moralische Identifikation mit den "Verdammten dieser Erde". Vietnam

hat – nicht nur für Studenten – die Wohlstands- und Leistungsideologie der Metropolen total entlarvt. Dem gewaltigen gesellschaftlichen Überfluß, den der Spätkapitalismus zu produzieren imstande ist, der sich in den suggestiven Bildern der Werbung und der Reklame niederschlägt und denen sich in unserer Gesellschaft niemand entziehen kann, macht immer uneinsichtiger, wozu überhaupt die Mühsal von Lohnarbeit und Ausbildung zur Lohnarbeit auf sich genommen werden soll. Diese spätkapitalistische Konsumideologie ist durch und durch arbeitsfeindlich, ihre Genußfetischisierung verstärkt daher notwendigerweise diese Tendenz. Mit ihr verschwindet auch die Vorstellung eines asketischen und sparsamen Lebens unter den Massen, das Bild des sich redlich mühenden Armen, den es nach geordneten und sicheren Lebensverhältnissen drängt. Darin produziert der Spätkapitalismus seine subjektive Krise, indem er den Massen eine scheinbare Autonomie in der Welt des Warenkonsums suggeriert, die ihrer wirklichen Erfahrung von Lohnarbeit, von Unterdrückung in Fabrik, Büro und kapitalistisch organisierter Freizeit diametral entgegengesetzt ist. Indem er

die tagtägliche Unterdrückung und Entmündigung in der Arbeit aufrechterhält, obwohl der von ihm produzierte Überfluß eine gesellschaftliche Alternative immer realer erscheinen läßt. In dieser subjektiven Krise des Spätkapitalismus, die gerade nicht aus einer materiellen Krisensituation entspringt, entwickeln sich hier in der BRD die ersten Ansätze autonomer Kämpfe, autonomer Organisationen – nur eben nicht in der Fabrik, in der traditionellen Arbeiterbewegung. Dies mindert jedoch die Bedeutung dieser Bewegung keineswegs, im Gegenteil. Sie steht noch am Anfang ihrer Geschichte, sie ist noch unkonstruiert, oftmals chaotisch und reformistisch integriert. Und sie setzt sich deshalb auch nur ausschließlich aus Jugendlichen zusammen, ist vor allem an deren Bedürfnissen ausgerichtet. Allerdings – und nur daraus kann eine Gruppe, wie der "Revolutionäre Kampf" ihren Anspruch als Avantgarde ableiten – haben die ersten Jahre dieser Bewegung gezeigt, daß sie ohne den Versuch einer Vereinigung mit den Fabrikkämpfen keine wirkliche Perspektive hat. Denn bei dem hier Gesagten handelt es sich zwar schon um eine reale Kraft, um eine gesellschaftliche

Buch

laden
Verlag 2000

Frankfurt
Jügelstraße 1
(Studentenhaus)

Studienliteratur
linke Verlagsprogramme

(nicht vorrätige Bücher
besorgen wir)

Wirklichkeit, die aber dennoch erst als Tendenz sichtbar wird. Das dürfen wir nie vergessen!

Der politische Wahlsieg der SPD, die Integration der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in den bürgerlichen Staatsapparat, werden die reformistische Bewegung, je länger dieser Prozeß anhält, von ihrer Massenbasis im Industrieproletariat entfernen und sie werden sie freigeben müssen. Dabei handelt es sich um einen langsam sich entwickelnden Prozeß, der durch die oben analysierten Widersprüche der reformistischen Alternative vorangetrieben wird. Zur Durchführung ihrer Politik ist die Sozialdemokratie auf die Solidarität der Gewerkschaften angewiesen, d.h. die Gewerkschaft muß versuchen, die Arbeiter zum Stillhalten zu bringen. Auf der anderen Seite verstärkt der Reformismus ihr Klassenbewußtsein (siehe Bundestagswahl), ihr Bewußtsein von der Konfrontation mit dem Kapital, und belastet sie zusätzlich mit Steuererhöhungen und Preissteigerungen. Das muß zum Konflikt führen, ein Konflikt, bei dem die Avantgarden in den Betrieben mehr und mehr gegen den gewerkschaftlichen Apparat werden handeln müssen. Die Urabstimmungsergebnisse in Stahl- und Druckindustrie verweisen auf diese Tendenz, ebenso die hohen Basisanforderungen in den Tarifrunden, die vom Apparat zusammengestrichen werden und die Linearität der Forderungen. Ebenso aber auch der Erfolg linker Listen bei den Betriebsrats- und Vertrauensleutewahlen und auch die Anschlußwelle, die der Apparat darauf hat folgen lassen. Die Bewegung wird sich also radikaliseren, je länger der Reformismus an der Macht bleibt und sich zerreißt. Zudem verfügen die traditionellen Gewerkschaften über zwei entscheidende Schwächen: erstens sind sie ausschließlich auf die deutschen Arbeiter bezogen und zweitens grenzen sie in ihrer Politik die Zukunftskonflikte, nämlich die Auseinandersetzung um die kapitalistische Arbeitsorganisation aus. Zukunftskonflikte deshalb, weil klar ist, daß die politischen Inhalte, die jetzt noch vornehmlich außerhalb des Betriebes angesiedelt sind, nämlich in dieser radikalen und antiautoritären Jugendbewegung, zunehmend mit dieser in die Betriebe (nicht nur in die Fabriken, wie der Mai 68 gezeigt hat) hineinwachsen werden. Und zweitens, weil eine Zunahme der Emigranten, die ebenfalls frei von jeder reformistischen Bindung sind, diese Tendenz noch verstärken wird (man muß

dabei den letzten Renaultstreik im Auge haben, der für unsere Arbeit eine enorme Bedeutung hat).

Praktische Konsequenzen:

1.

In der Betriebsarbeit werden wir wie bisher unsere Agitation weiterführen müssen, die Agitation um die alltäglich auftretenden Konflikte der Arbeitsorganisation, aber auch um innerbetriebliche Lohnerhöhungen, Tarifrunden, Überstunden, etc. Was sich ändern muß, ist unser Verhältnis zum politischen Bewegungsrythmus der Arbeiterklasse. Darin besteht die entscheidende Frage unserer weiteren Arbeit:

Schaffen wir es, unseren eigenen politischen Rythmus, unsere eigenen politischen Bedürfnisse und die Radikalität und Inhalte dieser Jugend und Protestbewegung mit dem Rythmus der radikalreformistischen Bewegung im Betrieb zu vermitteln oder nicht? Noch konkreter: halten das die Innenkader politisch und individuell durch? Denn wie bisher die Aktionen, die Handlungsperspektiven in der Fabrik wesentlich von uns her zu bestimmen, führt zur Auflösung, endet in Frustrationen. Was wir den Arbeitern vorexerziert haben, war, wie man tapfer rausfliegt (wobei wir gar nichts riskiert haben!) Soll unsere Intervention beim Opel sinnvoll sein, dann werden wir uns auf die Widersprüche der Bewegung im Betrieb einstellen müssen, auch auf ihren ganz anderen Zeitrythmus. Dann werden wir nicht mehr nach den "Radirefos" im Betrieb suchen müssen, sondern dann müssen wir uns überlegen, worin die Forderungen bestehen, die sie noch als nachvollziehbar ansehen und ansehen müssen, wie eine Situation im Betrieb geschaffen wird, langsam und dauernd, die sie in offenen Konfliktsituationen zum Handeln zwingt und die einen Schritt über ihre Position hinaus erlaubt. Das heißt nicht Apparatepolitik, sondern Massenpolitik!

Ein Beispiel soll dies verdeutlichen. Auf der letzten Spaniersammlung kam es zum großen Konflikt und zwar um Forderungen, die wir damals im Oktober formuliert hatten. Nur — jetzt, wo die Arbeiter, unabhängig von uns, darum zu kämpfen begannen, da waren wir politisch abgeschlafft, weil innerhalb unserer eigenen Aktionsperspektive sich nichts ereignet hatte. Kann sein, daß wir uns als Gruppe

nicht ändern können, aber dann ist es vorbei mit der "Avantgarde" und wir stellen die Betriebsarbeit folgerichtig besser ein!

2.

Der multinationale Klassenkampf in den Betrieben. Eine der wirksamsten Waffen des Kapitals gegen die Arbeiterklasse besteht in ihrer nationalen und kulturellen Spaltung, die im Rassismus der Arbeiter ihren Ausdruck findet. Die multinationale Arbeit ist die Hauptaufgabe revolutionärer Betriebsgruppen und wird, wenn sie sie durchhalten, auch zu ihrer entscheidenden Stärke werden.

3.

Wir sind in den Betrieb gegangen, nicht weil uns die Arbeiter interessieren, sondern weil es uns um die praktische Vereinigung von Studenten- und Arbeiterbewegung ging. Darin liegt die Hauptaufgabe der studentischen Militanten und auch eine wesentliche Voraussetzung für jede revolutionäre Bewegung im Spätkapitalismus. Deswegen wäre ein Scheitern unserer Arbeit eine schwere Niederlage, denn betrachtet man die anderen Gruppen, die aus der Studentenbewegung hervorgegangen sind, so haben weder ML noch Trotzlisten eine Perspektive. Weiter besteht die Funktion der studentischen Avantgarden in der permanenten Vermittlung der Kämpfe innerhalb und außerhalb des Betriebes, eine Vermittlung, die wir uns leisten können, wenn wir unsere Arbeit auf diese Aufgabe ausrichten. Allerdings: jede weitere Ausdehnung unserer politischen Arbeit, die sich nicht auf die politische Stabilisierung des RK stützt, sondern auf unsere Ratlosigkeit, wird verhängnisvoll. Deswegen wird die Frage der organisierten theoretischen Arbeit, als permanenter Bestandteil unserer praktischen Aktivitäten zur entscheidenden Frage.

Die Schlußfolgerungen sind hier nur angerissen worden, wir müssen die Konsequenzen unserer bisherigen Politik kollektiv erarbeiten. Das hier soll alles nur Diskussionsmaterial bilden. Zudem habe ich die Frage von bürgerlicher und revolutionärer Gewalt im Zusammenhang der Analyse der Sozialdemokratie vergessen, ein wichtiger Punkt, den wir auf keinen Fall in der Diskussion zurückstellen dürfen. Weiterhin hat die Analyse natürlich einen objektivistischen Drall, den man korrigieren muß.

Revolutionärer Kampf
Frankfurt am Main

ratlos.

Eine Rezension

Die neuen Bücher von Negt/Kluge einerseits und Jürgen Habermas andererseits können deshalb ein besonderes Interesse beanspruchen, weil sie die Entwicklung von Positionen der Frankfurter Schule darstellen, welche in den Jahren von 1967 bis 1970 für die theoretische Diskussion der Linken in der BRD von zentraler Bedeutung gewesen sind. Während Oskar Negt vorübergehend mit der aktionistischen Praxis der antiautoritären Revolte solidarisch war (Habermas beschimpfte ihn deswegen als "den Mentor, der, weil er gegen Erfahrungen immunisiert ist, eine Orthodoxie mit grauen Vokabeln allen Bewußtseinstrübungen aufprägt, um das zu rationalisieren, wozu den anderen die Worte fehlen" 1) war diese Praxis für Habermas immer wieder Anlaß zu scharfen Distanzierungen, wobei er nicht von ungefähr das Wort vom Linksfaschismus (auf Rudi Dutschke gemünzt) prägte. Habermas ist seit 1971 Direktor des Max-Planck-Institutes zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg. Oskar Negt ist etwa seit derselben Zeit Ordinarius für Soziologie an der TU Hannover, zuvor war er wissenschaftlicher Assistent von Habermas. Alexander Kluge ist bekannt geworden durch seine Filme "Abschied von Gestern", "Die Artisten unter der Zirkuskuppel:ratlos", sowie durch Bücher u.a. "Lebensläufe"; er ist gelernter Anwalt.

**Oskar Negt/Alexander Kluge:
Öffentlichkeit und Erfahrung,
Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher
und proletarischer Öffentlichkeit.
Edition Suhrkamp 639.
Frankfurt 1972.**

Die ersten sechs Kapitel des Buches von Negt/Kluge versuchen den Begriff der Öffentlichkeit zu klären und zwar in Bezug auf eine spezifisch "bürgerliche" und eine spezifisch "proletarische". Die klassischen Erscheinungsformen der bürgerlichen Öffentlichkeit hatte Habermas in seiner Habilitationsschrift "Strukturwandel der Öffentlichkeit" untersucht und war dabei zu dem Schluß gekommen, daß die klassische Form der bürgerlichen Öffentlichkeit auf der Fiktion des Marktes, auf dem gleichgültige und gleichgeltende Individuen Arbeitskraft und

Waren austauschen, beruht. Diese Fiktion des gerechten Tausches war von Marx als Ideologie, notwendig falsches Bewußtsein erkannt worden. Demnach ist selbst die Öffentlichkeit der funktionierenden, liberalistischen bürgerlichen Gesellschaft mit Merkmalen der Klassengesellschaft behaftet, Lüge. Unter Bedingungen monokapitalistisch verwalteter Welt wird Öffentlichkeit die Sphäre bewußtseinsindustrieller Manipulation und exploitativer Kulturindustrie, was seinen Ausdruck spezifisch im Verfall des Parlamentarismus findet. (Cf. dazu die Passagen in C. Schmitts Verfassungslehre 2)

Der Begriff der proletarischen Öffentlichkeit ist neu. Habermas erwähnt ihn in seiner Untersuchung nicht, sondern spricht von plebejischer Öffentlichkeit. Öffentlichkeit überhaupt wird dabei als Medium begriffen, in dem es für den Einzelnen möglich ist, Erfahrungen zu machen, die über das atomisierte Privatleben hinausgehen. Fett gedruckt schreiben Negt/Kluge über die Erfahrungen des Arbeiters: "Horizont dieser Erfahrungen ist die Einheit des proletarischen Lebenszusammenhangs" in dem er "das gesellschaftliche Ganze, die Ganzheit des Verblendungszusammenhangs aufnimmt". Der Begriff des Lebenszusammenhang, den in der neueren theoretischen Diskussion erstmals Reimut Reiche aufgenommen hat, scheint hier zum erstenmal die selbstgesteckten Grenzen der Frankfurter Schule zu durchbrechen. Heidegger schreibt: "Die Frage nach dem "Zusammenhang" des Daseins ist das ontologische Problem seines Geschehens. Die Freilegung der Geschehensstruktur und ihrer existential-zeitlichen Möglichkeitsbedingungen bedeutet die Gewinnung eines ontologischen Verständnisses der Geschichtlichkeit" 3). Im Moment aber, in dem Elemente der Existentialontologie Heideggers zum Konstituens marxistischer Analyse werden - und es spricht einiges dafür, daß die Kritik Adornos in diesem Punkt zu kurzgegriffen ist und mit Tricks arbeitet - kann sich diese Theorie nicht mehr als vergleichsweises bruchloses Weiterschreiben einer wie auch immer rezipierten kritischen Theorie verstehen.

Die Verweise auf die nahezu apokryphen Texte von Reimut Reiche und die Arbeit von Horst Kern und Michael Schumann über Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein bildet im wesentlichen das dünne empirische Moment, auf das Negt/Kluge mit

Hilfe marxischer Kategorien des 19. Jahrhunderts ihre gewagten und weitreichenden Spekulationen aufbauen. Daraus gewinnen die Autoren den abenteuerlichen Begriff der Produktionsöffentlichkeit, dessen praktische Verwendungsfähigkeit mit lediglich in Bezug auf den Sonderstatus der öffentlich-rechtlich organisierten Massenmedien plausibel erscheint. Die Dimension des proletarischen Lebenszusammenhangs aber erscheint nur in sozialpsychologisch verflüssigten Abstraktionen von Phantasie und Sprache. Ein Verhältnis zu einer wie auch immer gearteten Praxis ist dabei nicht ersichtlich, vergleichbar mit Negts früher Arbeit über "Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen", mit der linke Gewerkschaftler jahrelang hilflos herumagierten. Betrieb und reale Reproduktionssphäre des Proletariats bleiben ausgespart. Da auf Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte in Deutschland notwendigerweise nicht verwiesen werden kann, was mit der spezifischen Isolation der linken Akademiker von den Orten gesellschaftlichen Wandels in der Produktion zusammenhängt, gehen die ausladenden Exkurse im Anhang des Buches auf die traurige Geschichte der Arbeiterbewegung ein.

Schon im Hauptteil des Buches nehmen die Gedankengänge der Autoren immer mehr exkursartigen Charakter an, wobei die einzeln vorangetriebenen Gedankengänge kaum noch oder nicht erkennbar zueinander in Beziehung stehen. So soll im folgenden nur noch auf weitere problematische Punkte hingewiesen werden. Auf S. 151 heißt es: "Ein entscheidendes Moment der studentischen Protestbewegung richtet sich zunächst auf die Zerstörung der Geheimpraxis ... der Universitätsöffentlichkeit." Ich meine, daß die Rolle, die diese Entlarvungsaktionen während der Revolte gespielt haben zwar groß waren, für die Identitätsbildung der Bewegung aber gering. Wirkliche Mobilisierung fand über allgemein-politische Themen (Vietnam, Springer, Notstandsgesetze, Polizeiterror) statt. Auf S. 309 heißt es sehr kühn: "Gerade wenn der Kapitalismus das menschliche Bewußtsein und die Lebenszusammenhänge zum wichtigsten Rohstoff zum Ort seiner Realisation macht, schafft er Verhältnisse, die zu fast jedem Zeitpunkt zu einer revolutionären Explosion tendieren." Es wäre schön, wenn diese "Tendenz" etwas empirisch belegt würde.

In den Kommentaren zum Begriff der

proletarischen Öffentlichkeit wird sehr kurz auf die "Lagermentalität" der KPD vor 1933 eingegangen. Tatsächlich ist ja der Begriff des Lagers rein sprachlich einigermaßen verdächtig. Andererseits wurde er in der Revolte, besonders von Rudi Dutschke wieder aufgenommen und hier, bei den jüngeren Auseinandersetzungen hätte wohl angesetzt werden müssen. Daß, wie es im folgenden heißt, das Lagerdenken die Sozialfaschismustheorie begünstigt hätte, sieht heute nach einer a posteriori zusammengebastelten Konstruktion aus; die Auseinandersetzungen um diesen Begriff werden von Negt/Kluge durch die Brille erzbürgerlicher Geschichtsschreibung gesehen: daß die Träger dieser Theorie, unter ihnen z.B. Heinz Neumann als einzige eine offensive Rolle der KPD befürworten, gerade unter dem Gesichtspunkt der faschistischen Gefahr, wird unterschlagen. Hinter diesen Theorien steht die Idee der Einheitsfront mit den Sozialdemokraten, die sich ja im Juli 1932 beim papenschen Staatsstreich ja glänzend blamiert hatten. Warum verstehen die Autoren nicht, daß mit der Partei von Noske, Servering, Zörgibel für die KPD ein Paktieren nicht möglich war, ohne den Kern ihrer politischen Identität aufzugeben? Im Hinterher sind gute Ratschläge billig; welche Form der deutsche Faschismus annehmen würde, hat vor 1933 wirklich keine politische Gruppe gewußt. Ähnliches gilt für den Exkurs "proletarische Öffentlichkeit und Hindenburgwahl", wo die Autoren der KPD einen Vorwurf daraus machen, daß sie sich nicht taktisch richtig verhalten hätten und somit den Sieg Hindenburgs über den Zentrumsrepublikaner Marx ermöglicht hätten. Gerade durch diese Art der Kompromißlosigkeit hat sich die KPD der zwanziger Jahre sehr vorteilhaft von der SPD unterschieden; die Partei der Mörder von Liebknecht und Luxemburg war für sie nicht wählbar. Wenn man bedenkt, daß der Vorgänger des konservativen Hindenburgs der Sozialdemokrat Fritz Ebert gewesen ist, der alle revolutionären Ansätze der Jahre 1919 bis 1923 zerschlagen hatte und zwar militärisch, dann ist dieses Verhalten der Kommunisten zumindest begrifflich und nicht auf bloße "Lagermentalität" reduzierbar. Negt und Kluge fordern im Nachhinein, daß die Kommunisten hätten ihre Indendität, die sie in den Kämpfen gewonnen hatten, aufgeben sollen. Wenn sich die Kommunisten gerade von dieser Form bürgerli-

cher Politik fernhielten, dann deswegen, weil sie Kommunisten bleiben wollten und nicht den Weg Paul Levis gehen, der für die Autoren dieses Buches offensichtlich der einzig mögliche und erfolgversprechende gewesen ist.

Der Versuch, herauszufinden, warum das Buch von Negt und Kluge trotz seiner interessanten Ansätze, seinem theoretisch hohen Niveau und seiner originellen Abschweifungen zutiefst unbefriedigend ist, ist nicht mit dem Hinweis auf die akademische Fragestellung zu beantworten, vielmehr spiegelt sie die diffuse politische Position zumindest von Oskar Negt wieder. Nach dem Abflauen der Revolte und dem Tode Hans-Jürgen Krahl's hatte er sich politisch zurückgezogen. Er trat erst wieder in einem Moment auf, als die Linke durch die RAF-Verfolgung, die in einem künstlich geschaffenen Ausnahmezustand gipfelte, geschwächt und in der Defensive war. Anstatt sich mit den Opfern der Verfolgung, mit Georg von Rauch, Petra Schelm und Thomas Weißbecker zu solidarisieren, die ebenso feige und hinterhältig von der Polizei erschossen wurden wie seinerzeit Benno Ohnesorg, stimmte er in den hysterischen Chor von linken Sozialdemokraten und DKP-Funktionären ein, und solidarisierte sich mit Angela Davis nur aus dem Grunde, weil sie "unschuldig" war. Die gleichzeitige Hochjubelung des sozialistischen Papierbüros in Offenbach durch Negt ergänzt das Bild.



Jürgen Habermas:
Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus.
 Edition Suhrkamp 623.
 Frankfurt 1973.

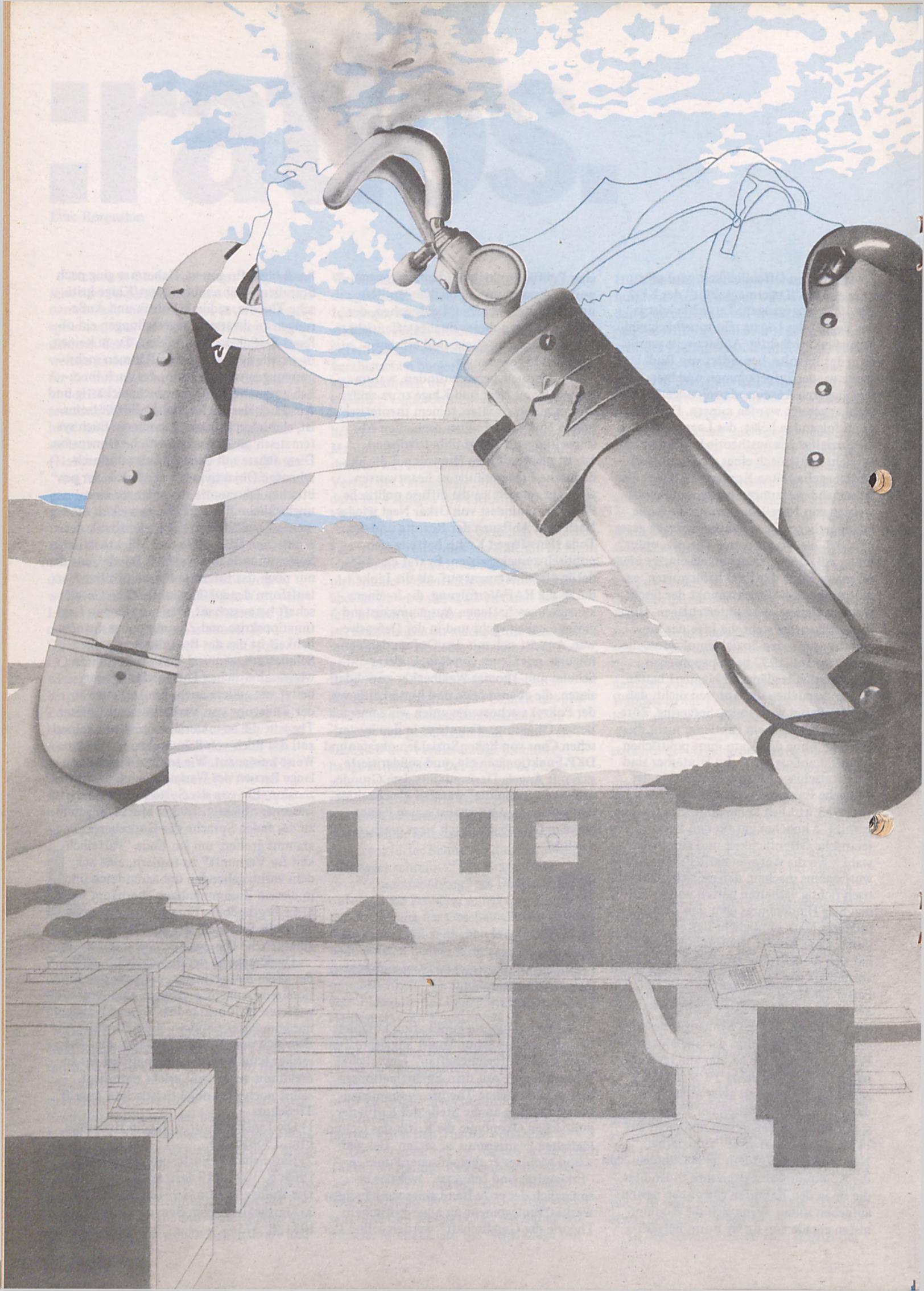
Habermas' jüngste Publikation komplettiert die bei ihm schon länger angelegte Tendenz, die "Errungenschaften" bürgerlicher Wissenschaften mit dem Emanzipationsgehalt der marxischen Theorie zusammenzubringen und so an die Stelle der Kritik der politischen Ökonomie die Kritik des technologischen Positivismus zu setzen. Das war schon wichtigster thematischer Punkt in "Erkenntnis und Interesse" welches ursprünglich der erste Band eines vierbändigen Werkes "Prolegomena zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft" werden sollte. Der

Band blieb Fragment, Habermas ging nach Starnberg. Während bei Negt/Kluge kritische Theorie, radikale Politik und Äußerungen zu diversen Fragestellungen ein offenes Zerfallsprodukt bilden, das in keinen irgendwie systematischen Rahmen mehr gezwungen werden kann, das auch innerlich zusammenhanglos, bruchstückartig und Ausdruck des unglücklichen Bewußtseins ist, eliminiert Habermas in seinem Buch systematisch die emanzipatorische Dimension. Diese führte mit dem teilweise undurchschauten Objektivismus der Kritik der politischen Ökonomie schon länger eine unglückliche Ehe. Habermas wickelt Momente Frankfurter Soziologie, Kritik der politischen Ökonomie und objektivistischer Systemtheorie in ein großes Bündel, aus dem nur noch das Interesse für die positive Verlaufsform der spätkapitalistischen Gesellschaft herausausschaut. Das Interesse an Legitimationskrise und Zusammenbruchsmöglichkeit ist das des Botanikers an seinen Schmetterlingen und Blättern; es ist ein wissenschaftliches Thema, das er bearbeitet wie andere auch. Ein Interesse an der Änderung von Verhältnissen ist dieser Theorie, die so materialreich ist wie seinerzeit das Buch von Schumpeter, in keiner Weise immanent. Wie so häufig, erinnern lange Partien des Werkes an eine Sammelrezension. Ein von der Systemtheorie zerfressener objektivistischer Marxismus muß zu der faden Sprache des Godesberger Programms greifen, um am Ende "Parteilichkeit für Vernunft" zu fordern, eine aus dem vorhergehenden unbegründeten und in diesem Zusammenhang überhaupt nicht mehr begründbare Entscheidung, pure De-zision als Ersatz für die liquidierte emanzipatorische Dimension.

Die Kategorie der Subjektivität, aus der allein heute ein neuer Ansatz revolutionären Denkens gegenüber einer verwalteten Welt begründbar wäre, wird nicht nur von dieser, sondern ebenfalls von dem sich dem Wettlauf anpassenden Theoretiker liquidiert; die Abschaffung des Individiums als bewußt erlebt unterliegt selbst noch dem objektivistischen Zugriff.

Til Schulz

- 1) Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Ffm. 1968, S. 13
- 2) Carl Schmitt, Verfassungslehre, Berlin 1965, S. 309 - 319 dazu auch E. Jünger, Der Waldgang, Ffm. 1951, S. 8 - 21
- 3) Martin Heidegger, Sein und Zeit, Halle 1931, S. 375





Die kapitalistische Arbeitsorganisation und ihre Folgen.

Die Bundesrepublik steht mit über 2 Millionen Arbeitsunfällen im Jahr 1971 an der Spitze der Unfallstatistik der EWG-Länder und im Vergleich mit den führenden Industrienationen der Welt schneidet sie ebenfalls denkbar schlecht ab. Die tödlich verlaufenen Arbeitsunfälle mit 1 968 Toten im ersten Halbjahr 1970 erhöhten sich für den gleichen Zeitraum 1971 auf 2 167 Tote. Allein für die gewerbliche Wirtschaft bedeutet das eine Steigerung von 18 v. H., bei 10 v. H. tödlichen Unfällen in der gesamten Wirtschaft. Das sind beinahe 4 500 Opfer jährlich. Rund 20 Beschäftigte starben pro Arbeitstag durch Betriebsunfälle. Im Jahr ist das die gesamte arbeitende Bevölkerung einer Kleinstadt. Die Berufskrankheiten, die tödlich verliefen, stiegen 1971 gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um 77 v. H. an. Jeder zehnte Arbeitnehmer erlitt im Jahr 1971 einen Arbeitsunfall.

Der lange Arm der Unternehmerverbände hat wirksame Sperren und Beschränkungen durchgesetzt, die bewirken, daß die Unfallverhütung nicht zur Bremse bei der Nutzbarmachung der menschlichen Arbeitskraft wird. Erhöhte Gefahrentarife für die jeweiligen Unternehmenszweige werden den Gewinnen aus der höheren Produktion gegenübergestellt und wenn sie niedriger sind, in Kauf genommen.

Die Gewerbeaufsichtsämter, die für die Durchführung der Unfallverhütung kraft Gesetz zu sorgen haben, sind zu schwach besetzt, um die Einhaltung der in der Gewerbeordnung (GewO) und in den Unfallverhütungsvorschriften (UVV) festgelegten Bestimmungen wirksam kontrollieren zu können. Bei Verfehlungen können sie wohl Polizeistrafen verhängen, aber ihr Bestrafungsrecht reicht nicht aus, um die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften (UVV) zu erzwingen. Nach § 1 der Gewerbeordnung (GewO) z. B. darf auch bei wiederholten Verstößen und Bestrafungen das Gewerbe nicht entzogen werden. Die Stilllegung von Betrieben und Betriebsstellen ist bei akuter Gefahr zwar zulässig, aber dann ist das Kind meistens schon in den Brunnen gefallen. Die Gewerbeaufsichtsämter können zwar gewerbepolizeiliche Anordnungen durchsetzen, aber ihr Bestrafungsrecht reicht nicht aus, um vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen.

Willi Michel

Arbeitersache.

Die Frage der "Sicherheit am Arbeitsplatz und des Unfallschutzes" ist erst in zweiter Linie eine Sache der staatlichen Gesetzgebung und der technischen Verbesserung. Hauptsächlich muß sie eine Sache der Arbeiter selber sein, in den Betrieben, und ihrer Gewerkschaften und Interessenvertretungen.

So ist auch die Frage der Arbeitszeit, also die Frage nach der Dauer der Belastung, eine der grundlegenden Überlegungen bei der Verhinderung von Gesundheitsschäden und Unfällen, eine Sache, bei der die Arbeit von Wissenschaftlern, - die von der wirklichen Situation der Arbeiter ausgehen, - die Arbeiter in ihren täglichen Kämpfen unterstützen können. Die Nachtarbeit, nicht wie manche behaupten, ein Überbleibsel des Frühkapitalismus, sondern eine ständig zunehmende Form der Ausnutzung des ganzen Tages für die Profitgewinnung, ist eine der extremsten Bela-

stungsformen und von daher auch vorrangig zu bekämpfen.

Die gesetzlichen Grundlagen.

Neben der Dauer der täglichen Arbeit entscheidet auch ihre zeitliche Lage über den Grad der gesundheitlichen Belastung. In den gesetzlichen Bestimmungen wird jedoch lediglich die Dauer diskutiert, die Festlegung der Arbeitszeiten selbst bleibt den einzelnen Betriebsvereinbarungen überlassen; Nacht- und Schichtarbeit wird nur für Frauen und Jugendliche eingeschränkt, obwohl die Häufung der Gesundheitsgefahren für Männer genauso zutrifft.

Nach § 78 Abs. 2 u. 3 des BVG unterliegt auch die Einführung von Schichtarbeit für den ganzen Betrieb, bestimmte Betriebsabteilungen oder Arbeitsplätze, dem Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats (s. auch Fitting/Auffahrt, Kommentar zum BVG, S. 649). Bei der Regelung von Anfang und Ende der Arbeitszeit, sowie der Pausen, hat der Betriebsrat ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht. "Dazu gehört auch die Aufstellung und Änderung der Schichtpläne, einschließlich der Frage, in welchem Schichtturnus - einschichtig oder mehrschichtig, in ständigen oder in Wechselschichten - gearbeitet werden soll". (Meisel/Hirseman, a.a.O.S. 30). "Die Neueinführung von Schichtarbeit in einer Abteilung ist mitbestimmungspflichtig" (Entscheidung des AG Oberhausen vom 8. 6. 1967). Maßnahmen die dem Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates unterliegen, sind unwirksam, wenn sie ohne Mitwirkung des Betriebsrats getroffen werden.

So wie es keine allgemeinen Schutzbestimmungen zur Nachtschichtarbeit in der BRD gibt, so gibt es auch im Gegensatz zu einigen anderen Industrienationen (Australien, Norwegen, Schweden, Neuseeland, etc.) keine gesetzliche Höchstdauer der fortlaufenden Nachtschicht. In den oben genannten Ländern beträgt diese eine Woche.

Nacht- und Schichtarbeit in der BRD.

Die Entwicklung der Nacht- und Schichtarbeit nimmt in der BRD in immer stärkerem Maße zu. Nach Berechnungen des Göt-

tinger Soziologischen Forschungsinstituts (1972) nahm die Zahl der Nacht- und Schichtarbeiter zwischen 1960 und 1965 um 0,8 Millionen zu, d.h. ihre Zuwachsrate ist zweieinhalbmal größer als die der Arbeitnehmer insgesamt. 1965 arbeiteten ca. 3 Millionen Lohnabhängige (14 % der gesamten Erwerbstätigen in der BRD) in Nacht- und Wechselschicht. (Loskant spricht in seiner Arbeit von einer anderen Zahl: "Aus einem kurzen Bericht im BAB 1. 1967, über eine im Jahre 1965 durchgeführte Sondererhebung ist zu entnehmen, daß schon damals mehr als ca. 5 Millionen - im wesentlichen wohl Männer - in sogenannter Wechselschicht arbeiteten"). Die Aufteilung auf die einzelnen Gruppen (Arbeiter, Angestellte, Beamte) ergibt eine deutliche Häufung zugunsten der Arbeiter. Ca. 69 % bzw. 57 % der Nachtschichtler bzw. Sonn- und Feiertagsarbeiter sind Arbeiter.

Eine Aufteilung der Nacht- und Wechselschichtarbeiter auf die einzelnen Branchen ergibt folgendes Bild: die größte Zahl ist in Industriezweigen beschäftigt, in denen ein hoher Grad an Mechanisierung erreicht ist (Metall, Chemie, Elektro) und hinzu kommt, daß dort auch der physische Belastungsgrad hoch ist. Die zweite große Gruppe stellen die Transport- und Verkehrsbetriebe, sowie die Gesundheits- und Pflgeberufe. Gerade bei dieser Gruppe muß genau diskutiert werden, inwieweit die einzelnen Dienstleistungen unabhängig von der Tageszeit durchgeführt werden müssen (Krankenhäuser, Teile der Post und öffentlichen Verkehrswesens) und wo auch dort die Nachtarbeit in einzelnen Bereichen eingeschränkt werden kann. In diesem zweiten Bereich sind auch der überwiegende Teil der ca. 300 000 weiblichen Erwerbstätigen beschäftigt, die in Nacht- und Wechselschicht arbeiten.

Bei der Frage, warum in einzelnen Industriebetrieben in steigendem Maße Schichtarbeit gefahren wird, sind die folgenden Gesichtspunkte wichtig:

Für die Unternehmer sind es einmal "kostenökonomische Gründe", nämlich die Möglichkeit, die Maschinen möglichst andauernd arbeiten zu lassen, um der Gefahr entgegenzuwirken, daß diese zu schnell veralten. (Marx betont, daß der materielle Verschleiß der Maschinen doppelt ist: "Der eine entspringt aus dem Gebrauch, wie Geldstücke durch Zirkulation verschleißt, der andere auch ihrem Nichtgebrauch, wie ein untätiges Schwert in der Scheide verrostet" (425). Außer-

dem betont er den "Sozusagen moralischen Verschleiß", d. h., daß die Maschinen auch dann an Wert verlieren, wenn sie entweder billiger hergestellt werden können oder bessere, konkurrierende Maschinen veralten lassen.)

Außerdem bietet die Aufteilung des Arbeitstages in mehrere Schichten für die Unternehmer die Möglichkeit, die zeitlichen Beschränkungen des 8-Stunden-Tages auf legale Art zu umgehen. (Nebenbei lassen sie sich durch verschiedene Untersuchungen bestätigen, daß kaum ein Leistungsunterschied während der Nachtschicht besteht. "Allerdings dürfte ein Absinken der Arbeitsleistung während der Nachtschicht in vielen Fällen ohnehin kaum in Frage kommen, da nachts häufig vor allem maschinengebundene Tätigkeiten verrichtet werden, bei denen die Produktionshöhe weitgehend von außermenschlichen Faktoren, wie etwa der Drehzahl laufender Maschinen bestimmt wird.")

Die Arbeiter interessieren hauptsächlich die gesundheitlichen Folgen der Nacht- und Schichtarbeit, die damit verbundenen Auflösungen der sozialen und gesellschaftlichen Bindungen (Ehe, Familie, Freizeitkontakte, usw.) und der geringe, eventuelle Lohnvorteil. Im Folgenden sollen deshalb auch, anhand arbeitsmedizinischer und arbeitsphysiologischer Untersuchungen, die besonderen Gesundheitsschäden, die durch Nacht- und Schichtarbeit hervorgerufen werden können, herausgearbeitet werden. Es geschieht mit dem Ziel Material zusammenzutragen, daß die "unmenschliche" Nachtschicht deutlich macht und sie überall möglichst weit zurückdrängt, wo sie nicht aus allgemeinen gesellschaftlichen Interessen notwendig ist (z.B. in der Krankenversorgung).

Gesundheitliche Folgen der Nacht- und Schichtarbeit.

Ausgangspunkt sind die periodischen Schwankungen der Leistungsbereitschaft des menschlichen Organismus während des 24-stündigen Tagesverlaufs. Seit den ersten Versuchen von Gierse (1882), der den Tagesverlauf der Körpertemperatur des Menschen gemessen hat, wurde in einer ständig wachsenden Zahl von Untersuchungen (besonders Aschoff und Mitarbeiter) festgestellt, "daß es im menschlichen Organismus

praktisch keine Funktion gibt, die nicht im Laufe von 24-Stunden regelhaft je ein Maximum und ein Minimum durchläuft." Dabei wurde hauptsächlich die Funktion der einzelnen Organe bei Aktivität und Ruhe, Fähigkeit zu Zeiteinschätzungen bei verschiedenen Tageszeiten gemessen. (Eine übersichtliche Zusammenstellung der gemachten arbeitsphysiologischen und rhythmusphysiologischen Untersuchungen findet sich bei Menzel). Aschoff stellte fest, "daß der Organismus zu jeder Tageszeit ein anderes physikochemisches und psychologisches System ist." Weiter, daß die "erkennbaren zeitlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Funktionen bedeutungsvoll sind für den gesamten Funktionszustand des Organismus, und daß Störungen der Phasenbeziehungen schädliche Folgen haben können." Dabei wurde auch festgestellt, daß weder hell/Dunkel noch Schlaf/wach oder andere Umkehrversuche die grundlegende Periodik entscheidend verändern, geschweige denn ganz umkehren können, wie dies bei der Nachtarbeit der Fall sein müßte.

Arbeitsmedizinische Messungen ergaben das Modell einer physiologischen Leistungskurve des menschlichen Organismus. Über die 24 Stunden des Tages ergaben sich folgende Schwankungen der Leistungsbereitschaft:

Anstieg von morgens bis kurz vor Mittag, Abfall bis ca. 14 Uhr, erneuter Anstieg bis 17 Uhr, abendlicher Abfall mit einem Minimum bei 3 Uhr morgens.

Für unsere weitere Betrachtung ist es wichtig zu sehen, welche gesundheitlichen Konsequenzen es hat, wenn sich der Arbeiter seine Arbeitszeit nicht den Regelungen seines Körpers entsprechend einteilen kann, sondern seine Arbeitszeit von den Notwendigkeiten des kapitalistischen Profitinteresses bestimmt wird.

Valentin stellt fest, daß Nachtarbeit generell zu folgenden Beschwerden führt, welche "fließend in Störungen übergehen können." Appetitlosigkeit, Schlafmangel, Störungen im Bereich des sozialen Lebens, sowie ein Gefühl verminderter Leistungsfähigkeit während der Nachtschichtperioden.

Graf u.a. kamen in ihrer Untersuchung über den Gesundheitszustand von Wechselschichtarbeitern zu folgendem Ergebnis: von den Untersuchten litten unter

Verdauungsstörungen	36 %
Appetitlosigkeit	49 %
Vegetativen Störungen	82 %
Ungenügendem Schlaf	62 %

Wenn von einigen Autoren behauptet wird, die Statistiken des Gesundheitszustandes der Nacht- und Wechselschichtarbeiter wiesen keine besondere Häufung von schweren Krankheiten auf, folglich gäbe es diese auch nicht als Folge dieser Arbeit, dann ist dies falsch. Bei der Diskussion der Statistiken müssen folgende Punkte berücksichtigt werden:

a) zum einen sollen bestimmte Auswahlkriterien bei der Einstellung von Schichtarbeitern für einen überdurchschnittlichen Gesundheitszustand der Schichtarbeiter sorgen. (Wie und in welchem Maße solche Einstellungsuntersuchungen bei der bekannt geringen Zahl von Werksärzten durchgeführt werden können, ist unschwer vorstellbar.) In den arbeitsmedizinischen Vorschlägen werden folgende Auswahlkriterien empfohlen. Von der Schichtarbeit, besonders der Nachtschicht sollen ausgenommen werden (Aufstellung nach Ulich und Menzel):

Personen mit Neigungen zu Magen- und Darmerkrankungen, insbesondere Ulcusneigung und Ulcusanamnese

Personen mit durchgemachter schwerer Krankheit, insbesondere Tuberculose

Personen mit Neigung zu vegetativer Labilität

Diabetiker und Epileptiker, sowie "potentielle und aktuelle Angstpsychopathen"

Personen unter 25 und über 50 Jahre

Personen die sich selbst versorgen müssen

b) eine zweite Selektion soll dadurch eingeführt werden, daß "der durchschnittliche gesundheitliche Zustand der Schicht- und Nachtarbeiter angehoben wird, wenn die gesundheitlich gestörten Arbeiter fortlaufend eliminiert werden" (Ulich). Würden die Unternehmer diesem Rat allerdings konsequent folgen, dann müßten sie nach den von Graf (s.o.) gefundenen Ergebnisse fast die gesamte Belegschaft der Nachtschichtler "eliminieren". Die gemachten Bemerkungen sind auch zum Verständnis der von Menzel herausgefundenen Zahlen zu berücksichtigen, nach denen Lebensdauer, Zahl der Krankmeldungen und ausgefallene Arbeitstage der Nachtarbeiter keine gravierenden Unterschiede zu denen der Tagarbeiter aufweisen.

Die gefundenen arbeitsmedizinischen Ergebnisse machen aber auch deutlich, daß die Folgen der Nachtarbeit sich in der Hauptsache bei längerfristiger Belastung zeigen.

Wenn man weiß, daß der Arbeiter in der Nachtschicht dann arbeiten muß, wenn alle seine körperlichen Funktionen auf Ruhe und

Gewinnung neuer Energien eingestellt sind, und dann schlafen muß, wenn seine Umgebung und sein Körper "wach" sind, dann können die folgenden Ergebnisse nicht überraschen. Bjerner und Swenson stellten in ihren Untersuchungen fest, daß bei 60-90% der Wechselschichtarbeiter Schlafstörungen auftreten. Untersuchungen über die mittlere Schlafdauer der Arbeiter ergaben:

Frühschicht	6 bis 7 Stunden
Mittagschicht	8 bis 9 Stunden
Nachtschicht	4 bis 6 Stunden

Als besonders extremes Beispiel wird die Gruppe von Selbstversorgern ohne Familie hervorgehoben, deren mittlere Schlafdauer nur ganze 2,5 Stunden Schlaf am Tag betrug (Menzel).

Die Folgen dieser kurzen Schlafzeiten bei Nachtschichtarbeitern müssen sich zwangsläufig auf die nervöse Belastung, Konzentrationsfähigkeit und Unfallgefahr, sowie längerfristig auch in anderen Krankheiten auswirken.

Nach Smith (zit. nach Menzel) ist ein geringer Schlafverlust in 3 aufeinanderfolgenden Nächten, durch die Leistungsfähigkeit in verschiedenen Tests geprüft, erst nach zwei Wochen wieder völlig ausgeglichen. Schlafentzug steigert auch die Häufigkeit und die Intensität von epileptischen Anfällen.

Nach Hochrain muß die chronische Ermüdung als Teilursache der Coronarisuffizienz angesehen werden. Bei chronischer Ermüdung versagt die für die Funktion unserer Organe günstige Anpassung der Blutströmung. Die im Anfangsstadium zu beobachtende Übererregbarkeit der Gefäßnerven geht später in eine Kampfbereitschaft über. (zit. nach Menzel.)

Die Faktoren die den Tagesschlaf der Nachtarbeit zur Hauptsache stören, sind die verstärkten akustischen Reize, die während des Tages auf ihn einwirken. Untersuchungen über die Lärmverteilung (Bjerner) ergaben, daß diese hauptsächlich in der Wohnung und im Haus anzutreffen sind. Dies kann nicht verwundern, wenn man die Wohnsituation der Industriearbeiter berücksichtigt. 1961 wohnten 85 % der Arbeiter in einer 1-3 Zimmerwohnung, 1969 waren es noch 73 %. 76 % der Arbeiterfamilien wohnen in Mietswohnungen. Dies muß auch den realitätsfernen Forderungen einzelner Arbeitsmediziner entgegengehalten werden, die einen eigenen "abgeschlossenen" Schlafraum für alle Nachtschichtarbeiter verlangen.

Als weitere Folge der Nachtarbeit ist auch die Gefahr der Neurosen (nach einer

norwegischen Untersuchung litten von 128 aus Gesundheitsgründen zur Tagarbeit übergewechselten Nachtarbeitern 33 % an Neurosen). Die Verstärkung der "nervösen Belastung" während der Nachtarbeit wirkt sich längerfristig auch auf das Herz-Kreislaufsystem aus. Herz-Kreislaufschäden stehen an erster Stelle der Frühberentungsgründe (Schäfer/Blohmke).

Über den Zusammenhang zwischen Nachtarbeit und der Häufung der Unfälle liegen nur sehr widersprüchliche Ergebnisse vor. So fanden z. B. einige Autoren heraus, daß während längerer nächtlicher Arbeit sogenannte "blocks" auftreten, das sind wenige Sekunden andauernde Bewußtseinsstörungen oder auch Kurzschlafzeiten (Bjerner). Weiter ergaben Beobachtungen von Registriertätigkeiten ein Fehlermaximum in der Nacht (Bjerner), was durch Untersuchungen von Bangermann bestätigt wurde.

Zu berücksichtigen ist weiter, daß gerade während der Nacht die Anzeige von kleineren Unfällen stärker vernachlässigt wird.

Das schwerwiegendste Argument gegen die Nacht- und Schichtarbeit bleibt aber die zerstörende Wirkung auf alle privaten und gesellschaftlichen Beziehungen der Wechselschichtler. Die Arbeiter müssen nicht Anhängsel der Maschine sein, aber in der kapitalistischen Produktion werden sie dazu gemacht.

Trotz der Tatsache, daß jeder in Nachtschicht Arbeitende mehr und treffendere Beispiele der Auswirkungen seiner künstlichen Trennung von seiner Familie geben kann soll folgende Illustration nicht fehlen.

Ulich hat versucht dies am Beispiel einer in Wechselschicht arbeitenden Frau zu zeigen:

"Es handelt sich um Frau T. Sie ist 35 Jahre alt, verheiratet und hat 3 Kinder im Alter von 8, 12 und 13 Jahren. Ihre betriebliche Arbeitszeit beginnt um 22 Uhr und endet um 5 Uhr. Frau T. kehrt um 5.30 Uhr von der Arbeit nach Hause zurück und richtet das Frühstück für ihren Mann, der um 6 Uhr die Wohnung verläßt, um seinerseits zur Arbeit zu gehen. Dann folgt das Zubereiten des Frühstücks für die Kinder, die zwischen 7 und 7.30 Uhr ebenfalls das Haus verlassen. Von 8 bis 9.30 Uhr kann Frau T. meistens schlafen. Anschließend geht sie einkaufen, und daran anschließend wird das Mittagessen gerichtet, da die Kinder zwischen 12 und 13 Uhr von der Schule heimkommen. Nach dem gemeinsamen Mittagessen kann Frau T. - wenn alles gut geht - für ein bis zwei

Stunden schlafen. Dann muß sie den Haushalt richten - zwischendurch kehrt auch der Mann von der Arbeit zurück - und das Abendessen vorbereiten. Nach dem Abendessen wird noch einmal aufgeräumt und um 21.30 Uhr verläßt Frau T. spätestens die Wohnung, damit sie pünktlich um 22 Uhr ihre Arbeit beginnen kann."

Wohl nicht umsonst lautet die amerikanische Bezeichnung der Nachtschicht "graveyardshift" - Friedhofsschicht.

Obwohl die Nacht- und Schichtarbeit von den Arbeitsmedizinern sehr unterschiedlich kritisiert wird, ist die Haltung der meisten doch, aufgrund der gefundenen Ergebnisse, ablehnend. Loskant, dessen Interessen als Werksarzt eines großen deutschen Chemiekonzerns sicherlich weniger die der Arbeiter beinhalten, versucht sogar noch die Schönheiten und das Positive der Nachtschicht hervorzukehren: "... die relative Stille der Nachtarbeit und die Herabsetzung der Unruhe durch weniger dicht besetzte Arbeitsplätze, ebenso als Positivum, wie die Kühle der Nachtstunden ...".

Andere Stellungnahmen lauten etwas anders:

"Physiologisch ist die Nachtschicht für viele Menschen oft die größte Belastung. Die Leute der Nachtschicht müssen arbeiten, wenn alle körperlichen Vorgänge verlangsamt sind" (Pigors).

"Nachtarbeit bleibt immer ein pathogener Faktor, da es eine Umstellung auf diese veränderten Lebensverhältnisse unter diesen Umständen nicht geben kann" (Valentin).

"Nachtarbeit ist daher von Natur aus etwas für den Menschen "unmenschliches", ein Abweichen von immanenten Naturgesetzen, ein erzwungener Kompromiß an zivilisatorische (?) Lebensbedingungen" (Graf).

"Es empfiehlt sich darum, zum Schutz der arbeitenden Menschen, kontinuierliche Arbeit nur da zu erlauben, wo es die Fertigungsprozesse unbedingt notwendig machen. Eine Einführung von kontinuierlicher Arbeit aus Gründen der bloßen Gewinnsteigerung ist aus arbeitsmedizinischer Sicht immer abzulehnen" (Valentin).

Helmut Milz
FU Berlin

Trotz zusätzlichem Arbeitsschutz nimmt die Unfallhäufigkeit zu: im Grunde eine viel schärfere Anklage gegen das Ausbeutersystem des Kapitalismus, als wenn der Unfallschutz völlig vernachlässigt würde.

Kuszcynsky

SPITZEL GEGEN STUDEN- TEN



1 Schreibblock mit Namen, Adressen, Autonummern und Bemerkungen. Darin sind Beobachtungen während des Streiks der Tübinger Studenten festgehalten, insbesondere Namen und Autonummer, vorgegangen wurde dabei nach der bekannten "Rädelführertheorie"

1 Briefftasche mit Führerschein, Personalausweis, Dienstausweis der Polizei (Erkennungsmarke 2235) Photo einer Frau, 3 Fundamentalfotos, Polizeimarke, Aktenzeichen der Firma Deiss

- 1 Taschenlampe
- 1 Pistole Walthers, 205100, 7,65 kal, mit Magazin (gefüllt)
- 1 Fernglas Zenith 10x50
- 1 Paar Handschellen
- 1 Verbandspäckchen
- 3 Abhörgeräte (Wanzen)
- 1 Stoß Leichenzettel (Formular bei widernatürlichen Todesfällen)
- 1 Packen verdächtiger Autokennzeichen
- 1 Fotoliste: "Gesuchte anarchistische Gewaltverbrecher"
- 1 Fotoapparat mit Teleobjektiv

Der Streik der Tübinger Studenten gegen das reaktionäre Hochschulgesetz Baden-Württembergs, das ein fabelhaftes Ordnungsrecht enthält, das allen Süllwolds und Horst Baiers Wollustschreie entlocken würde, wird von dem Erzrechten Uni-Präsidenten Theis systematisch kriminalisiert. Im Gegensatz zu anderen Universitäten, wo bei rein hochschulpolitischen Auseinandersetzungen die Professoren selber denunzieren, wird in Tübingen jetzt systematisch Krippo und Verfassungsschutz eingesetzt.

Wie diese Bespitzelung aussieht, haben Tübinger Studenten in der ersten Juli-Hälfte festgestellt. Nachdem ihnen aufgefallen war, daß bei ihren Versammlungen und Demonstrationen immer wieder die berühmt unauffälligen Gang-

sterphysiognomien zu sehen waren, griffen sie am 27. Juni zur Selbsthilfe, um sich Gewißheit zu verschaffen. Dem Herrn, Name: Klaus Dieter Engelbert, Kriminalobermeister LDP Tübingen, wurde sein durchaus schnuckeliges Köfcherchen (siehe Foto) weggenommen und in Sicherheit gebracht. Ihm selber tat man nichts zuleide.

Der zentrale Streikrat der Tübinger Studenten veröffentlichte die furchteinflößende Liste des „Handwerkszeugs“ des Spitzels und machte auf die Praktiken dieser sauberen Staatsschützer aufmerksam. Sie haben ein Plakat gedruckt, auf dem die sichergestellten Gegenstände abfotografiert wurden. Doch bevor dieses Plakat gedruckt wurde, fanden zwölf Hausdurchsuchungen statt, der

Student Michael Latz wurde festgenommen. Auf dem Plakat hieß es:

Raub?

Am 27.6. war ein Polizeibeamter (Abteilung Staatsschutz) mit diesen Gegenständen auf der Suche. Mit Teleobjektiv und Kamera machte er Einzelaufnahmen von Teilnehmern einer genehmigten Demonstration gegen das Landeshochschulgesetz. Nachdem seine schriftlichen Aufzeichnungen veröffentlicht wurden, fanden in Tübingen 12 Hausdurchsuchungen und eine Verhaftung statt. Können Sie sich vorstellen, daß diese Gegenstände auch gegen Sie verwendet werden?

Von diesen Koffern gibt es Tausende!

Die Tübinger Lokalpresse nahm sich dieses Falles an, zumal in der gleichen Zeit ein brutaler Polizeiüberfall auf die Hausfrau Getrud von Witzleben stattgefunden hatte, der Verbindungen zur RAF vorgeworfen wurden. (Das übliche Bild: morgens um halb sechs stehen Beamte mit gezogenen Maschinenpistolen vor den Betten der Frau und ihrer kleinen Kinder, Verwüstung der Wohnung, anschließend ergebnisloses Verhör. Pfscher und Dilettanten).

Die Angriffe, die sich Staatsschützer Engelbert, gefallen lassen mußte, veranlasste ihn zu einem Leserbrief, den wir wegen seiner Unschuld ("kein Engel ist so rein") dem Leser nicht vorenthalten wollen:

„1. Mein Einsatz am 27. Juni, bei dem mir im Verlauf einer Kundgebung auf dem Marktplatz in Tübingen meine Ausrüstung geraubt wurde, hatte absolut nichts mit der am Tage darauf versuchten Sprengung der Sitzung des Kleinen Senats der Universität Tübingen zu tun. Meine Tätigkeit erstreckte sich ausschließlich auf die Aufklärung von Sachbeschädigungen (Farbschmierereien an Uni-Gebäuden) zu denen es im Verlauf des Streiks an der Uni gekommen und bei denen ein Sachschaden von etwa 10000 Mark entstanden war. Diesen Schaden dürfte wenigstens indirekt der Steuerzahler zu tragen haben, sofern es der Polizei nicht gelingen sollte, die Täter zu ermitteln.

2. Ich muß richtigstellen, daß ich nicht Mitarbeiter des Verfassungsschutzes bin oder jemals war, sondern daß ich seit längerer Zeit als Kriminalbeamter bei der LPD Tübingen tätig bin.

Es sei dahingestellt, welche Einstellung man in bezug auf die Novellierung des Landeshochschulgesetzes vertritt, doch darf der Pro-

test dagegen nicht in kriminelle Akte ausarten“ (Schwäbisches Tagblatt/Tübinger Chronik, 13.7.73)

Kommentierend ist zu erwähnen, daß der Unterschied zwischen Staatsschutzpolizei und Verfassungsschutz eine rein institutionelle Angelegenheit ist, die für potentiell Betroffene gänzlich uninteressant ist; beide erledigen praktisch die gleiche Arbeit. Der Sachschaden an der Uni dagegen trägt durchaus humoreske Züge. Schwerwiegender ist die Tatsache, daß die Fotografien sog. studentischer "Rädelführer" vom Universitätspräsidenten angefordert wurden.

Der festgenommene Genosse Michael Latz, der nach Beobachtungen von Polizisten an der Beschlagnahme des Koffers beteiligt gewesen sein soll, hat ein Verfahren wegen "gemeinschaftlich begangenen Raubes" zu erwarten - dafür, daß er vielleicht mitgeholfen hat, die Praktiken der politischen Polizei zu entlarven. Da auf Beschluß hin die Gegenstände in den Neckar geworfen wurde, kann er die Anklage nicht abschwächen. In Tübingen hat sich ein Komitee "Freiheit für Michael Latz" gebildet.

Die politische Polizei in der BRD arbeitet offensichtlich so, wie man es sich nach dem Vorbild schlechter Romane vorstellt. Auch in Frankfurt inspezieren Beamte des 18. (politischen) Kommissariats vor teach-ins den H VI; immerhin schon so geschult, daß sie Schulterhalter mit Pistole und Funkgerät im Wagen lassen. Die Überwachung der politisch engagierten Studenten reicht bis in die Jusos hinein. Vielleicht nicht zu Unrecht werden sie als potentielle "Staatsfeinde" betrachtet. Unabhängige Personengruppen untersuchen z.Zt. die Überwachungsapparate der hiesigen Polizei. Es könnte sich dabei herausstellen, daß es einzelne "Genossen" gibt, die ihr Einkommen von ganz woanders beziehen. Und vielleicht bekommt man auch heraus, wer die Wortprotokolle linker Organisationen auf die Schreibtische der Behörden anliefern. Ralph W. Scott

Die Rolle der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen.

Fortsetzung von Seite 1

zur Anpassung an die gesellschaftlichen Gegebenheiten formulierten. Die Septemberstreiks 1969 und die sich in den folgenden Jahren anschließenden betrieblichen Konflikte in verschiedenen Industriezweigen, machten vollends deutlich, daß Vertrauensleute ihre Funktion nicht mehr nur in einer Vermittlerrolle zwischen Betriebsräten oder Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten einerseits, den Mitgliedern andererseits sahen. In dem Protokoll einer vertraulichen Besprechung zwischen Arbeitsdirektoren und der IG Metall vom Juni 1971 (abgedruckt in der Broschüre „Gewerkschaftliche Vertrauensleute für eine antikapitalistische Betriebsstrategie“, s. Anmerkung am Schluß) heißt es mit wünschenswerter Offenheit zu diesem Problem: „Kollege Kübel (Arbeitsdirektor bei den Hüttenwerken Oberhausen AG) faßte noch einmal zusammen und stellte die Frage, wo soll das alles hinführen. Wir stellen die Vertrauensleute praktisch frei. Wir räumen ihnen Versammlungsmöglichkeiten während der Arbeitszeit ein und sie? Agitieren! Sie nehmen die Betriebsräte mehr und mehr zu ihrer Zielscheibe. Sie prägen kein neues Bewußtsein, im Gegenteil, man macht hier im Untergrund. Kollege Kübel schilderte Beispiele, wonach der Betriebsrat Forderungen vorträgt, gegen die er sich bewußt ausgesprochen hat, die er aber, durch den Druck der Vertrauensleute gezwungen, vortragen muß. Einige Betriebsratsmitglieder hatten es im Herbst 1969 sogar nicht mehr gewagt, in ihre Betriebe zu gehen. Man sucht offensichtlich neue Wege. Man zwingt Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die im Investitionsausschuß sind, ihnen ohne jegliches Recht, Nachrichten und Informationen aus diesen Ausschusssitzungen zu übermitteln. Wohin soll das alles noch einmal führen?“ Die Stoßseufzer dieses gequälten Arbeitsdirektors multiplizierten sich vermutlich anläßlich der Betriebsratswahlen, die nach dem novellierten Betriebsverfassungsgesetz Anfang 1972 stattfanden. Hier kam es erstmals auch in quantitativ relevanter Weise zu Auseinandersetzungen, deren Hintergrund fast ausnahmslos der Versuch von Vertrauensleutkörpern war, Einfluß auf die Aufstellung der Kandidatenlisten für die Betriebsratswahlen zu gewinnen. Das führte in einigen Fällen zu mehreren gewerkschaftlichen Listen im Betrieb und damit zum Ausschluß derjenigen aus der Gewerkschaft, die nicht das Plazet der Organisation für ihre Liste erhielten. Der Ausschluß traf je nach den betrieblichen

und örtlichen Kräfteverhältnisse Betriebsräte, die dem Ansturm kritischer Vertrauensleute unterlagen und trotzdem zu kandidieren versuchten (beispielsweise bei VW in Kassel) oder linke Vertrauensleute, die von der alten Betriebsräte-Crew nicht aufgestellt wurden und so auf eigenen Listen kandidieren mußten (wie Hoss, Mühleisen, und D'Andrea bei Daimler Benz. Untertürkheim). Auch diese Vorgänge waren ein Ausdruck der wachsenden Bereitschaft von Vertrauensleutegruppen, die gewerk-

schaftliche Interessenvertretung nicht mehr wie gewohnt dem Betriebsrat oder der örtlichen Verwaltungsstelle der Gewerkschaft zu überlassen, sondern selbstständig als betriebliches Gewerkschaftsorgan zu handeln. Die Vertrauensleutewahlen in diesem Jahr dürften den Trend fortgesetzt haben. Dort, wo Vertrauensleutkörperleitungen versagt haben, wie im Streik bei den Mannesmann-Werken im März 73, sind sie vollständig abgewählt worden.

Disziplinierungsversuche der Gewerkschaftsführung.

Für die Gewerkschaftsführungen waren derartige Vorgänge Alarmzeichen genug und Anlaß, Überlegungen anzustellen, wie die Vertrauensleute wieder stärker an die eigene politische Linie zu binden sind. Der IG Chemie-Vorstand konnte zwar auf dem letzten Gewerkschaftstag nicht verhindern, daß Anträge angenommen wurden, die die Wahl der Tarifkommissionsmitglieder durch Vertrauensleuterversammlungen vorsehen (bisher – und in der IG Metall noch jetzt: durch Auswahl von Ortsverwaltung und Bezirksleitung). Er versucht aber nun durch Druck die hauptamtlichen Sekretäre unter Hinweis auf ihren Dienstvertrag zu verpflichten, dafür zu sorgen, daß keine Forderungen von Vertrauensleuten in Tarifkommissionen erhoben werden, die über die vom Hauptvorstand mit den Bezirksleitern vereinbarten Richtlinien hinausgehen.

In der IG Metall haben sich auf dem letzten Gewerkschaftstag diejenigen Kräfte, die für eine Ausweitung der Rechte der Vertrauensleute eintraten, nicht durchsetzen können. Ihre Anträge wurden dem Vorstand als Material überwiesen. Das Ergebnis liegt inzwischen in Gestalt neuer Vertrauensleuterichtlinien der IG Metall vor, die im April vom Vorstand ohne weitere Diskussion in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit beschlossen wurden. Die Richtlinien, die satzungähnlichen Charakter haben, sind dabei gerade um jene Rechte gekürzt worden (gegenüber den alten Richtlinien), die noch minimale Mitwirkungsrechte der Vertrauensleutkörper vorsahen. So sollen Vertrauensleutkörper, nach den Richtlinien, künftig nicht mehr mit den Mitgliedern die Tarifgestaltung diskutieren und Anregungen an die Ortsverwaltung weiterleiten. Sie dürfen,

lediglich noch „Meinungen, Anregungen und Forderungen der IG Metall-Mitglieder ihres Wirkungsbereichs den zuständigen Stellen vortragen“. Auch darf der Vertrauensleutkörper die gewerkschaftlichen Gremien künftig bei der Durchführung von Aufsichtsratswahlen nur noch unterstützen, nicht mehr den Wahlvorschlag aufstellen oder beschließen. Betriebsratsmitglieder sollen nun ausdrücklich in der Leitung der Vertrauenskörper vertreten sein. Da die Betriebsratsmitglieder friedenspflichtig sind, erhofft man von ihnen vermutlich einen dämpfenden Einfluß auf „allzu forsche“ Vertrauenskörperleitungen in betrieblichen Konfliktfällen. Dieselbe Tendenz wird in dem Entwurf für Leitsätze der IG Metall (einer Art Grundsatzprogramm) deutlich, die auf einer Vertrauensleutekonferenz im Herbst verabschiedet werden sollen. War im ersten veröffentlichten Entwurf eine starke Bindung der Vertrauensleute an die Betriebsräte konzipiert, denen der Apparat aus langer Erfahrung mehr vertrauen kann, und war dort den Vertrauensleuten sogar das Betriebsverfassungsgesetz als Leitschnur ihres Handelns nahegelegt worden, so ist auf Grund heftiger Kritik aus der Organisation nun ein neuer Entwurf in der Diskussion, der die Vertrauensleute eher als eine Art Frühwarnsystem für den Gewerkschaftsapparat versteht und sie in Konfliktfällen dazu verurteilen will, eine Einmischung von Gruppen außerhalb der Gewerkschaft abzuwehren. In diesem Zusammenhang wäre darauf hinzuweisen, daß die von verschiedenen Gewerkschaften verabschiedeten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen sogenannte extremistische oder radikale Gruppen vor allem die Funktion haben, aktive Vertrauensleute einzuschüchtern und not-

falls zu disziplinieren. Auch die Gewerkschaftsführungen sind sich dabei über die Bedeutungslosigkeit von Gruppen wie der selbsternannten "Gewerkschaftsopposition" und ähnlicher Organisationen für die betrieblichen Auseinandersetzungen klar. Mit einer weiten Auslegung der "Extremistenbeschlüsse" sind sie aber in der Lage aktive Gruppen von Vertrauensleuten zu isolieren, indem sie etwa auf eine, wenn auch ungewollte Unterstützung solcher Gruppen durch "Radikale" verweisen können. Aktionen dieser Art hat bereits der IG Chemie Vorstand (z.B. bei der Reichold Albert Chemie in Hamburg) praktiziert. Trotz dieser zur Zeit sich mehrenden repressiven Maßnahmen der Gewerkschaftsführungen gegenüber aktiven Vertrauensleuten, müssen aber auch die Grenzen dieser Disziplinierungsversuche gesehen werden. Die zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals, auf deren Ursachen hier nicht näher eingegangen werden kann, haben zu einer beträchtlichen Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen auch in der BRD geführt.

Die Möglichkeiten der Vertrauensleute.

Die gegenwärtigen und künftigen Möglichkeiten für die Vertrauensleute liegen vor allem auf zwei Ebenen. Bei auftretenden Konflikten im Betrieb können sie für eine unmittelbare Beteiligung der betroffenen Kollegen an der Durchsetzung der jeweiligen Forderungen sorgen. Vor allem dadurch, daß sie den Konfliktfall nicht einfach zur Lösung an den Betriebsrat weitergeben, sondern die notwendigen Schritte zur Lösung der Konflikte im Sinne der Kollegen mit diesen besprechen, die Forderungen in Vertrauensleuterversammlungen hineinragen und gegebenenfalls Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen organisieren. Dies geschieht bereits in verstärktem Maße. Besonders die zunehmende Verschärfung der Arbeitsbelastung stellt den Vertrauensleuten hier ständig neue Aufgaben, wenn sie nicht den Betriebsräten, deren Mehrzahl solche Konflikte sozialpartnerschaftlich und damit im Sinne des Unternehmers zu lösen versucht, das Feld der Interessenvertretung überlassen wollen. Das Verhältnis der Vertrauensleute zum Betriebsrat gewinnt in vielen Fällen bereits den Charakter der kritischen und kontrollierenden Distanz, wo-

Um die Folgebereitschaft ihrer Mitglieder zu erhalten, können die Gewerkschaften in solchen Perioden nicht auf die begrenzte Demonstration ihrer Verhandlungsmacht verzichten. Damit müssen sie der gewerkschaftlichen Basisorganisation im Betrieb, den Vertrauensleuten, einen gewissen Handlungsspielraum belassen und können lediglich zu weit vorpreschende Gruppen isolieren. Bezeichnenderweise war der IG Metall-Vorstand relativ ohnmächtig gegenüber denjenigen Vertrauensleuten, die die Mitglieder in den Eisen- und Stahlkonzernen dazu aufriefen, in einer gewerkschaftlichen Urabstimmung im Januar 1973 gegen das von der Gewerkschaft erzielte Verhandlungsergebnis zu stimmen. Die Breite der Ablehnung (rund zwei Drittel der Abstimmung) hätte Disziplinierungsversuche hier zu einem Bumerang werden lassen. Andererseits konnte der Vorstand es sich leisten, dort Ausschlüsse aus der Gewerkschaft zu veranlassen, wo Einzelne oder Gruppen mit Forderungen und Aktionen ohne Rückhalt in den Belegschaften auftraten.

bei dem Betriebsrat im Modellfall kraft seiner gesetzlichen Bindung die Aufgabe der Überwachung der bereits durchgesetzten Rechte gegenüber dem Unternehmer zukommt, während die Vertrauensleute als gewerkschaftliche Basis im Betrieb für die Durchsetzung der Forderungen zuständig sind. Das erfordert allerdings – und damit ist die andere Ebene angesprochen – die Verbesserung der Rechte der Vertrauensleute in der Gewerkschaftsorganisation. Die Vertrauensleute müssen durchsetzen, daß sie in den Richtlinien und in der Satzung als gewerkschaftliche Betriebsvertretung verankert werden. In der Praxis heißt das, daß sie in betrieblichen Kommissionen in Zusammenarbeit mit der örtlichen und regionalen Gewerkschaftsorganisation Forderungen unmittelbar gegenüber dem Unternehmer vertreten können, die im Erfolgsfall die Form von tarifverträglichen Vereinbarungen erhalten können. Wer darin eine syndikalistische Verengung der Gewerkschaftspolitik sieht, verkennt, daß das gegenwärtige System der Betriebsvereinbarungspolitik als Eckpfeiler der Kooperation von Betriebsrat und Unternehmer bei stillschweigender Duldung

oder sogar Förderung durch die Gewerkschaft einen Zustand hergestellt hat, der die betriebsegoistische Konkurrenz der Vertretung der Lohnabhängigen geradezu institutionalisiert hat. Zu bekämpfen ist dieser "Betriebsrätesyndikalismus", dessen Folge die Lähmung einer aktiven Gewerkschaftspolitik ist, nur durch ein Zusammenwirken von Vertrauensleuten als betrieblicher Gewerkschaftsorganisation und der örtlichen Gewerkschaftsverwaltung, mit dem Ziel, den Einfluß der sozialpartnerschaftlichen Betriebsräte zurückzudrängen. Voraussetzung dafür sind allerdings Vertrauensleuten, die sich auf mobilisierte Betriebsbelegschaften stützen können und die örtliche Gewerkschaftsverwaltung zu einer solchen Politik mit dem erforderlichen Nachdruck motivieren können. Beispiele für ein derartiges Zusammenwirken gibt es inzwischen – wenn auch wenige. Dort, wo die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen bis zu diesem Punkt gediehen sind, haben auch die Betriebsräte inzwischen einen veränderten Charakter erhalten. Übergreifende Strategien, wie die betriebsnahe Tarifpolitik, die hier nicht näher erörtert werden kann, haben in diesem Kontext ihren Sinn und können dazu beitragen, eine größere gewerkschaftliche Kampfkraft zurückzugewinnen. Die Grenzen der Möglichkeiten der Vertrauensleute im Rahmen einer anti-kapitalistischen Strategie liegen gegenwärtig allerdings weniger im Bereich theoretischer Alternativen zur aktuellen Gewerkschaftspolitik als vielmehr im Rückstand an praktischer Kampferfahrung, die ihrerseits erst in der Lage ist, die Fehler oder Vorzüge der eingeschlagenen Strategien zu erweisen.

Eberhard Schmidt

Der vorliegende Artikel kann lediglich einige Tendenzen der Entwicklung der Vertrauensleutenbewegung, wie sie gegenwärtig zu beobachten sind, aufzeigen. Weiterführende Informationen finden sich u.a. in den Kritischen Jahrbüchern 1972 und 1973 "Gewerkschaften und Klassenkampf" (hrsgg. von Otto Jacobi, Walter Müller-Jentsch, Eberhard Schmidt), Fischer-Taschenbuchverlag, in der Broschüre "Gewerkschaftliche Vertrauensleute für eine antikapitalistische Betriebsstrategie" (hrsgg. vom Redaktionskollektiv "express-international"), Verlag 2000, Offenbach, 1972 und in der Arbeit von Reinhard Krusche und Dagmar Pfeiffer "Betriebliche Gewerkschaftsorgane und Interessenvertretung – Zur Betriebsräte- und Vertrauenspolitik der IG Metall", Verlag Die Arbeitswelt, Berlin 1973. Außerdem sind in den Nummern 4-8/1973 der Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit "express" (Verlag 2000, 605 Offenbach 4, Postfach 591) regelmäßig Aufsätze zu den hier behandelten Fragen veröffentlicht worden, auf die nicht näher verwiesen wurde.

diskus-Interview:
Peter van Spall spricht
mit Paul Mattik

Diktatur oder

Paul Mattik, 1904 in Deutschland geboren, ab 1918 in der Freien Jugend des Spartakusbundes, von 1920 bis 1926 in der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands – einer Linksabspaltung der KPD – un der syndikalistischen Allgemeinen Arbeiterunion Deutschlands organisiert, seit 1926 in den USA: Mitglied der IWW (Industriearbeiter der Welt) und der Gruppe "Rätekommunisten", er leitete die international bekannten Publikationen "Living Marxism" und "New Essay" und arbeitet an diversen unabhängigen linken Zeitschriften in Europa und Amerika mit. Seine Bücher wurden in viele Sprachen übersetzt. In Deutschland erschienen in den letzten Jahren u.a.: "Marx und Keynes – die Grenzen der gemischten Ökonomie" (EVA), "Kritik an Herbert Marcuse" (EVA), "Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA" (Neue Kritik) und "Der Leninismus und die Arbeiterbewegung des Westens" in "Lenin: Revolution und Politik" (ed.suhrkamp).

Der Wert des Interviews liegt darin, daß Mattik gängige Begriffshülsen wie zunehmende Allmacht der Technobürokraten in Ost und West, unumschlichte Technik, Umweltzerstörung usw. in richtige Zusammenhänge einordnet. Von daher erlauben van Spall Fragen Mattik, in seinen Antworten unmittelbar auf liberale Vorverständnisse einzugehen.

Mattiks Verwendung des Begriffs "Staatskapitalismus" für die sog. sozialistischen Staaten halten wir für nicht schlüssig. Es erscheint uns aber deplaziert, an dieser Stelle eine Kritik dieser Begriffsbildung zu liefern, wir verweisen deshalb auf die Diskussion zum Thema Übergangsgesellschaften im Diskus 6/72.

Peter van Spall:

Der Parlamentarismus des kapitalistischen Westens paßt sich strukturell dem Scheinparlamentarismus des staatskapitalistischen Ostens an. Die ökonomisch-politische Macht der kapitalistischen Technobürokraten nimmt damit immer mehr zu. Ist dann die amerikanische "Präsidentendiktatur", von der selbst die bürgerlichen Oppositionellen in der letzten Zeit reden, nicht symptomatisch für die sich jetzt auch in den hochkapitalistischen Gesellschaften abzeichnende Entwicklung von der liberalen parlamentarischen Demokratie zum autoritär-faschistischen Führer- und Gefolgsystem neueren Typs? Die vorherrschende Regierungsform in der ganzen Welt ist – wie der US-Senator Fulbright immer wieder betont – die Diktatur. Uns würde interessieren, wie Sie die Dinge sehen.

Paul Mattik:

Die "Präsidentendiktatur" ist keine neuartige Erscheinung in Amerika und auch keine Diktatur im Sinne der autoritären Staaten des 20. Jahrhunderts. Dem Präsidenten ist durch die amerikanische Verfassung eine außerordentliche Verfügungsgewalt zugesprochen worden, die sich durch einen übermäßigen Staats- und Personenkult weit über die legalen Möglichkeiten hinaus erweitern läßt. Gleichzeitig wird im allgemeinen die Politik als Geschäft aufgefaßt, und der sich daraus ergebende Zynismus bedarf der ideologisch überspitzten Verherrlichung staatlicher Institutionen und vornehmlich der des Präsidenten, bedingt aber auch die marktschreierische Schärfe der politischen Kämpfe um staatliche Positionen. Wie der Kapitalismus selbst, so bringt die Politik als Geschäft ei-

ne alles-durchsetzende-Korruption des öffentlichen Lebens mit sich. Da das System selbst noch nicht infrage gestellt wird, beziehen sich alle politischen Beziehungen auf Personen. Der Eindruck wird erweckt, daß Politik und Wirtschaft von der herrschenden Partei und damit vom Präsidenten abhängen, was jedoch nicht der Fall ist. So hat sich z.B. die amerikanische Innen- und Außenpolitik – von Roosevelt bis Nixon – durch ihre Abhängigkeit von den kapitalistischen Entwicklungstendenzen und den aus dem Zweiten Weltkrieg resultierenden ökonomischen und politischen Machtkonstellationen unverändert erhalten. Ob sich der Parlamentarismus des Westens dem Scheinparlamentarismus des Ostens annähert, ist vom Arbeiterstandpunkt aus völlig belanglos, da er sich in beiden Fällen nicht auf die Produktionsverhältnisse als Klassenverhältnisse bezieht, sondern nur die traditionell überlieferte Form der Vortäuschung politischer Mitbestimmung darstellt. Allerdings war der Parlamentarismus im Rahmen der bürgerlichen Emanzipation ein politisches Mittel der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung und innerhalb bestimmter Grenzen der Boden sozialer Reformen zur Konsolidierung der kapitalistischen Herrschaft, während der Scheinparlamentarismus der staatskapitalistisch orientierten Gesellschaften nur als Kontrollinstrument der autoritären Staatsgewalt dient. Der kapitalistische Aufstieg, wie der Zustand kapitalistischer Zersetzung, kennt keine andere einheitliche Haltung der Bourgeoisie als die gegen die Arbeiterschaft. Auch innerhalb des Monopolkapitalismus verhindert die kapitalistische Konkurrenz eine geschlossene zentralistisch geleitete Front des Ka-

Demokratie?

pitals, wie sie in den staatskapitalistischen Systemen möglich ist. Der noch nicht abgeschlossene - und auf dem Boden des Privateigentums nicht abschließbare - kapitalistische Konzentrations- und Zentralisationsprozeß ist auch weiterhin von politisch-parlamentarischen Auseinandersetzungen begleitet. Der durchgehende Staatskapitalismus - wenn nicht, wie vor allem in Osteuropa, von außen aufgezwungen, bedarf einer sozialen Umwälzung; er ist kein automatisches Produkt der kapitalistischen Entwicklung. Die in den Vereinigten Staaten ausgeübte "Diktatur" drückt damit nur die Vorherrschaft des ausschlaggebenden Teils des amerikanischen Kapitals aus, die allerdings und notwendigerweise, die allgemeine Richtung der politischen Entwicklung bestimmt. So sehr der Imperialismus auch eine Lebensnotwendigkeit des Kapitals ist, so betrifft er die verschiedenen Kapitalgruppen durchaus unterschiedlich, so daß sich die allgemeine Richtung über Opposition hinweg durchzusetzen hat. Die Gegensätze im bürgerlichen Lager kommen z.B. in der Spaltung wegen des Krieges in Indochina zum Vorschein. Es hat keinen Sinn von der ökonomisch-politischen Macht der Technokraten zu sprechen. Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft, in der die Technik, wie alles andere, der Akkumulation des Kapitals untergeordnet ist. Die Technik kann nur insoweit entwickelt werden, als sie zur Aussaugung unbezahlter Arbeitskraft beiträgt. Sie dient weiterhin den politisch-militärischen Anforderungen der imperialistischen Konkurrenz, stellt in dieser Abart jedoch nur eine den Profit vermindernde Belastung dar. Die Technik bezieht sich auf den direkten Arbeitsprozeß, die gesell-

schaftliche Entwicklung hingegen ist von den sich im Kapitalismus als "ökonomische Verhältnisse" repräsentierenden Klassenverhältnissen abhängig. Die wirtschaftliche und damit politische Macht ist in den Händen der Kapitalbesitzer; der parasitäre Staatsapparat hängt von der durch das Kapital vermittelten Ausbeutung der Arbeiter ab. Die Technokraten haben unter diesen Umständen keine eigene Machtpositionen. Sie sind zum Teil selbst Kapitalbesitzer, zum Teil selbst Angestellte anderer Kapitalisten, und sind in beiden Funktionen an die Reproduktion der bestehenden sozialen Verhältnisse gebunden. Wenn von der Möglichkeit des Faschismus in Amerika die Rede ist, so handelt es sich hier nicht um eventuelle Vorgänge, wie sie sich z.B. in Italien oder Deutschland abspielten, sondern einfach um die verschärfte Anwendung aller schon vorhandenen Unterdrückungsmaßnahmen. Eine faschistische Massenmobilisierung ist hier noch genau so unwahrscheinlich wie das Aufkommen einer sozialistischen Massenbewegung. Im Bewußtsein seiner Schwäche versucht der dem Sozialismus zugängliche Teil der Bevölkerung im Rahmen der gegebenen politischen Institutionen zu operieren und stellt keine direkte Gefahr für die herrschende Klasse dar. Der "rechte" wie der "linke" Radikalismus sind noch Randerscheinungen. Allerdings besagt dies nichts für die Zukunft. Mit der Zunahme wirtschaftlicher Schwierigkeiten kann es zu spontanen Bewegungen kommen, in der weitere in Reserve gehaltene Unterdrückungsmittel angewandt werden müssen. Aber Bürgerkriegszustände sind für Amerika nichts Neues; im lokalen Rahmen begleiten sie die ganze amerikanische Geschichte, und die in ihnen angewandte

Brutalität der staatlichen Macht steht der keines anderen Landes nach. In diesem Sinne mag schon der heutige Staat als ein "faschistischer" gelten.

Peter van Spall:

Was ist für Sie Staatskapitalismus im Unterschied zum dezentralisierten Privatkapitalismus? Was sind aus der Sicht der Arbeiterklasse die Vor- und Nachteile dieser Systeme?

Paul Mattik:

Der Staatskapitalismus war bisher die Form kapitalistischer Produktionsverhältnisse, die unterentwickelten Ländern die Versuchsmöglichkeit bot, sich trotz der monopolistischen Weltmarktkontrolle in relativer Unabhängigkeit aus ihrem Zustand der Rückständigkeit und Ausbeutung zu lösen. Die kapitalistische Entwicklung, die mit der Industrialisierung einhergeht, konnte sich hier den schon hochzentralisierten fortgeschrittenen Ländern gegenüber nicht auf dem Wege der liberalen Konkurrenz durchsetzen, sondern nur durch eine den Monopolkapitalismus überraffende Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Das kapitalistische Monopol in den entwickelten Ländern bedingt das staatliche Monopol in den unterentwickelten. Allerdings ist es nicht allen rückständigen Ländern gelungen, ihre national-soziale Befreiung mit dem Staatskapitalismus zu verbinden, so daß in vielen nur ein Abklatsch der gemischten Ökonomie der entwickelten Länder zu finden ist, d.h. die Vorherrschaft des Privatkapitals, das man durch staatliche Eingriffe zu stützen versucht. Vom kapitalistischen Standpunkt aus gesehen, ist der Staatskapitalismus eine andere Gesellschaftsform als der Privatkapitalismus, einfach des-

halb, weil er der Klassenherrschaft der Kapitalisten ein Ende setzt, indem er die Kontrolle über die Produktionsbedingungen dem Staat, d.h. einer anderen Gruppe von Menschen, überläßt. Für die verdrängte Bourgeoisie ist der Staatskapitalismus mit dem Sozialismus indentisch, da das eine wie das andere System ihre Herrschaft ausschließt. Aber vom Standpunkt der Arbeiter aus gesehen haben sich die Produktionsverhältnisse nicht geändert. Nach wie vor fehlt ihnen die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und über ihre Arbeitsprodukte. Sie haben nur ein kapitalistisches Verhältnis gegen ein anderes eingetauscht, und die Staatsbürokraten personifizieren für sie nun das Kapital wie zuvor die Kapitalisten. Es bedarf einer weiteren sozialen Revolution, um die Lohnarbeit abzuschaffen und die Produktion unter die Kontrolle der Produzenten zu bringen. Für die Arbeiter ist der Staatskapitalismus kein Sozialismus, sondern eine modifizierte Form der Ausbeutergesellschaft. Er hat für sie keine Vorteile, es sei denn, daß die kapitalistische Entwicklung schlechthin als Vorbild aufgefaßt wird, aber er hat den Nachteil größerer Schwierigkeiten im Kampf gegen die neuen Autoritäten. Auf jeden Fall ist der Staatskapitalismus auch eine Übergangsstufe für die Arbeiterbewegung der kapitalistisch entwickelten Länder. Für sie handelt es sich nicht nur darum, ein Proletariat zu entwickeln und Kapital zu akkumulieren, sondern darum, das Kapital mit dem Proletariat abzuschaffen. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß man auch in den entwickelten Ländern bestrebt ist, staatskapitalistische Systeme aufzubauen. Es ist aber zu hoffen, daß angesichts der tatsächlichen Zustände in den staatskapitalistischen Ländern die Arbeiter diesen Bemühungen entgegentreten und ihnen ihre eigenen sozialistischen Ziele entgegensetzen.

Peter van Spall:

In den USA und anderen führenden industriekapitalistischen Ländern nimmt der Widerspruch zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum lebensbedrohende Formen an. Liberale und sozialistische Wissenschaftler warnen in diesem Zusammenhang vor der Zerstörung der "Umwelt", die schon in wenigen Jahren nicht mehr aufzuhalten ist.

Haben die Linken recht, die aufgrund dieser Entwicklung der Auffassung sind, daß sich der "Spätkapitalismus" in seiner Endphase befindet?

Paul Mattik:

Raubbau und die Zerstörung der Natur begleiteten die ganze kapitalistische Entwicklung. Dies wird umso bedrohlicher, je länger das Kapital die Welt beherrscht. Dieser Prozeß ist ohne gleichzeitige Vernichtung der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufzuhalten. Die moralischen Empörungen liberaler Wissenschaftler und Politiker über die Zerstörung der Umwelt weisen entweder auf deren Dummheit oder Heuchelei oder beides hin. Rationell ist für das Kapital nur der Profit, die Basis seiner Existenz. Alles, was dem im Wege steht, kann keine Berücksichtigung finden. Es handelt sich hier nicht um einen Widerspruch zwischen "öffentlicher Armut und privatem Reichtum", wie ihn die enormen Ausgaben für Rüstung und Krieg als kapitalistisch einzig mögliche Form des "öffentlichen Reichtums" aufzuweisen, sondern um die Erhaltung und Vermehrung des Kapitals und der ihm eigenen Klassenverhältnisse. Die Betonung der Umweltzerstörung als Argument gegen den Kapitalismus kann nicht mehr bedeuten als die Forderung nach Reformen, die dem Kapitalismus seine Umwelt erhalten sollen. Es gibt keine "unmenschliche Technik", da sie von den Menschen geformt und angewandt wird. Allerdings gibt es im Kapitalismus aufgrund des Warenfetischismus auch den Fetisch der Technik. Aber dahinter verbergen sich bestimmte, historisch bedingte, Klassen- und Eigentumsverhältnisse, womit schon gesagt ist, daß der Fetischcharakter der Technik auf revolutionärem Wege überwunden werden kann. Mit der sozialen Revolution verlieren auch Wissenschaft und Technik ihre nur im Kapitalismus "realen" unabhängigen Eigenschaften und entpuppen sich als menschliche Tätigkeit zur Zufriedenstellung bewußt gefaßter Ziele. Es ist nicht die Technik, die die Menschen beherrscht, sondern die kapitalistisch angewandte Technik als Mittel und Ausdruck kapitalistischer Herrschaft. Wir haben uns nicht um die Technik zu sorgen, sondern müssen den Kapitalismus beseitigen, um die Technik einer sozialistischen Gesellschaft entsprechend anzuwenden: Die sozialistische Demokratie ist nur in einer klassenlosen Gesellschaft möglich und setzt die soziale Revolution voraus. Die Revolution hat nicht mit Demokratie im bürgerlichen Sinne zu tun, sondern mit dem Versuch, die Herrschaft einer Klasse durch eine andere zu brechen. Nur nach der Vernichtung des Kapitals ist die Demokratie der

arbeitenden Bevölkerung die Vorbedingung zur Verhinderung eines neuen autoritären Regimes auf staatskapitalistischer Basis. Das Rätssystem in seiner ursprünglichen Form scheint den Ansprüchen einer Arbeiterdemokratie gewachsen zu sein; allerdings nur dann, wenn es gelingt, die Bildung eines neben ihm stehenden besonderen Staatsapparates zu verhindern. Der Aufbau und die Struktur des Rätessystems ist zum Teil eine experimentelle Frage. Wo ihm politisch nichts im Wege steht, handelt es sich hier um technisch-organisatorische Probleme, die sich im Prinzip lösen lassen.

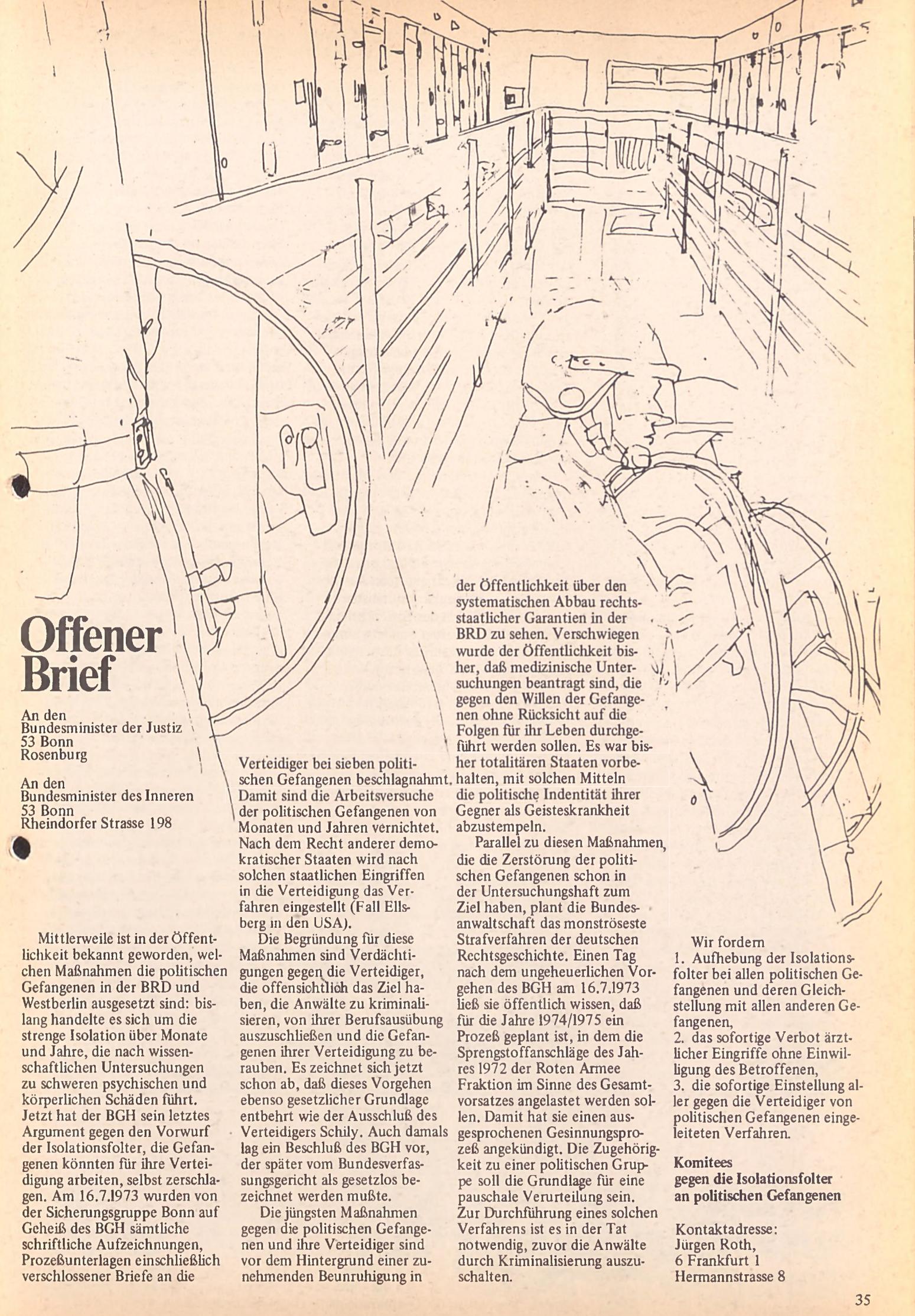
Peter van Spall:

Die bürgerlichen Medien verbreiten die Meinung, daß es seit dem Abflauen der Protestbewegung gegen den Vietnam-Krieg keine "ernstzunehmende" Linke in den USA mehr gibt.

Paul Mattik:

Von einer "oppositionellen" Arbeiterbewegung kann in Amerika noch nicht die Rede sein, obwohl eine zunehmende kritische Einstellung zum Verlauf der Dinge schon zu bemerken ist. Sie richtet sich auch gegen die offizielle Haltung der Gewerkschaften und Industrieverbände - die hier die einzig bemerkenswerte wie fragwürdige Form einer Arbeiterbewegung vorstellen - und findet ihren Ausdruck in wilden Streiks. Es handelt sich hier aber vorerst um eine sich ausbreitende Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Zuständen und dem Krieg, der damit in Verbindung gebracht wurde. Die allgemeine Mißstimmung erfaßt auch die Arbeiterjugend und die Studenten wie auch die Minoritäten, die vom ökonomischen Niedergang am härtesten betroffen sind. Was hier als "Linke" bezeichnet wird, d.h. die radikale Bewegung der Neger und Studenten, hat bisher, wie jede aussichtslose Sache, keine Beständigkeit. Sie springt an und flaut ab mit den nicht von ihnen bestimmten wechselnden Situationen, wie z.B. anläßlich der Protestbewegung bei der Wiederaufnahme des Bombardements von Nordvietnam. Jedoch drückt die Ansicht der bürgerlichen Medien über das Abflauen der Protestbewegung nur einen Wunschtraum aus. Wie die Dinge liegen, wird die nächste Zukunft mit der Verschärfung aller kapitalistischen Widersprüche auch die Verschärfung der sozialen Unruhen mit sich bringen.

Fragen sowohl als auch Antworten sind gelegentlich gekürzt worden. Red.



Offener Brief

An den
Bundesminister der Justiz
53 Bonn
Rosenburg

An den
Bundesminister des Inneren
53 Bonn
Rheindorfer Strasse 198

Mittlerweile ist in der Öffentlichkeit bekannt geworden, welchen Maßnahmen die politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin ausgesetzt sind: bislang handelte es sich um die strenge Isolation über Monate und Jahre, die nach wissenschaftlichen Untersuchungen zu schweren psychischen und körperlichen Schäden führt. Jetzt hat der BGH sein letztes Argument gegen den Vorwurf der Isolationsfolter, die Gefangenen könnten für ihre Verteidigung arbeiten, selbst zerschlagen. Am 16.7.1973 wurden von der Sicherungsgruppe Bonn auf Geheiß des BGH sämtliche schriftliche Aufzeichnungen, Prozeßunterlagen einschließlich verschlossener Briefe an die

Verteidiger bei sieben politischen Gefangenen beschlagnahmt. Damit sind die Arbeitsversuche der politischen Gefangenen von Monaten und Jahren vernichtet. Nach dem Recht anderer demokratischer Staaten wird nach solchen staatlichen Eingriffen in die Verteidigung das Verfahren eingestellt (Fall Ellsberg in den USA).

Die Begründung für diese Maßnahmen sind Verdächtigungen gegen die Verteidiger, die offensichtlich das Ziel haben, die Anwälte zu kriminalisieren, von ihrer Berufsausübung auszuschließen und die Gefangenen ihrer Verteidigung zu berauben. Es zeichnet sich jetzt schon ab, daß dieses Vorgehen ebenso gesetzlicher Grundlage entbehrt wie der Ausschluß des Verteidigers Schily. Auch damals lag ein Beschluß des BGH vor, der später vom Bundesverfassungsgericht als gesetzlos bezeichnet werden mußte.

Die jüngsten Maßnahmen gegen die politischen Gefangenen und ihre Verteidiger sind vor dem Hintergrund einer zunehmenden Beunruhigung in

der Öffentlichkeit über den systematischen Abbau rechtsstaatlicher Garantien in der BRD zu sehen. Verschwiegen wurde der Öffentlichkeit bisher, daß medizinische Untersuchungen beantragt sind, die gegen den Willen der Gefangenen ohne Rücksicht auf die Folgen für ihr Leben durchgeführt werden sollen. Es war bisher totalitären Staaten vorbehalten, mit solchen Mitteln die politische Identität ihrer Gegner als Geisteskrankheit abzustempeln.

Parallel zu diesen Maßnahmen, die die Zerstörung der politischen Gefangenen schon in der Untersuchungshaft zum Ziel haben, plant die Bundesanwaltschaft das monströseste Strafverfahren der deutschen Rechtsgeschichte. Einen Tag nach dem ungeheuerlichen Vorgehen des BGH am 16.7.1973 ließ sie öffentlich wissen, daß für die Jahre 1974/1975 ein Prozeß geplant ist, in dem die Sprengstoffanschläge des Jahres 1972 der Roten Armee Fraktion im Sinne des Gesamtvorsatzes angelastet werden sollen. Damit hat sie einen ausgesprochenen Gesinnungsprozeß angekündigt. Die Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppe soll die Grundlage für eine pauschale Verurteilung sein. Zur Durchführung eines solchen Verfahrens ist es in der Tat notwendig, zuvor die Anwälte durch Kriminalisierung auszuschalten.

Wir fordern

1. Aufhebung der Isolationsfolter bei allen politischen Gefangenen und deren Gleichstellung mit allen anderen Gefangenen,
2. das sofortige Verbot ärztlicher Eingriffe ohne Einwilligung des Betroffenen,
3. die sofortige Einstellung aller gegen die Verteidiger von politischen Gefangenen eingeleiteten Verfahren.

**Komitees
gegen die Isolationsfolter
an politischen Gefangenen**

Kontaktadresse:
Jürgen Roth,
6 Frankfurt 1
Hermannstrasse 8

Der zwei Jahre lang in Wiesbaden ansässige Italiener Ivo della Savia ist nach einer Entscheidung des Bundesjustizministeriums in Bonn nach Italien ausgeliefert worden. Della Savia befand sich seit Januar 1973 in Frankfurt in Abschiebehaft.

Die italienische Regierung hat den Antrag auf Auslieferung della Savias mit der Begründung gestellt, er habe Sprengstoff besessen und transportiert, mit dem nach Meinung der italienischen Staatsanwaltschaft das Attentat am 12. Dezember 1969 auf die Nationale Landwirtschaftsbank in Mailand verübt worden sei. Mehr als zwei Jahre hat die italienische Justiz die Valpreda-Gruppe für dieses Attentat verantwortlich gemacht. Ivo della Savia befand sich zum Zeitpunkt des Attentats nachweislich nicht in Italien. Valpreda, der von der italienischen Justiz als der Hauptschuldige präsentiert worden war, wartete drei Jahre lang in italienischen Untersuchungsgefängnissen auf seinen Prozeß, der immer wieder verschoben und schließlich vertagt wurde. Valpreda war schließlich aus der Untersuchungshaft entlassen worden, als die Beweismittel gegen Angehörige faschistischer Gruppen immer erdrückender wurden, und die Öffentlichkeit erfuhr, daß die entsprechenden Ermittlungsakten im italienischen Innenministerium verschwunden waren.

Erst nach der Verhaftung der italienischen Faschisten Freda und Ventura und nach der Haftentlassung Valpredas erliesen die italienischen Behörden Haftbefehl gegen Angelo und Ivo della Savia und verlangten von der Bundesregierung die Auslieferung der beiden Italiener. Am 23. März 1973 fand die mündliche Verhandlung gegen Ivo della Savia vor dem 2. Strafsenat des Oberlandesgericht in Frankfurt statt. Nach Anhörung der Zeugen konnte das OLG den politischen Charakter dieses Falls nicht mehr leugnen, noch konnte es davon ausgehen, daß Ivo della Savia in Italien mit einem fairen Prozeß rechnen kann. Da 14 Entlastungszeugen Valpredas, darunter auch der dritte der della Savia Brüder, Mario, auf mysteriöse Weise ums Leben gekommen waren, mußte das Gericht wissen, daß Ivo della Savia in Italien sogar um sein Leben fürchten muß. Bevor das Gericht den Antrag der Anwälte, Bergmann und Demski, auf Aufhebung des Auslieferungshaftbefehls ablehnte und die Beschlußfassung auf schriftlichem Wege ankündigte wurde vom Präsidenten des 2. Strafsenats des OLG, Weil, die Art

der Entscheidung durch die Ankündigung vorweggenommen, im allgemeinen pflege man in Übereinstimmung mit dem befreundeten Ausland zu entscheiden." Dies geschah kurze Zeit später.

Während das OLG die Entscheidung über die Auslieferung von Ivo della Savia vertagte, hielt sich Bundespräsident Heinemann in Italien auf, wo er sich für die Begnadigung des SS-Sturmbannführers und ehemaligen deutschen Polizeichefs von Rom, Herbert Kappler, einsetzte. Kappler war 1948 „als Vollstrecker des Blutbades in den Ardeatinischen Gräben zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden" (FAZ 7.11.1952). Er war verantwortlich für die Hinrichtung von 335 Geiseln im Frühjahr 1944, die Vergeltungsaktion für einen Partisanenanschlag, bei dem 31 deutsche Soldaten aus Hitlers Armeen getötet worden waren. (Vgl. FAZ 27.10.1952, 23.3.1973) In der italienischen und liberalen Öffentlichkeit war es längst ein offenes Geheimnis, daß sich hier ein Austausch anbahnte.

Am 8. Juni erklärte das OLG die Auslieferung von Ivo della Savia für zulässig. Im Gegensatz selbst zur italienischen Staatsanwaltschaft hat der 2. Strafsenat des OLG Frankfurt eine Mittäterschaft von Ivo della Savia an dem Mailänder Attentat konstruiert und damit die Abschiebung des Italieners begründet. Der politische Charakter der Anklage gegen Valpreda u.a., darunter auch Ivo, wurde im Gegensatz zu richterlichen Äußerungen während der mündlichen Verhandlung bestritten. ("Nach § 3 Abs. II DAG sind politische Taten nur die strafbaren Angriffe, die sich unmittelbar gegen den Bestand oder die Sicherheit des Staates, gegen das Oberhaupt oder gegen ein Mitglied der Regierung des Staates als solches, gegen eine verfassungsmäßige Körperschaft... oder gegen die guten Beziehungen zum Ausland richten... Angriffe gegen Banken und gegen Denkmäler sind nicht unmittelbar gegen den Bestand und die Sicherheit des Staates gerichtet... Auch sind Sprengstoffverbrechen nicht schon als solche politische Taten" (Begründung 2 Ausl. 5/73). Das OLG verneint auch, daß es sich bei dem Sprengstoffdiebstahl und -besitz (wo dieser Sprengstoff gestohlen oder verwendet wurde, konnten selbst die italienischen Behörden nie nachweisen – Vgl. Antrag auf Haftverschöpfung des italienischen Anwalts Dominuco) um eine politische Zusammenhangstat handelt: "Vielmehr ergibt sich lediglich, daß die Gruppe einzelne Anschläge verübt haben soll, die nicht im

Rahmen eines geplanten Aufstandes, sondern gewissermaßen als ein die Öffentlichkeit aufrüttelndes Fanal gedacht waren" (Begründung 2 Ausl. 5/73).

Außerdem hat sich die Zusammensetzung des Gerichts, das über die Auslieferung entschieden hat, zwischen mündlicher Verhandlung und Beschlußfassung verändert, so daß ein Gericht entschieden hat, das nicht entscheiden durfte. Einer der Richter wurde einfach ersetzt. Und Dr. Griebeling, der während der mündlichen Verhandlung im Gegensatz zu den beiden anderen Senatsmitgliedern an seiner Überzeugung keinen Zweifel hinsichtlich des politischen Charakters des Auslieferungsersuchens der italienischen Behörden und des Valpreda-Prozesses aufkommen ließ, wurde offensichtlich umgedreht. Inzwischen ist er zum Ermittlungsrichter des BHG (Bundesgerichtshof) für politische Strafsachen und zum Untersuchungsrichter des OLG avanciert. Dieses OLG (2. Strafsenat) fällt darüber hinaus kürzlich eine höchst makabre Entscheidung. Der Rechtsanwalt Röder aus Bensheim, dessen Marotte es ist, Sachbeschädigung zur Bekämpfung von Pornographie zu begehen, wurde mit der Begründung, er habe in Notwehr gehandelt, als er Schaufenster zerstörte, in denen nach seiner Meinung pornographische Schriften ausgestellt waren, freigesprochen.

Die Anwälte Ivo della Savias beantragten gegen den Beschluß, der die Auslieferung für zulässig erklärte eine einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht und legten gleichzeitig Verfassungsbeschwerde ein. Im Auftrage ihres Mandanten stellten sie außerdem Strafanzeige wegen Rechtsbeugung gegen die Richter des OLG.

Das Bundesverfassungsgericht – Erster Senat entschied in aller Eile am 3. Juli (1 BvR 222/73) über die Zulässigkeit der Auslieferung, dies bevor die gesetzliche Begründungsfrist der Verfassungsbeschwerde abgelaufen war (frühestens 14. Juli). Da dieser Beschluß des Bundesverfassungsgerichts nichtig ist, legten die Anwälte erneut Verfassungsbeschwerde ein. Am 17. Juli erfuhr man aus der Presse, daß der Bonner Justizminister die Auslieferung Ivo della Savias für den 24. Juli angeordnet hat. Die Entscheidungen, die zweite Verfassungsbeschwerde, die einstweilige Anordnung und die Strafanzeige wegen Rechtsbeugung wurden alle auf einmal negativ entschieden und das Verfahren für abgeschlossen erklärt.

Brigitte Heinrich

Ivo della Savia: Auslieferung oder Menschenhandel?

Der eine Herr heißt Werner und ist Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Justiz. Der andere Herr heißt Wachter und ist Direktor der neuen Untersuchungshaftanstalt in Frankfurt-Preungesheim. Beiden Herren ist gemeinsam, daß kein Gericht der Bundesrepublik sich näher mit ihnen beschäftigen wird, es sei denn sie klauen silberne Löffel, was ihnen nicht zuzutrauen ist. Kein Gericht wird auf die Idee kommen, gegen diese Exekutoren eines Systems vorzugehen, daß sich Straf- und Untersuchungsvollzug nennt. Denn beide Herren befinden sich in Übereinstimmung mit der herrschenden Legalität, Recht und Unrecht sind somit klar, bevor darauf eingegangen wird, was beide Herren verantworten und tun. Die Herren Werner und Wachter sind nicht kriminell.

Den trauernden Erben einer liberalen Rechtsauffassung bleibt es überlassen zu prüfen, ob zwischen den papiernen Normen für einen Untersuchungsvollzug, der dem Inhaftierten bis zum vollständigen Abschluß seines Verfahrens die Annahme der Unschuld zubilligt und der Praxis von Untersuchungshaft, die von "gefährlichen Rechtsbrechern" und "dringend Verdächtigen" (Staatssekretär Werner) ausgeht, eine Diskrepanz besteht, die der Reform wert wäre. Die Logik des Systems zwingt indes eher, das Papier zu vernichten, das der Praxis nicht entspricht. "Welche Philosophie man immer lehren mag, und sei es eine theologische: eine Gesellschaft ist nicht der Tempel jener Wertidole, die auf dem Giebel ihrer Monumente oder in ihren Verfassungstexten stehen, sie ist das wert, was in ihr die Beziehung des Menschen zum Menschen wert sind. Es geht nicht allein darum, was sie Liberalen im Kopf haben, sondern was der liberale Staat innerhalb und außerhalb seiner Grenzen wirklich tut. Die Reinheit seiner Prinzipien spricht ihn nicht frei, sie verurteilt ihn, wenn es sich zeigt, daß sie nicht in die Praxis mündet." (Merleau-Ponty, Humanismus und Terror)

Gegen die Untersuchungshaftanstalt in Preungesheim wurde protestiert, eine Demonstration fand statt. Der zuständige Minister Karl Hemfler schreibt in einem Brief an das "Komitee zur Aufklärung über die Gefängnisse/Initiative gegen die Folter", wenn überhaupt Vorwürfe erhoben würden, so könne dies nur auf Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse beruhen. Die Gewalt meint, sich ihrer Nacktheit nicht schämen zu müssen. Der Staat hat nichts zu verbergen. Der Minister läßt ein, das Gefängnis Preungesheim zu besichti-

gen. 10 Mitglieder des Komitees, das Fernsehen, die Presse, der Staatssekretär und der Direktor finden sich am 4. Juni zu einer "Begehung" zusammen.

Wer in einem Großbetrieb an den Bändern und Pressen vorbeiläuft und sich von der Reibungslosigkeit des Betriebes faszinieren läßt, der erfährt gerade das nicht, was ihm wenigstens eine Stunde am Band vermitteln könnte. Vielleicht sieht er genau das Gegenteil der Fabrikrealität. Das Band läuft ungeheuer langsam - ein Eindruck den zum Beispiel ein Punktschweißer verdammt nicht hat -, was wollen die Typen eigentlich, die da dauernd von Akkordhetze reden? Ähnliche Effekte mag sich der Hessische Justizminister ausgerechnet haben. Was bleibt schon vom Vorwurf der Folter, wenn Leute durch ein Gefängnis laufen und niemanden schreien hören. Ein ausländischer Gefangener hatte das genau kapiert, als er den ersten, der in seine Zelle kam, fragte: "He, du Tourist?"

Die wirklichen Verhältnisse in Preungesheim: Die übereinanderliegenden Spazierhöfe für jedes Stockwerk, rundum Beton mit einem schmalen Spalt, der ein bißchen Himmel sehen läßt, die sechs Käfige in jedem Aufzug, die totale Abschirmung von außen (überall wo Fenster sein könnten, sind Glasbausteine gemauert), die Betonblenden vor jedem Zellenfenster, die Beruhigungszellen, werden erst dann als wirkliche Verhältnisse begriffen, wenn man sich vorstellt, daß sie benutzt werden, um Menschen über Monate zu "verwahren". Folter ist dabei niemals die Blende, der Käfig oder der Spaziergang in der Tiefgarage. Folter sind die einzelnen sadistischen Einfälle zusammengenommen, Folter ist der ganze Betrieb und die anonyme Selbstverständlichkeit, mit der er dem Gefangenen gegenübertritt, verkleidet zudem ins Gewand technischer Modernität, um jede Ahnung davon abzutöten, daß das, was hier geschieht etwas anderes ist, als ein Na-

turereignis: Unmenschliche Gewalttätigkeit, die noch jede Spur von Auflehnung damit bestraft, daß sie ihre Grundlosigkeit nachweist.

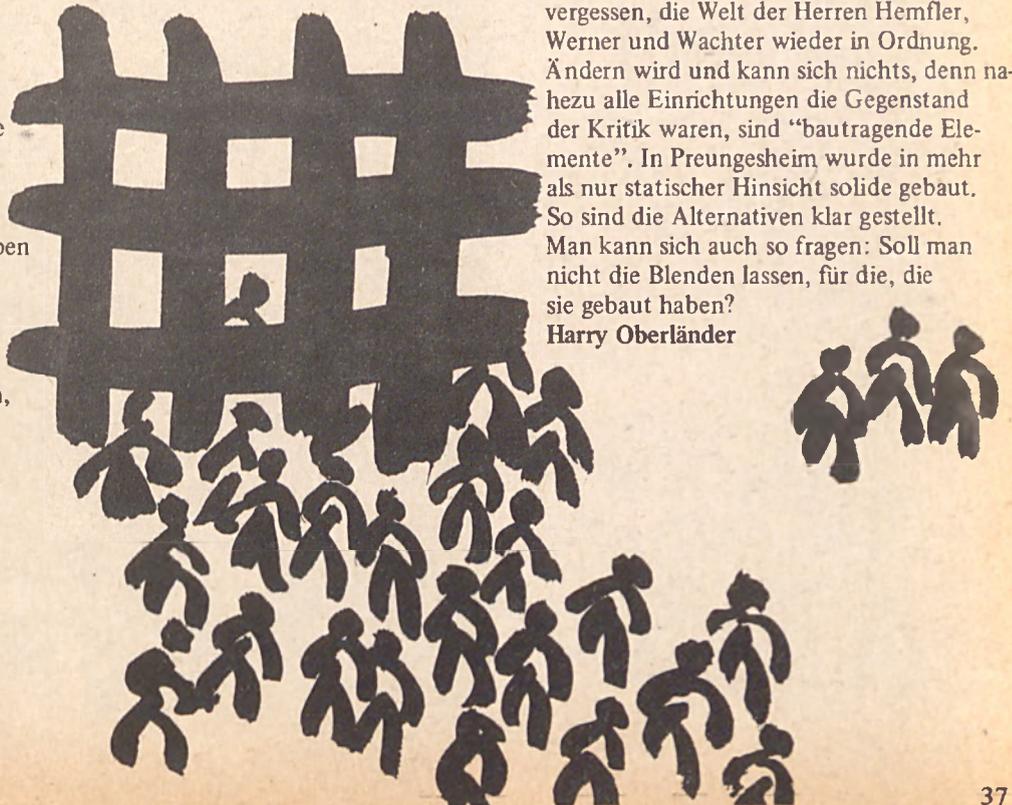
Kaum in Betrieb, hat es in dieser Haftanstalt zwei Selbstmordversuche gegeben. Der Gefangene, der in der Beruhigungszelle die Glühbirne herausschraubte und die Scherben aß, wird kaum sagen können, er habe das wegen der Käfige, wegen der Blende getan. Seine Verzweiflung fällt auf ihn selbst zurück. In einer Gesellschaft, in der als verrückt gilt, wem die Darstellung seiner Krankheitssymptome im Rahmen der vorgegebenen Möglichkeiten nicht gelingt, ist es allerdings nur logisch, daß der Gefolterte sein Leid nicht dem zuschreibt, der es hervorruft, sondern seiner Unfähigkeit, es zu ertragen.

So blind, wie das Bewußtsein der Opfer werden soll, ist von vorneherein das der Täter beschaffen. Sie sind - in ihrer subjektiven Überzeugung - alles andere als Folterknechte. Die Sichtblenden ... aber ja, denn wer wegen Verdunklungsgefahr sitzt, darf sich nicht durch Zurufe mit der Außenwelt in Verbindung setzen. Die Käfige ... selbstverständlich, denn was könnte die Wärter besser schützen. Die Spazierhöfe ... der reinste aller Sachzwänge, kurze Wege zu den Zellen, keine Zugluft und bei jedem Wetter benutzbar. Das alles, natürlich, ist "Übelzufuhr" (Staatssekretär Werner), was kann Haft denn auch anderes sein. Und was die Ernährung der Häftlinge angeht, die sich darüber beschwerten, daß sie zum Frühstück nur Schwarzbrot mit Marmelade erhalten, "der Gefangene bekommt genügend Eiweißträger verabreicht." Die Substanz der unantastbaren "Würde des Menschen" zeigt sich im Knast, wie sie immer schon gemeint war: Existenzminimum abstrakt menschlicher Materie.

Der Bunker von Preungesheim ist bezogen, die Begehung vorbei, daß Presseecho kritisch aber konstruktiv und bald vergessen, die Welt der Herren Hemfler, Werner und Wachter wieder in Ordnung. Ändern wird und kann sich nichts, denn nahezu alle Einrichtungen die Gegenstand der Kritik waren, sind "bautragende Elemente". In Preungesheim wurde in mehr als nur statischer Hinsicht solide gebaut. So sind die Alternativen klar gestellt. Man kann sich auch so fragen: Soll man nicht die Blenden lassen, für die, die sie gebaut haben?

Harry Oberländer

**Haft:
Nackte
Gewalt!**





Die Reise des Bundeskanzlers, der "im Sturm die Herzen der Israelis erobert hat" (FR), wird in der westdeutschen Öffentlichkeit als Erfolg gefeiert — wie jede Reise Willy Brandts. Doch beinahe noch hätte eine Strumböe, die den Kanzlerhubschrauber bei der Landung auf der Bergfestung Massada erfaßte, eine Katastrophe verursacht. Massada gilt als Symbol der zionistischen "Militant-nationalistischen Einstellung" (Der Spiegel). Brandt, als er kurz vorm Abgrund zum Toten Meer aus der Maschine stolperte: "Ich bin froh, daß ich hier bin". Immer wieder wurde auf den "symbolischen Charakter" dieser Reise hingewiesen. Den hatte sie in der Tat. Denn Willy Brandt reiste nicht nur in ein Land, dessen Menschen von den Nazi-Faschisten millionenweise umgebracht und vergast worden sind; er reiste auch in ein Land, dessen Existenz sich auf die Vertreibung und Unterdrückung von Millionen von Palästinensern gründet und das sein Territorium in mehreren blutigen Kriegen auf

Kosten der arabischen Staaten vergrößerte. Die Nachfolger Nazideutschlands, die westdeutsche Industrie und der Staat der Bundesrepublik, wurden bereits wenige Jahre nach Auschwitz, Buchenwald, Dachau... zur Hauptstütze des Zionismus. Die deutsch-israelischen Beziehungen gehen zurück auf die Unterzeichnung des Wiedergutmachungsabkommens im September 1952, das Israel zunächst einen Betrag von 3 Millionen DM in Form von Krediten und Warenlieferungen zusicherte. Insgesamt zahlte Bonn 64 Milliarden DM an individueller und kollektiver Wiedergutmachung, die nach Abwicklung der laufenden Zahlungen eine Summe von 80 Milliarden DM erreichen wird. (NZZ 8.6.73). Nutznießer dieser Zahlungen waren aber zunächst nicht die einzelnen durch den Faschismus geschädigten Juden, sondern der Staat Israel, der durch die Bonner Finanzspritzen überhaupt erst lebensfähig gemacht wurde. Andererseits machte die deutsche Industrie, die in ihren maßgeblichen Kreisen zu den damaligen Verfolgern der jetzt Entschädigten gehörte, als einer der Hauptlieferanten israelischer Importe ein glänzendes Geschäft. Schon 1952 hatte die BRD für fast 3,5 Milliarden DM Waren und Dienstleistungen nach Israel geliefert: Anlagen für die Grundindustrie, Schiffe usw. Mehr als eine

Brandt in Israel.

Milliarde zahlte Bonn für Öllieferungen britischer Konzerne an Israel. (Der Spiegel, Nr. 16, 66) Als Adenauer und Ben Gurion sich im März 1966 in New York trafen, wurde nicht nur ein neuer Zwei-Milliarden-DM-Kredit, der an die Wiedergutmachungszahlungen anschließen sollte, vereinbart, sondern auch – in geheimen Verhandlungen – die Lieferung deutscher Waffen an Israel. Die USA, die es wegen ihrer Ölinteressen vermeiden wollten, die arabischen Staaten durch allzu große Finanzspritzen und durch militärische Unterstützung für Israel zu verprellen, hatten die Israelis an die wirtschaftlich aufstrebende Bundesrepublik verwiesen, zumal sich diese von einer Normalisierung des Verhältnisses zu Israel internationale Anerkennung erhoffte. Die Aufnahme der Waffenlieferungen wurde der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zunächst verschwiegen. Auch die im Bundestag vertretenen Parteien wurden erst unterrichtet, nachdem die Lieferungen schon begonnen hatten. Diese waren unter äußerster Geheimhaltung erfolgt, und diesbezügliche Pressemeldungen von beiden Seiten regelmäßig dementiert. Die Öffentlichkeit erhielt erst 1963 Kenntnis über Abkommen und Umfang der Waffenlieferungen. Dazu erklärte der damalige Pressesprecher von Hase, daß der "Komplex" Israel nicht nur deshalb ein Sonderfall sei, weil die Bundesregierung hier bewußt von dem Grundsatz abweiche, keine Militärhilfe in Spannungsgebiete zu liefern, sondern auch, weil Israel hinsichtlich der Größenordnung des Militärprogramms weit über demjenigen aller übrigen Militärhilfeempfänger läge. Das Gesamtvolumen der Militärhilfeleistungen war auf 320 Millionen DM veranschlagt worden (Vgl. Albrecht, U., Sommer B.A., S. 112–116). Das Bekanntwerden der Waffenlieferungen an Israel hatte

auf arabischer Seite damals heftige Proteste ausgelöst. Erst als Kairo im Herbst 1964 den Staatsbesuch Walter Ulbrichts ankündigte, bot die Bundesregierung die Einstellung der Waffenlieferungen an, weil sie befürchtete, die arabischen Staaten würden die Beziehungen abbrechen und die DDR anerkennen, was später freilich auch geschah.

Bei Unterbrechung des Militärhilfeprogramms waren bereits Lieferungen über 240 Mill. DM abgewickelt (50 Flugzeuge einschließlich Düsentrainer, 150 Panzer, Panzerabwehrraketen, Haubitzen, Kraftfahrzeuge, Hubschrauber, Waffen und Munition). Kurz darauf jedoch setzte die Bundesregierung unter dem Druck der USA das Militärhilfeprogramm fort und lieferte kurz darauf über 300 Flak- und rückstoßfreie Geschütze unterschiedlichen Kalibers, über 50 Flugzeuge Noratlas, und Aufklärungsflugzeuge, 200 Panzer amerikanischer Bauart, ebenso Hubschrauber, Truppenfahrzeuge, Kanonen. Schnell- und Küstenunterseeboote sowie eine unbestimmte Zahl von Leopardpanzern. (ebd.) Außerdem erhielt Israel bis 1972 über 1,1 Milliarde DM Entwicklungshilfe in Form von Kapitalhilfedarlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die für die militärische, wirtschaftliche und





Palästina



Israel 1947



Israel 1948



Israel 1967

soziale Infrastruktur verwendet wurden. (KfW., Geschäftsber. 1972, S.77) Acht Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der BRD – damals hatten die arabischen Länder ihre Botschafter aus Bonn zurückgezogen – sind auch die Beziehungen zu einem Teil der arabischen Länder wieder „normalisiert“ worden. Die BRD gewährt auch den Arabern Entwicklungshilfe, schickt technisches Personal, intensiviert den Handel, vor allem den Import von Erdöl und den Export von Maschinen, Autos und Elektrogeräten. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wird eine „Strategie“ für den gesamten Mittelmeerraum erarbeitet; eine derartige Strategie hat freilich auch die NATO. EWG-Verträge wurden mit allen Uferstaaten des Mittelmeers, ausgenommen Albanien, abgeschlossen oder vorbereitet.

Die Bundesregierung bezeichnet ihre Nah-Ostpolitik als „ausgewogen“. Kurz vor Brandts Israel-Reise besuchte deshalb Außenminister Scheel Ägypten, Jordanien und den Libanon, kündigte die Bundesregierung Willy Brandts Besuch in Kairo für das kommende Jahr an. Diese Schaukelpolitik freilich ist nicht neu. Denn schon während die Bundesregierung die Waffenlieferungen an Israel ein übers andere Mal dementierte, wurden an Kairo heimlich Kredite gewährt. Erst 1970 enthielt die westdeutsche Presse,

daß Bonn bis dahin die Hälfte seiner Ägypten-Kredite der Öffentlichkeit verschwiegen hatte. (Vgl. FAZ 7.7.70) Der Grund: „die schicksalhafte Verkettung mit dem arabischen Erdöl“. (NZZ 29.3.70) Deshalb Bonns „Vorgehen im Gleichschritt“, um „keiner Seite Grund zu geben, sich benachteiligt zu fühlen“ (NZZ 8.6.73) Diese ausgewogene Politik allerdings erfolgt vor dem Hintergrund konkreter Interessen: an der Stärke Israels – als militärischer Supermacht und damit als Garant für die Aufrechterhaltung des Status quo im Nahen Osten – und am arabischen Öl, ohne das die Energieversorgung von Wirtschaft und Militär von Europa bis Südostasien zusammenbrechen würde. Die ausgewogene Politik freilich gilt nicht für die Palästinenser, die der Zionismus von ihrem Territorium vertrieben hat und denen seither selbst das Recht auf Selbstbestimmung verweigert wird, gegen die in regelmäßigen Abständen von den reaktionären arabischen Staaten Vernichtungsfeldzüge gestartet werden und die im vergangenen Jahr in großer Zahl von der sozial-liberalen Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst in Nacht- und Nebel-Aktionen aus der BRD ausgewiesen wurden. Ausgewogene Politik? Wenn man darunter die Anpassung mal hier und mal dort versteht, dann ist sie das in der Tat.

Brigitte Heinrich

Israel festigt seine Herrschaft über das besetzte arabische Territorium durch systematische Besiedlung.

Die Führung der in Israel regierenden Arbeiterpartei hat offiziell einen Plan gebilligt, der die Schaffung weiterer israelischer Siedlungen und von Industrieanlagen in den besetzten arabischen Gebieten vorsieht. Dieser Plan soll Teil des Programms der Arbeiterpartei für die Parlamentswahlen im Oktober werden.

Offizielles Ziel des Projekts ist es, den Lebensstandard in den besetzten Gebieten zu heben. Seine Verwirklichung wird jedoch nach allgemeiner Ansicht den Griff Israels nach den besetzten arabischen Territorien weiter verstärken. Zum Einwand, dieses Vorhaben werde die Aussichten auf einen Frieden mit den Arabern verringern, erklärte Ministerpräsidentin Golda Meir: „Wo sind die Stimmen für Frieden? Wir warten auf Frieden.“

Staatsminister Israel Galili

erläuterte den Plan mit den Worten, er bedeute nicht einen radikalen Kurswechsel der gegenwärtigen Politik, „da wir die einzige Regierung in diesen Territorien, zumindest bis der Friede unterzeichnet ist, sind, müssen wir für Leistungen in diesen Gebieten sorgen“.

Das Projekt sieht unter anderem die Errichtung einer Hafenstadt namens Yamit in der Nähe des Gaza-Streifens und zusätzliche israelische Siedlungen zu den bisher schon in den Besatzungsgebieten geschaffenen 42 Orten vor. Das israelische Kabinett hatte bereits 200 Hektar Land im besetzten Westjordanien als Standort eines Industriezentrums bestimmt.

Das jetzt gebilligte Dokument ist ein Kompromiß zwischen den Standpunkten von Verteidigungsminister Moshe Dayan und der gemäßigeren Minister.

In dem Dokument ist eine 300-Millionen-Dollar-Hilfe für die Eingliederung der palästinensischen Flüchtlinge sowie den Ausbau von Jerusalem vorgesehen. Ein weiterer Punkt des Programms sieht private und staatliche israelische Landkäufe in den besetzten Gebieten vor. Die prinzipielle Erlaubnis privater Landkäufe, die allerdings unter Regierungskontrolle erfolgen sollen, war die Bedingung, die Dayan für sein Verbleiben in der Partei gestellt hat.

Frankfurter Rundschau

Ligue Communiste vom französischen Ministerrat verboten!

„Die Welt von heute wird geprägt von einem grundlegenden Trend zur Tyrannei. Wir dienen gänzlich der Wahrung der Freiheit. Die Verteidigung der Freiheit erfordert Festigkeit.“

Mit diesen Worten versuchte Georges Pompidou, französischer Präsident und Erbe des Gaullismus, die Aufhebung eines der grundlegendsten demokratischen Rechte zu legitimieren, das Recht der Organisationsfreiheit. Am 28. Juni verbot der französische Ministerrat die Ligue Communiste. Am gleichen Tag wurde der Befehl gegeben, führende Mitglieder der Ligue verhaften.

Wer ist die Ligue Communiste?

Die Ligue Communiste, französische Sektion der IV. Internationale wurde im April 1969 gegründet. Sie entstand aus einer Fusion der Parti Communiste Internationaliste, der früheren französischen Sektion der IV. Internationale, der Jeunesse Communiste Révolutionnaire (JCR) und unorganisierten Genossen, die den Aufstand im Mai-Juni 68 mitgemacht hatten. Diese neue Organisation war das Ergebnis eines Klärungsprozesses innerhalb der „Cercles Rouges“, die sich um Zeitung „Rouge“ gebildet hatten.

Sehr bald nach ihrer Gründung wurde die Ligue national bekannt durch die Präsidentschaftskandidatur von Alain Krivine. Krivine erhielt fast 200 000 Stimmen.

Seit dieser Zeit war die Ligue in der vordersten Reihe aller wichtigen Kämpfe in Frankreich – von der Schüler- und Studentenbewegung bis zum Kampf gegen die Repression:

1970 als die Francodiktatur 6 Mitglieder der ETA im sog. Burgos-Prozeß zum Tode verurteilte, spielte die LC eine wichtige Rolle im Rahmen der internationalen Solidaritätskampagne.

1972 als der Werkschutz von Renault den maolistischen Arbeiter Pierre Overney ermordete, organisierte die LC massive Solidaritätsaktionen.

Auch der Aufbau der FSI (Front de Solidarité Indochine) ist im wesentlichen der Ligue zu verdanken.

Zu Beginn diesen Jahres trug die Ligue dazu bei, den massiven Kampf der Schüler zu organisieren, der sich von einer Protestbewegung gegen das Debré-Gesetz sehr

schnell zu einer allgemeinen Antimilitarismusbewegung ausdehnte.

Zur Zeit versucht sie sich eine Basis in der Arbeiterklasse zu schaffen.

Bei den Parlamentswahlen in diesem Jahr beteiligte sich die Ligue mit Lutte Ouvrière, einer anderen Gruppe der extremen Linken. Zusammen stellten sie 259 Kandidaten auf und erhielten etwa 300 000 Stimmen.

Die Rolle der faschistischen „Ordre Nouveau“

Durch das gleichzeitige Verbot der neofaschistischen Organisation „Ordre Nouveau“ (neue Ordnung) und der Ligue Communiste versucht die französische Regierung, sich den Anschein der Gerechtigkeit und demokratischen Ausgewogenheit zu geben. Es gibt allerdings keinen Grund, anzunehmen, daß die „besondere Beziehung“ des französischen Regimes zu den Faschisten damit beendet ist. Vielmehr bildet diese spezifische Beziehung bereits den Hintergrund der Ereignisse vom 21. Juni, die zum Verbot der Ligue Communiste führten.

„Ordre Nouveau“ hatte seit einiger Zeit versucht, eine rassistische Kampagne gegen ausländische, vor allem nordafrikanische Arbeiter zu führen, brutale Überfälle eingeschlossen. Ein Bestandteil war die am 21. Juni angesetzte Massenkundgebung im Pariser Quartier Latin.

Angesichts der Inaktivität der Regierung, die nichts tat, um diese illegale, rassistische Veranstaltung zu unterbinden, organisierten diverse Organisationen der extremen Linken eine Gegendemonstration. Andere linke Organisationen forderten die Regierung auf, die Veranstaltung der Faschisten zu verbieten.

Doch die Regierung dachte nicht daran. Im Gegenteil. Unter den Augen der französischen Polizei ging Ordre Nouveau ihrer routinemäßigen Vorbereitung der Veranstaltung nach. Am Morgen des 21. Juni begannen sie, in LKW Waffen zur Mutualité zu bringen. Die Polizei sah zu, wie die Halle in eine waffenstarrende Festung der faschistischen Schläger verwandelt wurde und diente als Flankenschutz.

Mehr als 2000 Polizisten waren aufgeboten, um 500 Faschisten gegen 2000

Gegendemonstranten zu verteidigen. Ab 20 Uhr begannen Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten; die Angriffe der Polizei gewannen schnell an Intensität. Die Kämpfe breiteten sich während vier Stunden im ganzen Quartier Latin aus. Es ereigneten sich Zwischenfälle, die eindeutig nicht unter Kontrolle der Organisatoren der Demonstration standen. 16 Polizisten mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden. Die liberale Tageszeitung „Le Monde“ berichtete am 23. Juni, daß 50 Demonstranten festgenommen wurden. Gegen 21 wurde Anklage erhoben. Vier antifaschistische Demonstranten (drei davon Araber) wurden wegen Waffenbesitzes belangt..., nämlich Steine geworfen zu haben. Gegen Faschisten wurden, meist wegen Besitzes von Molotovcocktails und Eisenstangen, Strafen von dreißig Tagen bis zu zwei Monaten verhängt, der größte Teil auf Bewährung. Alain Robert, Führer der Ordre Nouveau, wurde in deren Hauptquartier festgenommen, aber wieder freigelassen.

Am frühen Morgen des 22. Juni erschienen 700 Polizisten vor dem Büro der Ligue Communiste, durchsuchten und verwüsteten das Gebäude, den Buchladen, zertrümmerten Schreibmaschinen etc. Die anwesenden Genossen, die sich dort routinemäßig zum Schutz gegen Überfälle der Faschisten aufhielten, wurden festgenommen. Von ihnen ist bis heute noch Pierre Rousset in Haft.

Reaktionen auf die Zwischenfälle.

Am 22. Juni veröffentlichte die linkssozialistische Parti Socialiste Unifié (PSU) ein Communiqué, in dem sie die Komplizenschaft des Regimes und der Faschisten anprangerte. Die PSU stellt gleichzeitig ihr Büro für eine Pressekonferenz der Ligue zur Verfügung. Alain Krivine, Präsidentschaftskandidat der LC im Jahre 69, bemerkte dort u.a., daß es ihn wundere, daß die Polizei bei ihrem gesetzwidrigen Vorgehen im Büro der Ligue keine Maschinengewehre und Panzer gefunden hätte... Ein Vertreter der CFDT, dem zweitgrößten (ehemals christlichen) Gewerkschaftsverband Frankreichs nahm gleichzeitig gegen die Provokation der Faschisten Stellung.

Kurze Zeit später äußerten sich im gleichen Sinne die SNES, die Gewerkschaft der Sekundarschullehrer und die „Bewe-

gung gegen Rassismus, Antisemitismus und für den Frieden". Bemerkenswert waren auch die Stellungnahmen der "Humanité", der Zeitung der Kommunistischen Partei, die sich das erste Mal mit Organisationen der extremen Linken solidarisierte. Überflüssig zu erwähnen, daß sich die revolutionäre Linke geschlossen mit der LC solidarisierte.

Selbst die verschiedenen Stellungnahmen der gewerkschaftlichen Organisationen der Polizeibeamten wandten sich gegen die Regierung. Die Polizeiförderung der CGT, der größten kommunistisch geführten Gewerkschaft Frankreichs, erklärte, sie "verurteile die Angriffe und Aggressionen, die durch gewisse Gruppen und Individuen begangen wurden..., aber sie macht geltend, daß die Regierung in Bezug auf diese Angriffe große Verantwortung dadurch trägt, daß sie es ermöglichte, daß eine Demonstration eines faschistischen Grüppchens stattfinden konnte."

Ähnlich lauteten die Stellungnahmen der in der CFDT organisierten Polizisten. Lediglich Gérard Monatte, Sekretär der autonomen Polizeigewerkschaften verurteilt eindeutig die antifaschistischen Demonstranten. Seine Erklärung wurde von der Ligue am 23. Juni mit einem offenen Brief beantwortet, der hervorhob, daß die Führung der Polizei offensichtlich bewußt konfuse Befehle gegeben hatte, um die Polizei zu einem gefügigeren Werkzeug der Politik der Repression zu machen.

Dieser Brief und weitere Einzelheiten der Zwischenfälle am 21. Juni bewirkten, daß Monatte seine Position änderte, was die Opposition gegen die Regierungspolitik innerhalb der Polizei wesentlich ermutigte.

"Le Monde" vom 30. Juni berichtete, daß verschiedene Organisationen der Pariser Polizei feststellten, daß sie sicher seien, die Zwischenfälle seien keine Zufallsprodukte gewesen. Es hätte zu viele widersprüchliche Befehle, falsche Berichte usw. gegeben. Diese Stimmung in der französischen Polizei machte Schlagzeilen, als Marcellin einen schwerverletzten Polizisten im Krankenhaus besuchte, und dieser ihn ein wenig unerwartet mit den Worten begrüßte: "Herr Minister, sie sehen ein Opfer ihrer Politik vor sich."

Am 24. Juni forderte der Führer der Ordre Nouveau, Alain Robert, das Verbot der Ligue Communiste und die Verhaftung Alain Krivins unter dem "Anti-Terroristen-Gesetz". Der französische Ministerrat kam dieser Forderung am 28. Juni nach.

Noch am 28. Juni veröffentlichte die Ligue Communiste eine Erklärung:

ERKLÄRUNG

Nicht damit zufrieden, dafür gesorgt zu haben, daß ihre Polizisten verprügelt worden sind, hat die Regierung Pompidou nun beschlossen, ihre Gefängnisse zu öffnen.

Mit Mühe und Not im März wiedergewählt, angesichts des Aufschwungs der Kämpfe beunruhigt, durch zahlreiche Skandale diskreditiert, ist sie unfähig, die Forderungen und Wünsche der Arbeiter und der Jugend anders als mit der Sprache des Gummiknüppels zu beantworten.

Heute verbietet diese Regierung von Spitzeln und Polizisten die Ligue Communiste. Hinter dem Vorwand der antifaschistischen Demonstrationen vom 21. Juni steckt etwas anderes, ein eindeutiges Ziel: Die Regierung will die Ligue Communiste für ihre wachsende Rolle in den Arbeiterkämpfen, in den Mobilisierungen der Jugend und in den antimilitaristischen Aktionen bezahlen lassen. Für Revolutionäre ist diese Brutalität von Seiten der Regierung eine Art Ehrung.

Aber nicht allein die Ligue Communiste ist das Ziel der Repression, selbst wenn sie es ist, die heute von der Staatsgewalt attackiert wird.

Diese Repression richtet sich gegen alle Arbeiter: Nach dem Versuch, das berüchtigte "Anti-Terroristen-Gesetz" gegen gewerkschaftliche Militante bei Berliet anzuwenden, nach den Angriffen der Polizei gegen die Streikenden von Ros und Besancon, nach der vollkommen ungestraft gebliebenen Intervention eines faschistischen Schergenkommandos gegen die Streikposten von Peugeot-St. Etienne, nach der Nominierung von Bigeard, dem Folterspezialisten aus der Zeit des Algerienkriegs, auf den Posten eines Militärkommandanten der Pariser Region, nach dem Abhören von Telefonen und nach der Knebelung von Theateraufführungen... ist die Auflösung der Ligue Communiste ein weiterer Schritt in der Eskalation einer noch weiter gehenden Repression.

Deshalb richten wir einen feierlichen Appell an alle Organisationen der Arbeiterbewegung, an alle Demokraten, an alle die, welche entrüstet sind über die Gleichstellung zwischen Nazilehrlingen und denen, die jene bekämpfen, indem man so tut, als ob man die einen bestrafen würde, um dadurch die anderen um so besser unterdrücken zu können.

Notwendig ist eine sofortige Antwort! Eine Massenkampagne auf der Ebene einer breitestmöglichen Einheit muß begonnen werden, um die Aufhebung dieser Maßnahmen durchzusetzen!

Die Bourgeoisie möge wissen: Dieser verruchte Erlaß wird vielleicht einige Gefängniszellen füllen, aber er wird nicht tausende von Revolutionären daran hindern können, weiterhin zu denken und zu handeln. Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist es der bürgerlichen Repression und dem stalinistischen Terror nicht gelungen, die trotzkistische Bewegung zu vernichten. Und einem Marcellin wird dies heute sogar nicht gelingen. Der Wind des Mai 1968 weht zu stark in der Arbeiterklasse und in der Jugend.

Gegen dieses Ausbeuter- und Unterdrückerregime! Für die sozialistische Weltrevolution! Das ist nur ein Anfang – setzen wir den Kampf fort!

Alain Krivine

Die Haltung der KPF und der Parti Socialiste.

Das Politische Büro der Kommunistischen Partei hielt eine Sondersitzung zum Verbot der LC ab und veröffentlichte am 28. Juni eine Solidaritätserklärung. Sie wendet sich darin gegen "die Pläne der Herrschenden, die darauf abzielen, den autoritären Charakter ihrer Politik zu intensivieren und ihre Versuche, einen Ausweg aus ihren Schwierigkeiten zu finden," und erklärte, "der Kampf für die Verteidigung und Ausweitung der Freiheit müsse sich weiterentwickeln."

Berücksichtigt man, daß die KPF noch vor wenigen Jahren von Rechts- und Linksfaschisten gesprochen hatte, kann man erst ermesen, wie sensationell diese Erklärung ist. Inzwischen haben die KPF und ihre Jugendorganisation allein in Paris mehrere 100 000 Flugblätter zur Verteidigung der Ligue verteilt.

Die Haltung der sozialdemokratischen Parti Socialiste war ebenso eindeutig. Sie stellte der Ligue ihr Büro für eine Pressekonferenz zur Verfügung, an der Francois Mitterand sich beteiligte. Die Polizei, die an der Türe wartete, wagte es nicht, Alain Krivine zu verhaften. Offensichtlich befürchtete sie, Mitterand ebenfalls festnehmen zu müssen. Diese Geste verfehlte in der Öffentlichkeit nicht ihre Wirkung.

Damit ist einer der bedeutendsten Posten in der Rechnung der französischen Regierung gescheitert. Die gesamte französische Arbeiterbewegung verteidigt die Ligue Communiste, sehr zum Mißvergnügen Marcellins, der damit offensichtlich nicht gerechnet hatte.

Organisierung der Solidarität.

Am 4. Juli veranstaltete die Liga für die Menschenrechte eine Solidaritätsveranstaltung in Paris, an der über 10 000 Personen teilnahmen. Alle Organisationen der Arbeiterbewegung beteiligten sich daran. In einer ganzen Reihe von Städten fanden Aktionen statt. Anfang Oktober, gleich nach den Ferien, ist eine Massendemonstration in Paris geplant.

Daneben ist ein nationales Komitee zur Verteidigung der Ligue gebildet worden, dessen Aufruf bereits über 500 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterschrieben haben, darunter Alain Geismar, Jean Chesnaux, J.P. Sartre, Simone de Beauvoir, Michel Rocard, Michel Paccoli, J. Greco, Yves Montand. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

AUFRUF

Die Regierung wollte dadurch, daß sie gleichzeitig mit der Ligue Communiste auch Ordre Nouveau aufgelöst hat und indem sie beide Organisationen auf die gleiche Ebene gestellt hat, der Öffentlichkeit einreden, daß diese Maßnahme den Wünschen und Forderungen eines großen Teils der öffentlichen Meinung entspreche.

Sie will politische Militante, Führer der Ligue Communiste, vor den Staatssicherheitshof bringen oder sie wegen "Mordversuchs" und auf der Grundlage des "Anti-Casseurs"-Gesetzes verfolgen.

Wir betrachten es als unsere Pflicht, scharf gegen diese Maßnahmen zu protestieren. Wenn die Regierung wirklich Ordre Nouveau, eine rassistische und neonazistische Organisation, treffen wollte, dann hätte es genügt, das Gesetz vom Juli 1972 anzuwenden, das alle rassistischen Aktivitäten und jede Aufstachelung zum Rassenhaß verbietet. Weit davon entfernt dies zu tun, beruft sie sich auf ein Gesetz von 1936, um ein skandalöses Amalgam herzustellen, mit dem Ziel, eine oppositio-

nelle Organisation wegen ihrer letzten politischen Kampagnen zu verbieten.

Der Gipfel der Heuchelei ist es, wenn der Erlaß, der die Auflösung der Ligue Communiste verfügt, es unterläßt – und nicht ohne Grund –, das Ziel der Gegen-demonstration vom 21. Juni zu erwähnen: Ordre Nouveau daran zu hindern, mitten in Paris eine öffentliche Veranstaltung durchzuführen, deren erklärtes Ziel es war, Haß und Verachtung gegenüber den ausländischen Arbeitern zu predigen und eine rassistische Kampagne zu organisieren, wofür die Ereignisse von Grasse nur ein Beispiel sind.

Wir sind keine Toren: die Auflösung der Ligue Communiste bedeutet einen aussergewöhnlich bedeutenden Wendepunkt, eine Provokation gegenüber der Öffentlichkeit und eine Bedrohung für die Gesamtheit der Freiheiten.

Wir fordern:

1. Die Zurücknahme des Erlasses zur Auflösung der Ligue Communiste
2. Die Niederschlagung aller Verfahren gegen Führer und Militante der Ligue Communiste und gegen alle, die aufgrund der Ereignisse vom 21. Juni gerichtlich verfolgt werden.

3. Die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und besonders von Pierre Rousset und Alain Krivine.

Um den Kampf zu beginnen und um der Repression zu begegnen, rufen wir auf zur Bildung eines nationalen Komitees auf der Basis dieses Aufrufs.

Solidarität mit dem Aufruf!

In verschiedenen Ländern haben bereits zahlreiche Demonstrationen stattgefunden. Eine ganze Reihe bereits in der BRD, u.a. in Bonn, Frankfurt und Berlin. Mehr Solidarität ist notwendig. Inwieweit das Verbot der LC endgültig durchgesetzt wird, hängt von der Intensität der Protestbewegung ab, national und international. Wir fordern alle Organisationen und Einzelpersonen auf, Erklärungen im Sinne des zitierten Aufrufs an folgende Adresse zu senden:

M.F. Kahn, franz. Botschaft
15, rue Clere PARIS 7^e
Gruppe Internationaler Marxisten (GIM)

bockenheimer bücherwarte

direkt an der Universität
Bockenheimer Landstraße 142a
Telefon 7710 88/89

Ihre Buchhandlung für Universitätswissenschaften bietet Ihnen auch ständig neue Bücher aus dem Ausland und aktuelle Literatur

Mit Juan Perón zum Sozialismus?



Die bürgerliche Presse und die von ihr zitierten "politischen Beobachter" rästelten über das, was nach dem Wahlsieg der Peronisten in Argentinien vorgeht. Man tappt im Dunkeln, und das nicht nur wegen der in Buenos Aires verhängten Stromsperrungen.

Perón, das ist für viele ein südamerikanischer "Führer", der sich in faschistoidem Personenkult sonnt und unter dessen Regierung gehetzte Nazi-Größen Zuflucht fanden. Perón, das ist aber auch ein zunehmend rotes Tuch für den Bayern-Kurier, das ist das Idol der stärksten Lateinamerikanischen Arbeiterbewegung, das gilt zwischen Feuerland und Rio de la Plata als Synonym für sozialen Fortschritt für die Massen, das ist ein Etikett der sich gegen Brasilien und die USA richtenden antiimperialistischen Gruppierung südamerikanischer Staaten (von Panama, Ecuador, Trinidad und Argentinien über Peru, Chile und Guyana bis Cuba). Peronistisch sind in Argentinien die Gruppen und Organisationen, die aktiv die Macht der Monopole bekämpfen; peronistisch ist die Stadtguerilla, peronistisch sind die Gewerkschaften. Perón Faschist? Perón Arbeiterführer? Zu einer differenzierten Einschätzung des Peronismus will der folgende Artikel beitragen.

Zum Verständnis der Entwicklung Argentinien ist dabei neben Struktur und Problematik des Peronismus vor allem aufzuheben, wieso die Militärs freiwillig die Halthebel der Macht aus den Händen legten, während in allen anderen südamerikanischen Republiken die Militärs immer heftiger zur Macht drängen, dabei aber mit durchaus unterschiedlicher Zielrichtung, wenn man an Peru oder Brasilien denkt. Während Politik in Lateinamerika immer unmittelbarer durch die Militärs bestimmt wird, während selbst in Allendes Regierung Schlüsselpositionen Generälen (zumindest zeitweise) überlassen werden, ziehen sich die argentinischen Gorillas nach fast 20-jähriger Herrschaft kampfflos in ihre Kasernen zurück. Für wie lange?

Argentinien, einst am weitesten entwickeltes Land Lateinamerikas mit einem Europa durchaus vergleichbaren Niveau, geriet nach dem 2. Weltkrieg zunehmend in wirtschaftliche Stagnation. Das Volkseinkommen wuchs nicht mehr, zeitweise schrumpfte das Sozialprodukt, lediglich die Preise steigen immer rascher und erreichten schließlich die gigantische Inflationsrate von 100%. Argentinien sank ab auf das wirtschaftliche Niveau seiner verarmten Nachbarn, die es bald zu überholen began-

nen. Argentinien einst führende Rolle in Lateinamerika ist im Zuge des aggressiven Aufschwungs Brasiliens längst zu einer Nebenrolle abgesunken.

Die Verschlechterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, die Hilflosigkeit und Unfähigkeit der Politischen Führung gegenüber einer immer auswegloser werdenden Lage hatten den Ruf nach dem 1955 gestürzten Perón – unter dem die Ärmsten Argentinien, die "Hemdlosen" (descamisados) spürbare soziale und wirtschaftliche Verbesserungen erzielt hatten – immer lauter werden lassen.

Unter Perón hatte Argentinien eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung erhalten; der Anteil der Löhne am Volkseinkommen stieg erheblich, die Arbeiter bauten eine starke gewerkschaftliche Organisation auf. Nach dem Sturz Peróns durch das Militär 1955 wurden alle peronistischen Organisationen verboten, ihr Vermögen beschlagnahmt, Staat, Armee und Wirtschaft gesäubert, Peronisten standrechtlich erschossen. Zwar wurden die (peronistischen) Gewerkschaften nicht verboten, doch ließ die Militärregierung ihre Führer immer wieder verhaften und Streiks für illegal erklären.

Seit Perón gelang es keiner der militärischen oder bürgerlich-autoritären Regierungen, "ihre Versprechungen wirtschaftlichen Fortschritts oder sozialer Reformen auch nur im entferntesten zu verwirklichen" (FAZ). Argentinien erkrankte an permanenter galoppierender Inflation, die Reallöhne sanken und immer wieder erfolglos angesetzte Antiinflationprogramme liefen im Kern stets auf Lohnstopps hinaus, Stabilisierung auf Kosten der Arbeiter, nicht der Preistreiber: so sank zwar die Lohnquote, nicht jedoch die Inflationsrate. Gleichzeitig wuchs die Arbeitslosigkeit, während die Haushaltsdefizite immer größer wurden. Dies weichte die Währung immer weiter auf, so daß 1971 innerhalb eines Vierteljahres dreimal abgewertet werden mußte.

Die wachsende wirtschaftliche und soziale Instabilität klar sehend, begann die Bourgeoisie, aus dem Land, das sie selbst an den Bankrott heruntergewirtschaftet hatte, soviel Geld wie möglich ins Ausland zu schaffen; nach einer Regierungsschätzung von 1972 acht Mrd. Dollar, was den Exporterlösen von drei bis vier Jahren entspricht. War die Lohnquote (Der Anteil der Arbeiter-Einkommen am Volkseinkommen) zur Zeit Peróns auf 47% angehoben worden, so wurde sie unter den

bürgerlich-autoritären Regierungen bis 1970 auf 39% gedrückt, was zwar für die bürgerliche Übersee-Rundschau immer noch die günstigste Einkommensverteilung von ganz Lateinamerika" darstellt, aber die Arbeiter zwang, immer schärfer gegen die Verschlechterung ihrer materiellen Lebensbedingungen zu kämpfen.

Immer wieder zeigten die Gewerkschaften, "daß der Peronismus die stärkste politische Kraft Argentinien ist" (Der Spiegel 42/1964). So wurden im Juni 500 Betriebe von den Arbeitern besetzt. Besonders heftig entbrannten die Klassenkämpfe Ende der 60er Jahre. Im Mai 1969 entwickelte sich im Industriezentrum Cordoba eine breite Streikbewegung, die nur durch den Einsatz panzerbrechender Waffen gegen streikende Eisenbahner und die Eroberung der Stadt durch Fallschirmjäger niedergeschlagen werden konnte. Zahlreiche Arbeiter wurden getötet. Bereits im Juni brachen wieder Unruhen in Cordoba aus, die auch auf Tucuman und Rosario übergriffen. Im September wurde über Rosario der Kriegszustand verhängt, im November riefen die Gewerkschaften zu einem Generalstreik auf. Gegenüber der wohl stärksten und militantesten Arbeiterbewegung Lateinamerikas erwies sich die Ohnmacht der Militärs, die auch mit der Wiedereinführung der Todesstrafe (1970) und einem Gesetz zur Bekämpfung von "innerem Aufbruch, Terrorismus und ähnlichen Aktivitäten" (1971) nicht verhindern konnte, daß die Arbeitskämpfe auch 1970 und 1971 in verschärfter Form weitergingen. Der Panzereinsatz im Mai/Juni 1970 gegen Streikende dokumentierte nur die Ohnmacht der Regierung und die für die Herrschenden immer bedrohlicher werdende Unfähigkeit der Militärs, die sich verschärfenden Konflikte zu regeln und unter Kontrolle zu halten. Die sich immer stärker entwickelnde (ebenfalls peronistische) Stadtguerilla konnte nicht unterdrückt werden.

Die Politik der argentinischen Militärs, mit an Brasilien erinnernden Unterdrückungsmaßnahmen gegen Arbeiter und Gewerkschaften einerseits und staatsinterventionistischen Eingriffen als Zugeständnis an den Antiimperialismus der Massen andererseits, war endgültig gescheitert. Das "Ballett Verführung-Unterdrückung" (Le Monde) mit einzelnen Einlagen des Militärs in Form von Interventionen bei der Regierung zugunsten der Erfüllung gewerkschaftlicher Forderungen blieb ein Mißerfolg. Ein umfassendes Arrangement zunächst mit den Peronisten, dann auch mit

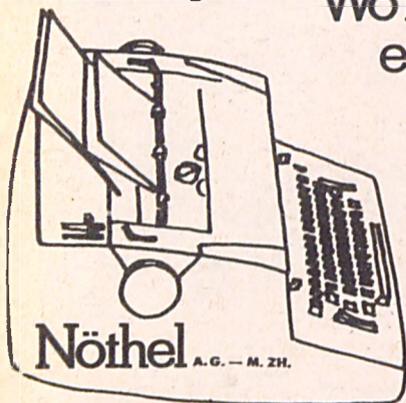
Perón, mußte angestrebt werden. Perón mußte her.

Die materielle Basis des Peronismus in der argentinischen Arbeiterschaft ist einmal die Erinnerung an die arbeiterfreundliche Politik Peróns, zum andern die Erfahrung, daß sich unter den verschiedenen traditionellen Formen bürgerlicher Herrschaft unter militärischen oder parlamentarischen Vorzeichen ihre Lage nur verschlechtert.

Seit dem Putsch von 1955 hat der Peronismus seinen Charakter gewandelt, die Kräfteverhältnisse haben sich nach links verschoben. Innerhalb der Gewerkschaften organisierten sich fortschrittliche Kräfte, revolutionäre Peronisten nahmen den städtischen Guerillakampf auf. Nach dem Sieg der Revolution in Kuba knüpfte Castro im Rahmen der antiimperialistischen Strategie Kontakte zu den Peronisten. Castro lud Perón sogar ein, sein Madrider Exil mit La Habana zu vertauschen. Auch die antirevisionistische Linke Argentiniens vertiefte ihre Beziehungen zu Perón: 1969 besuchte der Guevara-Freund Ricardo Rojo den gestürzten Diktator in seinem Madrider Exil. Perón verheimlichte seine Kontakte und Sympathien für Kuba keineswegs (wie er sich auch nie von der peronistischen Stadtguerilla distanzierte). So sagte Perón über seine politischen Zielvorstellungen: „Wie Fidel das Land befreien, das ist die Lösung“, und erklärte, daß er „nicht zögert, die Revolutionen zu unterstützen, die sich auf dem Kontinent verwirklichen.“ In einem Interview mit einer italienischen Zeitung unterstrich Perón seine Sympathien für die revolutionäre lateinamerikanische „Bewegung der Priester der Dritten Welt“, die ihrerseits im September dieses Jahres beschloß, den Peronismus zu unterstützen, da sie mit ihm im „Sinne der Revolution“, die einen originalen Sozialismus ermöglicht“ zusammenarbeiten könne. Ein Vertreter der Gruppe „Priester der Dritten Welt“, die in den Elendsvierteln arbeiten, teils in die Stadt-

Bei uns bekommen Sie alle Schreibmaschinen. Riesenauswahl, stets Sonderposten. Kein Risiko, da Umtauschrecht – kleine Raten. Fordern Sie unseren Gratiskatalog an.

Wo fehlt eine?



Deutschlands großes Büromaschinenhaus.
34 Göttingen Postfach 601

guerilla integriert sind und von den Militärs brutal verfolgt werden, sagte, daß die Gruppe für eine „revolutionäre peronistische Lösung“ kämpft (Le Monde 21. 5. 1970).

Auch nach der Verjagung Peróns ins spanische Exil blieb die Arbeiterbewegung Argentiniens auf ihn fixiert. Persönliche Emissäre Peróns übermittelten den Daheimgebliebenen seine Entscheidungen in zentralen politischen Fragen. Dennoch mußten die Kämpfe an der Basis von den Arbeitern allein geführt werden. Zwischen den Perón hörigen Spitzenfunktionären und den bewußtesten Teilen der Arbeiterschaft wuchs die Entfremdung. Immer lauter wurde der Ruf nach einer Absetzung des Gewerkschaftsbosses. Schließlich spaltete sich die argentinische Gewerkschaft CGT in die traditionell-peronistische CGT und die linksperonistische „CGT de los Argentinos“. Oder in der Diktion der FAZ: „Die extreme Linke der Peronisten sieht ihre Ziele nicht mehr in der Person des Gründers ihrer Bewegung verkörpert“ (15.4.71).

Aus dem linken Flügel der Peronisten entwickelten sich verschiedene Gruppen, die die Stadtguerilla aufnahmen: Montoneros, FAP und FAR. Obwohl 300 von ihnen inhaftiert wurden, gelang es den Militärs nicht, die Stadtguerilla zu liquidieren. Auch innerhalb der legal arbeitenden peronistischen Sektoren wird der Einfluß der Linken immer stärker. Die Linksperonisten halten eine Umgestaltung der argentinischen Gesellschaft über Wahlen auch aufgrund der widersprüchlichen Struktur des Peronismus für illusorisch. Eine peronistische Regierung verbessert zwar die Bedingungen für die politische Arbeit der Linken, ist aber keinesfalls bereits das Ziel, die Entscheidung fällt auf anderen Ebenen, wobei sie auf die Unterstützung peronistischer Militärs hoffen. Die Basis der hart antiperonistischen Gorillas in der Armee ist nämlich in dem Maße schwächer geworden, in dem jüngere, vom peruanischen Beispiel beeindruckte Offiziere in relevanten Positionen aufrückten. Deshalb „mußte“ (!) nach Zeitungskorrespondenten im Falle „blutiger Zusammenstöße“ bei Peróns Rückkehr damit gerechnet werden, „daß ein großer Teil der Truppe und des jüngeren Offizierkorps zum Gegner übergehen werde“ (FAZ 16.11.72).

Da sich die Mittel der Repression als unwirksam erwiesen hatten, versuchte 1971 die Regierung, „gemäßigte“ Peronisten in die Regierungsverantwortung einzubeziehen und so qua Integration der Arbeiterbewegung die Spitze abzubrechen. Doch Perón lehnte das Koalitionsangebot der Militärregierung ab, ebenso wie die Aufforderung, den Guerillakampf der linksperonistischen Gruppen zu verurteilen, zumal er selbst 1970 in einer Publikation die Argentinier zur Aufnahme des revolutionären Krieges aufgerufen hatte.

Den Herrschenden und ihren Interessenverwaltern in der Militärregierung wurde die Notwendigkeit einer grundlegenden, umfassenden Umorientierung der argenti-

nischen Innenpolitik immer deutlicher. Klar wurde, daß man dabei nicht an den Peronisten vorbeikam, deren Bewegung 18 Jahre lang verboten blieb und die auch zu den vereinzelt „freien Wahlen“ nicht zugelassen wurden.

„Freie Wahlen unter Beteiligung der Peronisten sollten die innenpolitische Lage stabilisieren. Als Stabilisierungsfaktor wurde dabei bewußt die peronistische Bewegung einkalkuliert, die zunächst durch ihre bloße Teilnahme die Opposition besänftigen sollte und auf deren integrative Vaterfigur man im Falle eines Sieges rechnete.

Doch ließen es die Militärs nicht beim bloßen Vertrauen auf Peróns Integrationsfähigkeit bewenden. Vielmehr wurden einmal taktische Tricks angewandt, um die Siegeschancen der Peronisten zu mindern: insbesondere ein allein auf (den im Exil lebenden) Perón zugeschnittenes Gesetz, das die Zulassung zur Präsidentschaft vom Aufenthalt in Argentinien abhängig machte, so daß die Peronisten nicht Perón selbst, sondern nur seinen Strohmännchen Campora präsentieren konnten. Als sich die Peronisten, um die gegenüber Peron weit geringere Zugkraft ihres Prasidentenwahlkandidaten wettzumachen, den Wahlslogan „Campora an die Regierung, Peron an die Macht“ einfallen ließen, gingen die Militärs gerichtlich gegen diese „nicht verfassungskonforme“ Parole vor. Aus der gleichen Trickkiste stammen die Behinderung bei Perons Argentinien-Besuch vor der Wahl und die Verhaftung peronistischer Kandidaten und Funktionäre auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes.

Neben zahlloser solcher Tricks, die aber die politische Kraft einer Massenbewegung nicht entscheidend zu schwächen vermochten, schickten die Militärs einen eigenen Kandidaten in ein wenig aussichtsreiches Rennen um die Präsidentschaft (er erhielt 12% der Stimmen). An einen Wahlerfolg haben die Militärs aber auch wohl nie ernstlich geglaubt, dazu war das, was es den Argentinern als Weg in die Zukunft zu verkaufen galt, zu abgewrackt: ein Trümmerhaufen von unerfüllten Versprechen und ungelösten Problemen. Ein Ziel haben die Militärs mit ihren taktischen Tricks aber erreicht: Peron erzielte mit 48,7 % keine absolute Mehrheit, die Militärs können sich darauf berufen, daß mehr als 50 % einen anderen als Campora wählten. Dies zusammen mit verschiedenen Bedingungen (keine Freilassung der 700 politischen Gefangenen, keine Volksmiliz, keine Einflußnahme auf die Streitkräfte) schien Garant dafür zu sein, daß eine Kanalisierung der argentinischen Volksbewegung nicht mißlingen werde. Die Tatsache, daß die Militärs Campora trotz seiner „nur“ 48 % schon nach dem ersten Wahlgang zum Sieger erklärten und den von der Verfassung vorgeschriebenen zweiten Wahlgang (bei dem eine relative Mehrheit ausreicht) gar nicht erst ansetzten, könnte ein Indiz für bestimmte Absprachen zwischen Militärs und Peronisten

sein. Denn so die FAZ: "Auch die Gegner hoffen auf Perón".

Als personalfixierte Bewegung, der zunächst eine klare politische Zielsetzung fehlt, tauchen im Peronismus widersprüchliche, oft antagonistische Positionen auf, hinter denen sich klare Klassengegensätze verbergen. Der kleinste gemeinsame politische Nenner vor der Wahl war die Erkenntnis, daß die bisherige Führung abgewirtschaftet hat, daß gesellschaftlicher Wandel und Befreiung von ausländischer Bevormundung notwendig sind. Wie viel davon und in welche Richtung bleibt offen.

Der Grundwiderspruch im Peronismus liegt im Grunde darin, daß er einerseits klar eine Massenbewegung, eine gewerkschaftlich organisierte, militante antikapitalistische und antiimperialistische Massenbewegung ist, daß aber andererseits aufgrund des Zerfalls ihrer politisch-ökonomischen Macht auch die Herrschenden ein Interesse an einem starken Mann zeigen, auch wenn sie dafür zahlen müssen.

Die manifeste Bereitschaft der argentinischen Massen zu gesellschaftlichem Wandel straft die von der bürgerlichen Presse gern wiedergekauften Thesen Lüge, "daß die verschiedenen Untergruppen dieser Massenpartei (der Peronisten, Verf.) nur durch den Mythos Peróns zusammengehalten werden" (FAZ).

Doch wird klare politische Programmatik teilweise durch Personenkult überdeckt. Daß weder über Strategie noch über Taktik unter den Peronisten keine Übereinstimmung herrscht, hat ein peronistischer Gewerkschaftsführer offen ausgesprochen: "Der Peronismus hat noch keine Ideologie entwickeln können". Perón und die Peronisten haben in den letzten Jahren – besonders im Wahlkampf erhebliche Erwartungen geweckt. Wie und wie sehr sie erfüllt werden, weiß noch niemand.

Noch weniger weiß man, wie Peróns Politik aussehen wird, zumal alle Entscheidungsprozesse aufgrund der autoritären Fixierung der meisten Peronisten auf ihn als caudillo von ihm gelenkt werden.

Noch im Wahlkampf blieb ungewiß, was Perón im Falle eines Wahlsieges eigentlich machen will. Diese Ungewißheit, die aber auch eine ungewisse Hoffnung ist, erklärte teilweise seine von rechts bis links reichende politische Basis. Sein 10-Punkte-Plan von 1972 wird selten konkret. Am klarsten wird Perón dabei noch in der Außenpolitik, denn in dieser Hinsicht ist seine heterogen strukturierte Basis noch am ehesten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Die Suche der Bourgeoisie nach einem Garanten politischer Stabilisierung spiegelt sich in den Entwicklungstendenzen innerhalb des Peronismus. Während die militante Linke ihre Positionen wesentlich verstärken konnte, erhielt die Bewegung, anfänglich fast ausschließlich von der Arbeiterschaft getragen, vermehrt Zulauf durch Teile des frustrierten Bürgertums, die in Perón die einzige Möglichkeit sahen, ein zweites Kuba oder Chile zu verhindern. Trotz der Radikalisierung der politischen Aussagen und Positionen hat

sich die soziologische Struktur des Peronismus ständig verbürgerlicht. Dies wirft die Frage auf, inwieweit die Radikalisierung der peronistischen Bewegung eine Verbalradikalisierung gewesen ist. Der oft zitierte "Einbruch des Peronismus ins Bürgertum" ist eben auch ein Einbruch des Bürgertums in den Peronismus gewesen.

Einigen Erwartungen der bürgerlichen Gruppen, die ihn nolens volens mit aufs Podest gehoben hatten, kam Perón gleich nach seinem Sieg entgegen: der Erwartung politischer Stabilität und der Ablehnung des Klassenkampfes. Den militanten linken Gruppen, von denen er sich vor der Wahl nie distanzieren wollte, kündigte er ein "gnadenlos bekämpfen" an und beschwor die "Rückkehr zur gesetzlichen und verfassungsmäßigen Ordnung". Freudentaumel und Tumulte peronistischer Jugendlicher anlässlich seiner Rückkehr verglich Perón mit einer übersprudelnden Champagnerflasche; der am Tag seiner Rückkehr daraus zu nehmende Schluck sollte der letzte sein, hieß es trocken. Mehr noch als von den Sympathisanten der peronistischen Bewegung wurde Peróns Come-back daher von Law-and-order bewußten Bürgern herbeigeschnt.

Getreu der Wahlkampfparole – Cámpora an die Regierung, Perón an die Macht – machte Perón in seinem ersten Fernsehauftritt klar, wer in dem Boot, in dem alle Argentinier hocken, am Steuer sitzt und wer an den Rudern: Neben Perón saß der gewählte Staatspräsident Cámpora, der während der ganzen Sendung stumm blieb. Perón verkündete dann auch die Marsch-Richtung argentinischer Politik nach einer Absage an alle "Extremisten innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen": einen "reformistischen, nicht revolutionären Weg" (FR).

Perón versteht sich als "Hauptfeind des Yankeeimperialismus", doch auch in dieser Beziehung ist seine Rolle schillernd. Zwar bekämpfte er bis 1953 (verbal) "die kapitalistische Oligarchie des Yankee-

Imperialismus", doch arrangierte er sich dann mit Eisenhower, mauschelte mit der Standard Oil of New Jersey und erlaubte den Gewinntransfer des Auslandskapitals.

Auch wenn Perón sich jetzt wieder anti-imperialistisch artikuliert, muß die Ambivalenz des lateinamerikanischen Antiamerikanismus klar gesehen werden, der nämlich auch gerade für die nationale Bourgeoisie nützliche Funktionen erfüllen kann. Einerseits werden die unterprivilegierten Massen von inneren sozialen Konflikten abgelenkt, der Freudentaumel über die Verstaatlichung einer ausländischen Firma überdeckt das Fortdauern kapitalistischer Strukturen und ausländischer Aktivität in anderen Sektoren.

Andererseits hat die nationale Bourgeoisie oft ein materielles Interesse an der Ausschaltung unliebsamer ausländischer Konkurrenz. Antiamerikanismus allein garantiert noch keine fortschrittliche Politik.

Wenige Tage nach seinem Amtsantritt, zu dem der cubanische Staatspräsident Dórticos als Gast geladen war, nahm Argentinien diplomatische Beziehungen zu La Habana auf. Kein Zweifel: auch in der außenpolitischen Szene kommt mit der Rückkehr Peróns einiges in Bewegung. Die Annäherung an den antiimperialistischen Block in Lateinamerika – aufgrund geopolitischer Interessen Argentinien selbst schon unter den Militärs in zaghaften Ansätzen erkennbar – vollzieht sich immer rascher. Dabei wird außenpolitisch die Front vor allem nach zwei Seiten aufgebaut: gegenüber dem kränkelnden großen Bruder USA und gegenüber dem wirtschaftlich immer rascher expandierenden brasilianischen Subimperialismus.

Während Cámpora in seiner Antrittsrede, der auch US-Außenminister Rogers lauschte, verbal die "Befreiung vom nordamerikanischen Imperialismus" verkündete und sich deklamatorisch über "anti-imperialistische Kämpfe" ausließ, attackierte sein Chef Perón sehr viel konkreter die

Sie finden bei uns Literatur folgender Fachgebiete:

Philosophie, Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Geschichte, Politische Wissenschaft.

Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaft, Germanistik, Romanistik, Anglistik, Altphilologie.

Volkswirtschaftslehre Betriebswirtschaftslehre Rechtswissenschaft

Wissenschaftliche Buchhandlung Theo Hector



Frankfurt am Main
Gräpfstraße 77, an der Universität
Telefon 777303 und 779683

amerikanische Vorherrschaft:

– aufgrund der Überbewertung des Dollars habe ein Ausverkauf Argentiniens eingesetzt. Die finanziellen Transaktionen der USA mit Argentinien nannte Perón schlicht einen "Gewöhnlichen Betrug". Da aber schließlich nicht nur der Betrüger schuld sei, sondern auch der Dumme, der sich betrügen lasse, und die neue argentinische Regierung nicht länger der Dumme sein wolle, wird von Perón der gesamte Betrag der Auslandsschulden gegenüber den USA angefochten.

– Perón nahm die Praxis ausländischer Direktinvestitionen unter Beschuß, die großenteils von den Banken mit argentinischen Geldern finanziert werden, während die Gewinne sämtlich ins Ausland überwiesen werden. Konsequenz: die Enteignung ausländischer Banken steht bevor. Betroffenen sind Morgan Guaranty Trust, First National City Bank und Chase Manhattan aber auch die Dresdner Bank und die spanischen Kreditinstitute Banco de Santander und Banco Central.

Doch die angekündigten Maßnahmen können nur erste Schritte sein. Die Zeit drängt. Von 1966 bis 1969 wurden in Argentinien 45 Millionen Dollar investiert, aber 600 Millionen Dollar von Argentinien ins Ausland transferiert.

Erheblichen außenpolitischen Zündstoff gibt das unterkühlte Verhältnis zu Brasilien ab, das im Zeichen des booms Einfluß und Druck auf seine kleineren Nachbarstaaten verstärkt. Zum ersten Mal deutlich wurde diese Einflußnahme, zu deren Kalkül auch militärische Interventionen zählen, beim Sturz der von Gewerkschaften und Bergarbeitern unterstützten linken Militärregierung in La Paz, Bolivien 1971. Schon wenig später drohten die brasilianischen Gorillas mit dem Einmarsch in Uruguay im Falle eines Wahlsieges der Volksfront. Auch der dritte südliche Anreiner – Paraguay – gerät zunehmend unter den Einfluß Brasiliens. Sichtbares Kennzeichen ist der Bau des größten Staudamms der Erde, das ähnliche argentinische Projekte am Unterlauf des Parana verunmöglicht und "Brasiliens Hegemoniestellung in Südamerika festigen" wird. Obwohl sich der Bau des Wasserkraftwerks Haiyu seit Jahren abzeichnet, haben sich die Militärs – wie auch auf den meisten anderen Gebieten – als handlungsunfähig erwiesen. Erst die Peronisten versuchen durch intensive Kontakte mit dem Uraltidiktator Paraguays Stroessner, die Realisierung des brasilianischen Projekts in letzter Minute zu verhindern.

Da selbst heftige Reaktionen auf aktuelle Anlässe die ständige Ausweitung des brasilianischen Subimperialismus nicht auf Dauer zu bremsen vermögen, intensivieren die Peronisten die schon von den Militärs geknüpften Beziehungen zu den fortschrittlichen und antiimperialistischen Regierungen Lateinamerikas, insbesondere zu Chile, Peru, Ecuador und Panama. In diesem Zusammenhang muß auch die Kontaktaufnahme zum Andenpakt gesehen werden, der als Wirtschaftsgemeinschaft – abgesehen von Brasilien, Argentinien und Uruguay – aller südamerikanischen Staaten in steigendem Maße ein Machtfaktor wird und sich aufgrund der klaren antiimperialistischen Politik vor allem Perus und Chiles zunehmend zum Kristallisationskern fortschrittlicher Kräfte in Lateinamerika entwickelt und somit ein Gegengewicht zu Brasilien darzustellen beginnt. Wenn – wie verlautet – Argentinien dem Andenpakt beitrifft, wäre dieses Gegengewicht geschaffen.

Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß unter den Peronisten noch keine Neuorientierung der argentinischen Außenpolitik zur Debatte steht. Geändert hat sich die Intensität, mit der bestimmte Ziele verfolgt werden, nicht jedoch die Zielrichtung selbst. Die sich schon unter der Militärregierung abzeichnende Annäherung an die fortschrittlichen und antiimperialistischen Staaten ist unter den Peronisten verstärkt vorangetrieben worden. Die Richtung der Annäherung war jedoch bereits vorgegeben.

Auch wenn bürgerliche Kreise ihr Interesse an einer Rückkehr Peróns geltend machten, wäre es falsch, die Bewertung der Veränderungen in Argentinien hierauf zu beschränken. Die peronistische Regierung stellt einen klaren Sieg der Massen dar; aus folgenden Gründen:

– bürgerliche Regierungen haben in Argentinien endgültig versagt, gleichzeitig sind aber alle Versuche des Volkes, massiv die Machtfrage zu stellen, erstickt worden.

– die reformistische peronistische Regierung (die dem Volk nicht geschenkt, sondern von ihm erkämpft worden ist), bedeutet eine Erweiterung der Bandbreiten für politische Aktionen;

– der Regierungswechsel verstärkt die subjektiven Bedingungen für gesellschaftliche Veränderungen durch das Bewußtsein, daß 18 Jahre des Kampfes mit Streiks Fabrikbesetzungen und Demonstrationen gegen die Militärdiktatur schließlich erfolgreich waren;

– der Amtsantritt der reformistischen

Regierung geht einher mit einer breiten Mobilisierung von Interessen und Erwartungen der arbeitenden Bevölkerung, die nicht ohne weiteres zu kontrollieren und zu manipulieren sind;

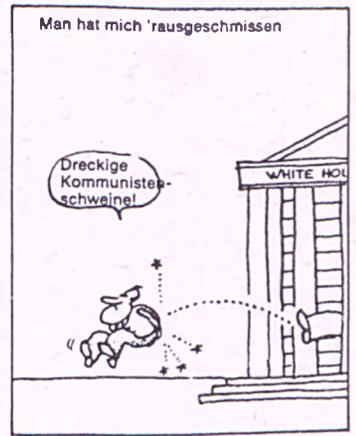
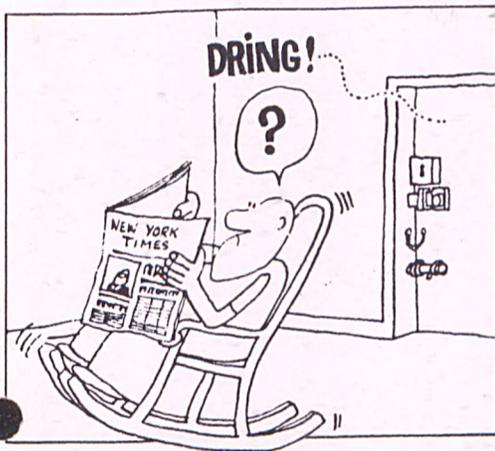
– außenpolitisch bedeutet der Regierungswechsel eine Stärkung der Gruppierung fortschrittlicher südamerikanischer Staaten.

Noch vor der Rückkehr Peróns zeigte sich, daß die Selbstorganisation der argentinischen Massen stärker ist als institutionelle Barrieren und durchaus weiter gehen kann, als die Kanalisierungsversuche Cámporas das vorsehen: noch während des Amtsantritts Cámporas kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und peronistischen (!) Jugendlichen, die Freiheit für alle politischen Gefangenen forderten. Cámpora war gezwungen, 500 politische Gefangene freizulassen, obwohl dies genau einer der Bedingungen der Militärs für die Rückgabe der Macht widersprach. Wenige Tage später mußte Cámpora das KP-Verbot aufheben. Die Durchsetzung dieser lange erhobenen Forderungen macht deutlich, daß die peronistische Bewegung weiter geht als ihre Führer, daß sie die Bewegung nicht zu stoppen vermögen, aber auch, daß sich die Aktionsbedingungen unter der reformistischen Regierung verbessert haben. Daß die Peronisten sich von Perón zu lösen beginnen, zeichnet sich schon seit langem ab. Parallel zur stärkeren Verbürgerlichung des Peronismus wanderten immer mehr Arbeiter zu linken Kräften außerhalb der Peronismus ab. Auf sie stützte sich die Partei der Revolutionären Christdemokraten, die einen Gegenkandidat zu Perón aufgestellt hatte, und von der (noch) verbotenen KP erheblich unterstützt wurde. Immerhin konnten die Kommunisten die Wahl eines Rechtsperonisten aus Buenos Aires in den Senat verhindern. Gleichwohl heißt dies noch nicht, daß es schon eine breite sozialistische Bewegung in Argentinien gäbe, wohl aber daß es Anzeichen dafür gibt, daß sich die peronistische Bewegung von ihrer personellen Fixierung befreit.

Für die weitere Entwicklung ist vor allem bedeutsam, daß die argentinische Massenbewegung aufgrund der jahrelangen Kampferfahrungen und durch die geweckten Hoffnungen und Erwartungen so stark ist, daß auch ein Perón sie nicht in jede beliebige Richtung wird drängen können. Im Grunde beginnt sich die peronistische Massenbewegung bereits von Perón zu emanzipieren.

Wolfgang Bertelsmeier

Die Roten?



Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main

Die Hochschule für Gestaltung (Fachbereiche Grafik, Produktgestaltung, Architektur) ist in ihrer gegenwärtigen Form eine Institution, die allein durch ihre Existenz die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung verhöhnt.

Der Rektor, Dr. Hans Voss (FDP), ist seinen Aufgaben nicht gewachsen – er verschleiert dies mit einer Öffentlichkeitsarbeit, die den Interessen der Studierenden in keiner Weise verpflichtet ist. Das hat eine 20seitige AStA-Dokumentation (Hans Voss über Hans Voss: "Ich bin ein kranker Mann.") beispielhaft nachgewiesen. Es bleibt noch zu fordern, daß ein Untersuchungsausschuß konstituiert wird, der die notwendigen Konsequenzen verlangt. (Werkkunstschuldirektor Gowa wurde so in die Wüste geschickt!)



Der Lehrkörper setzt sich aus Dilettanten und beruflichen Versagern zusammen, die hier einen bequemen Unterschlupf gefunden haben. Die "repressive Toleranz" mit der die Studenten konfrontiert werden, entspringt nicht einem besonders hinterlistigen Kalkül, sondern schlichter Unfähigkeit.

Die Studentenschaft der HfG ist unfähig, eine eigene Meinung zu artikulieren – und wenn dies der AStA tut, verweigert man ihm jegliche Unterstützung; so war der Streik im letzten WS ein kompletter Mißerfolg.

Die Öffentlichkeit ist nicht in der Lage, sich ein Bild von den katastrophalen Verhältnissen zu machen, weil die Lohnschreiber von Offenbach-Post und Frankfurter Rundschau mit ihrem feuilletonistischen Geschwätz opportunistisch genug sind, zu verhindern, daß der Leser sich eine eigene Meinung bilden kann. Um dem Verlangen nach Authentizität genüge zu tun, werden obskure, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate, eingebaut, die allerdings mehr verwirren als informieren.



In einer Gesellschaft, deren oberste Maxime der Profit ist, in der politische Parteien und sozialistische Klüngel ein fragwürdiges Kulturverständnis haben, kann es nicht verwundern, wenn eine „Kunsthochschule“ bestrebt ist, sich dem herrschenden ökonomischen Effizienzdenken unterzuordnen. "Kultur" ist den einen ein Popanz, die Massen von ihrem ökonomischen Elend abzulenken, den anderen ein Agitationsinstrument (DKP: Kunst als Waffe), das sich in Wirkung und Auswirkung letztlich nicht von der kapitalistischen Werbung unterscheidet. Es werden keine Angebote zur Entwicklung einer Massenkultur als Kultur der Massen (eines kulturellen Selbstbewußtseins) gemacht – man kultiviert das "Bewußtsein" der Ausgebeuteten. Einerseits quillt die bourgeoise Absicherungs-Propaganda aus der Bildröhre (auch und besonders in Nachrichten-

sendungen), andererseits schaffen Identifikationsschemata "sozialistischer" Propaganda Ersatzrealitäten („Alternativen“), die lediglich andere Herrschaft produzieren. Autoritäre, nicht verifizierbare Information, kann nicht emanzipatorisch wirken. Kommunikation ist kein „Prozeß zwischen Sender und Empfänger“ – Kommunikation findet zwischen gleichberechtigten Partnern statt.

Die "Bewußtseins-Industrie" erreicht recht gut, daß alle Argumente abprallen an den sozialen und kulturellen Werten, die die Massenmedien dem Menschen täglich eintrichtern. Träumt er nicht vom Häuschen im Grünen, in dem dann Frau und Kinder kaputtgehen (Isolierhaft!), anstatt menschliche Architektur und Städteplanung zu verlangen? Träumt er nicht vom Farbfernseher, damit er seine tägliche Verarschung auch noch bunt erleben kann? Werden nicht Tag für Tag die infantilsten Publikationen gekauft? (Springer zynisch: "Jeden Tag findet eine demokratische Abstimmung am Kiosk statt.")

Genügt es denn, dem Ausgebeuteten klarzumachen, daß er ausgebeutet wird, wenn er sich seine ökonomische Befreiung nicht als Voraussetzung für die Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer Gemeinschaft vorstellen kann, da seine, auf "individuelle" Befriedigung ausgelegten Wünsche hierzu im Widerspruch stehen?

Die HfG-Studenten sind aufgrund ihrer aspekthaften Ausbildung minderqualifiziert und nicht motiviert, einen sinnvollen Beitrag zur Überwindung dieser Verhältnisse zu leisten. Sie sind lediglich in der Lage, Handlangerfunktionen im und für das System zu übernehmen. Die "pragmatisch orientierte" Ausbildung verhindert Zusammenhangsdenken, die kritische Reflexion der eigenen Rolle in der Gesellschaft (besonders der Aufgaben) kann nicht stattfinden.

Brauchen wir noch mehr Schmarotzer wie "Werbegrafiker", "Designer" und Betonwüsten-"Architekten"?

Das Verständnis von "Gestaltung" an der HfG reduziert sich zur "Dekoration" des ökonomischen und kulturellen Chaos in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Protagonisten dieser "Umweltgestaltung" sollte man ihr eigenes System von innen betrachten lassen: durch die Glasbausteine der Haftanstalt Preungesheim.

Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main

